Einzelpreis 30 Pf. Halle, Freitag, den 3. September 1920. 31. Jahrgang · Nr. 206

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105695. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, einschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Kritische Lage im Osten.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Kowno, 2. September. Der polnisch-litauische Konflikt hat sich verschärft. Bei einem weiteren Vormarsch der Polen ist der Krieg unvermeidlich. Litauische Flieger haben bereits Augustowo mit Bomben belegt. Die Engländer suchen zu vermitteln. — An der polnisch-litauischen Front besetzten die Polen angeblich am 30. August nach Gefechten mit litauischen Truppen Suwalki. Die Litauer wichen nach Norden aus. Die polnisch-litauischen Verhandlungen über die Festlegung einer Demarkationslinie wurden infolge des Vorgehens der Polen von den Litauern abgebrochen.

•

Ein polnischer Sieg?

Wien, 2. September. Die N. Fr. Presse meldet aus Warschau, daß die Bolschewisten im Kampfe um Lemberg vollständig geschlagen worden sind. Große Massen von Gefangenen fielen in polnische Hände. Die Rote Armee sei auf Brody zurückgeworfen worden. Jede Gefahr für Lemberg sei behoben.

Wrangel und die Polen.

Paris, 2. September. Nach einer Meldung der Information finden in Warschau augenblicklich zwischen den Abgesandten des Generals Wrangel und der polnischen Regierung Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen der polnischen Truppen mit denen des Generals Wrangel statt.

•

Von Minsk nach Riga.

Paris, 2. September. Nach einem Radiotelegramm aus Washington erklärte der Staatssekretär des Aeußeren, daß Riga endgültig als Verhandlungsort für die weiteren Waffenstillstands-Verhandlungen bestimmt worden sei.

Ein Warschauer Havas-Telegramm besagt, Tschitscherin habe in einem Funkspruch an den polnischen Außenminister der Verlegung der Verhandlungen von Minsk nach Riga zugestimmt und mitgeteilt, daß er eine mit entsprechenden Vollmachten versehene Abordnung zum Abschluß eines Friedens und eines gerechten Waffenstillstandes entsenden wolle.

•

Trotzki über die Kriegslage.

Moskau, 2. September. Trotzki hat dieser Tage in der Versammlung der Genossenschaften und Betriebsräte sich über die außenpolitische Lage geäußert. Es gebe zwei Auswege aus der jetzigen Lage: Entweder beachtet Polen die Lehre, die es erhalten hat, verzichtet auf die Fortsetzung des Eroberungskrieges und wird sich bewußt, daß Moskau etwas weiter als Warschau von Brest-Litowsk entfernt ist, und erstrebt einen baldigen Frieden. Oder, wird Polen, wieder auf den Weltimperialismus gestützt, versuchen, das Kriegsglück zu erproben, um Sowjetrußland zu erwürgen. Im ersten Falle wird Polen eine gerechte Rechnung über die vielen Menschenleben erhalten, die durch den polnisch-russischen Krieg vernichtet worden sind, im anderen Falle aber werden die Arbeiter- und Bauernrepubliken Rußland und Ukraine alles aufbieten, was sie an Kampfkraft und Kampfmitteln besitzen, um die rote Fahne der proletarischen Revolution auch in Warschau aufzurichten.

Regierung und Transportkontrolle.

Die Sabotageversuche.

Berlin, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der Besprechung der Reichskommission für die Ueberwachung von Munitions- und Transportzügen auf den deutschen Bahnen mit der Reichsregierung erklärte der Reichskanzler, daß die Versprechungen des Reichsverkehrsministers Gröner mit dem von der Regierung der Reichskommission gemachten Versprechungen unvereinbar seien. Die Reichskommission verlangte bereits am Mittwoch eine Verhandlung mit Gröner, die dieser jedoch ebenso wie am Donnerstag ablehnte. Er wollte nur mit den Vertretern der Gewerkschaften sprechen, was die Reichskommission ablehnte, da sie nicht dulden wird, daß die Regierung die Personen bestimmt, die als Vertreter der Arbeiterschaft zu gelten haben. Gröner war bereit, Gen. Dr. Rosenfeld allein zu empfangen, was dieser sehr energisch ablehnte. Heute nachmittag werden die Spitzenorganisationen der Parteien und Gewerkschaften zu der neuen Situation Stellung nehmen. Da die Pflicht Deutschlands zur Beobachtung strengster Neutralität nach wie vor besteht, ist zu erwarten, daß sie sich geschlossen hinter die Reichskommission stellen.

Die Kampfbereitschaft der englischen Arbeiter.

Eine Kundgebung zur Munitionslieferung.

Der englische Aktionsausschuß hat in der Frage der Lieferung von Kriegsmunition gegen Rußland ein Manifest erlassen, das in seinen wesentlichen Teilen folgendermaßen lautet:

Die Lieferung von Munition muß aufhören. Wenn wir zur Aktion gezwungen werden, müssen wir die Produktion von Munition und ihren Transport verhindern, wie auch die Herstellung von Rohmaterial, das für die Munitionsindustrie notwendig ist. Wir rufen die Arbeiter auf, sich bereit zu halten, wenn wir sie zur Aktion auffordern. Seid gewarnt, seid bereit für jede Möglichkeit des Kampfes, die sich ergeben könnte.

Auch für die deutschen Arbeiter gilt die Aufforderung des Aufrufes des englischen Aktionskomitees zur Verhinderung der Unterstützung Polens im Kriege gegen Rußland. Auch sie haben mit schärfster Wachsamkeit darauf zu achten, daß keine Waffen und keine Munition zweifelhafter Herkunft und Bestimmung befördert und hergestellt wird, trotz aller Versuche reaktionärer Regierungsstellen, die Arbeiterkontrolle zu beseitigen.

Oberschlesien.

Berlin, 3. September. Wie verschiedenen Blättern berichtet wird, müsse festgestellt werden, daß das Beuthener Abkommen wieder und wieder verletzt worden ist, so daß man von einem Innehalten der dort getroffenen Abmachungen lediglich seitens der Deutschen reden kann.

Das deutsche Plebiszitkommissariat hat an den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, General Le Rond, ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Der polnische Aufstand ist heute 14 Tage alt. Während dieser 14 Tage haben die Deutschen, obwohl zu bewaffneter Notwehr berechtigt, diese nicht angewandt. Im sicheren Bewußtsein unserer moralischen Position protestieren wir gegen die Fortsetzung des Mordes und fordern, daß Korfanty, der noch im Aufrufe zur Beendigung des Aufstandes das einheitliche Vorgehen der Polen zu preisen wagte, angesichts des weitergehenden Mordens von der Interalliierten Kommission gezwungen wird, unverzüglich und uneingeschränkt in schärfster Form gegen die Fortsetzung der Gewalttaten sich mit seiner ganzen Person einzusetzen. Wir fordern ein entschiedenes Vorgehen der bewaffneten Macht."

10000 Mark Geldstrafe für Kattowitz.

Kattowitz, 2. September. Wie die polnischen Blätter melden, hat der Kontrolleur für den Kreis Kattowitz, Oberst Blanchard, der Stadt Kattowitz eine Geldstrafe von 10 000 Mark für die Zerstörung des Schilderhauses vor der französischen Kommandantur auferlegt.

Frankreichs gegenrevolutionäre Machenschaften.

Paris, 2. September. Aus London wird berichtet, daß Daily Herald eine Meldung aus Wien veröffentlicht, wonach ein französisch-ungarisches Abkommen abgeschlossen sei. Das Abkommen sehe u. a. vor, daß im Notfall die französische ungarische Militärallianz den Schutz des Donauverkehrs übernehme. Dies sei, so schreibt das Blatt, ein direkter Schlag gegen den britischen Einfluß auf den Donauhandel. Frankreich, das sich bemühe, Rumänien und Ungarn einander näher zu bringen, verfolge dabei den großen Plan einer Gruppierung der gegenrevolutionären Kräfte.

Der württembergische Generalstreik.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Die Rote Fahne vom 1. September begeichnet die Meldung der Freiheit vom 31. August über den Generalstreik in Württemberg als „tendenziös und lächerlich" und fährt dann fort: „Die Rote Fahne hat die offenkundige Feststellung gemacht, daß das Vorgehen der württembergischen Regierung, die Aussperrung der Stuttgarter Metallarbeiter, ein Schlag gegen die in den Betrieben vorgenommene Wahl von Arbeiterräten und der Kampf um den schon monatelang verweigerten Steuerabzug nur ein Vorwand war." Hierzu muß festgestellt werden: Bei der Firma Daimler bestand schon seit Wochen die Absicht, über 2000 Arbeiter zu entlassen. Der Kampf um den verweigerten Steuerabzug war lediglich der Vorwand für die Entlassung revolutionärer Arbeiter aus dem Betriebe. Der Generalstreik ist also im besten Sinne ein Solidaritätsstreik der württembergischen Arbeiter. Deshalb konzentrierte sich von vornherein der Kampf auf die Wiedereinstellung der ausgesperrten Arbeiter. Die Stuttgarter Arbeiterschaft war sich von Anfang an bewußt, daß der Kampf um den Steuerabzug nicht eine schwäbische Landesangelegenheit ist. Sie war sich darüber klar, daß der Kampf gegen den Steuerabzug nur geführt werden kann auf der ganzen Linie. Wie einseitig die Regierung ihre Steuerexekutive als Anwalt der besitzenden Klasse anwendet, geht daraus hervor, daß die Firma Daimler der Stadt Stuttgart seit ¾ Jahren 1¼ Millionen Gemeindesteuer schuldet. Die Firma erklärt, kein Geld zu haben. Der Proletarier jedoch soll das Geld aufbringen. Trotz der hohen Lebenshaltung, trotz der unzureichenden Löhne. Wenn die Arbeiter nicht zahlen können, dann werden sie auf die Straße geworfen.

Der Generalstreik hat das gesamte Bürgertum mobilisiert. Regierung und Unternehmer gehen einig Arm in Arm. Da die bürgerliche Lügenpresse nicht erscheinen kann, hat die Regierung die Druckerei der Württembergischen Zeitung beschlagnahmt und läßt ein „Einheitsblatt" herstellen zur Bekämpfung des Generalstreiks. Die Haltung der industriellen Arbeiterschaft ist ohne Tadel. Hinter dem Streik stehen alle politischen Parteien und das Gewerkschaftskartell für Württemberg und Hohenzollern.

Berlin, 3. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Der Generalstreik in Stuttgart dauert weiter an, da die Verhandlungen mit den Unternehmern unter dem Vorsitz der Regierung zu keinem Ergebnis führten. Die Unternehmer üben nach wie vor passive Resistenz und wollen mit dem Aktionsausschuß der Arbeiterschaft nicht verhandeln, da sie ihn nur als „vorübergehende Erscheinung" und nicht als Vertretung der Arbeiterschaft betrachten. Nunmehr soll, da die Unternehmer sich bereit erklären, mit einer von den Arbeitern der geschlossenen Betriebe gewählten Kommission die Verhandlungen fortzuführen, die Verhandlungsführung nach einem Beschluß der Vollversammlung der Betriebsräte in die Hände der Gewerkschaften gelegt werden. Bisher ist die Streikfront der Arbeiter im ganzen Land unerschüttert.

Um Moskau.

Von Fritz Kunert.

Genosse Fritz Kunert sandte uns den nachstehenden Aufsatz bereits am 28. August. Wir mußten ihn jedoch Raummangels wegen bis heute zurückstellen. Im Verlauf der Debatte über die Anschlußfrage wird vielleicht auch auf die Ausführungen des Genossen Kunert zurückzukommen sein.

Genosse Kunert schreibt: Unter der Ueberschrift Diktatur? teilt das Volksblatt in seinem Leitartikel vom 26. August den Lesern mit, daß die Vertretung unserer Partei aus Moskau mit den sogenannten Anschlußbedingungen zurückgekehrt sei.

Diktatur? Welche? Nicht die Diktatur der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie, sondern Diktatur einer proletarischen Bruderorganisation über eine andere proletarische Organisation. Diktatur von Arbeitern über Arbeiter.

An der Spitze hebt der Artikel sofort hervor, daß der Eindruck dieser Bedingungen — vom formalistischen Standpunkt betrachtet — ungeheuerlich sei. Das ist — milde gesagt — völlig irreführend, denn wenn man von der Form ganz absieht, so ist der Inhalt einzelner, und zwar der entscheidenden Bedingungen, z. B. Nr. 16, 20, 21 und andere, sowie aus dem Statut der § 9 über die bindenden Richtlinien der internationalen Exekutive usw. derartig grotesk ungeheuerlich, daß man bekennen muß: niemals in der Geschichte der Parteien ist einer Partei im Ernst eine derartige Zumutung der Selbsterniedrigung gestellt worden wie hier der USP. — Für die revolutionäre Entfaltung unserer Partei, für ihre Unverletzlichkeit, für ihre freieste Bewegung haben wir unsere ganze Zeit, unsere volle Kraft, alle verfügbaren Mittel eingesetzt, haben wir unsere Freiheit und unsere Existenz in die Schanze geschlagen, viele haben dafür Gesundheit und Leben geopfert, — und nun mutet man dieser Partei zu, ihr Eigenleben als Organisation, ihre Autonomie, unter verhöhnenden Bedingungen, tatsächlich bedingungslos unter der Diktatur einer anderen proletarischen Organisation in fatalistischer Ergebenheit und mit der Geste des Dankes für genossene Wohltat und Güte politisch erdrosseln zu lassen.

Es ist also einfachste Ehrenpflicht, eine so unerhörte Anforderung mit höchster Energie zurückzuweisen; denn wie tatsächlich den Sowjetkommunisten in Rußland, so ist auch uns die Partei als Instrument zur Verwirklichung des Sozialismus der maßgebende, höchste Faktor.

Nur diesen einen Punkt des Leitartikels über das „Anklammern an Formalien" beanstandete ich klarzustellen. Was sonst im Moment noch zu sagen ist, soll kurz zusammengefaßt werden, wobei ich mir vorbehalte, auf wichtige Einzelheiten später näher einzugehen. Ich hätte jetzt gern meine Zuschrift zurückgehalten, wenn die Sache nicht drängte und furchtbar ernst erschiene, so daß Vogelstraußpolitik verbrecherisch wäre.

Ein Teil der Aufnahmebedingungen kann unter aufgeklärten Sozialisten nicht Ursache zu Differenzen sein. So sind auch neun Zehntel der Ausführungen des Leitartikels Selbstverständlichkeiten, die jedenfalls nicht Veranlassung zu Lärm und verbitternder Diskussion bieten sollen.

Zudem behauptet der Leitartikel, daß ein endgültiges Urteil erst nach der Konferenz vom 1. September gewonnen werden könne. Sehr gut! Warum kann aber die indirekte und verklausulierte Empfehlung, die Moskauer Bedingungen mit Haut und Haar zu schlucken ohne „Gänsehaut", ohne dabei zu „erschaudern bis ins Mark".

Auf schwachen Füßen steht auch die Doppelfrage: wollen wir eine Kampfpartei für die Diktatur des Proletariats werden oder wollen wir geruhsame Verehrer des heiligen Demokratius bleiben? Das klingt doch leider an Demagogie an; denn eine solche Kampfpartei sind wir bereits seit langer Zeit, und solche „geruhsame Verehrer" sollen doch nicht im Kopfe von Männern spuken, die die ganze Sache absolut „nüchtern" — wie z. B. der Leitartikler — betrachten.

Die einzigen Fragen, die man jetzt offen aufwerfen und ehrlich nach der Konferenz beantworten muß, sind diese: Sind die Bedingungen als Ganzes annehmbar? Sind einzelne wichtige Teile daraus unannehmbar? Ist eine Zwischenmöglichkeit durch Fortsetzung der Verhandlungen vorhanden?

Die Beantwortung soll nach dem 2. September, nach der Berichterstattung über Moskau erfolgen. Möge die USP. eine kluge, eine politisch reelle Antwort finden. Denn davon hängen ab die Unabhängigkeit und Stärke unserer Partei, hängen ab die Verbindung der Parteispaltung, der Schwächung der deutschen Arbeiterklasse, der Schädigung der internationalen Arbeiterbewegung. —

Zum Schluß erlaube ich mir noch eine kurze Bemerkung über den Artikel des Genossen Koenen vom 27. August im Volksblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0001

Er macht sich die Beurteilung der Bedingungen darin verdammt leicht: alles daran ist gut und ausgezeichnet, naturgemäß und unübertrefflich. Wer das aber nicht glaubt oder seine dehnende Auslegekunst nicht anerkennen kann, das ist ein Kerl, der „deutsche Scheuklappen" trägt, der „verfolgte Unschuld" mimt und von weinerlichen Gefühlsaufwallungen" geplagt wird. Das sind robust tönende Redewendungen, die durchaus nichts beweisen, als eine fabelhafte Leichtherzigkeit in solchen Dingen, in denen es sich um schicksalsschwere Entscheidungen handelt, um die Wahrung der Selbständigkeit unserer Partei für ihre innersten Angelegenheiten und alle ihre Maßnahmen auf taktischem Gebiete. Es ist eine Sache, worüber nahezu volle Einmütigkeit innerhalb der USP. vorhanden ist und bleiben wird.

Wir alle wollen mit heißem Bemühen die revolutionäre Internationale der Befreiung, nicht der Knechtung!

USP. und 3. Internationale

Von Walter Stoecker.

III

Was für die Zentralisation innerhalb der Partei gesagt wurde, gilt selbstverständlich auch in gleichem Maße für die notwendige Zentralisation in der Internationale. Gerade dadurch unterscheidet sich ja die 3. Internationale so wesentlich von den bisherigen Methoden der 2. Internationale, die sich darauf beschränkte, einige schöne Resolutionen zu fassen und im übrigen aber kaum mehr denn ein Informationsbureau war. Nein, in der jetzigen, so überaus gespannten weltpolitischen Situation brauchen wir eine wahrhaft aktionsfähige Internationale. Aktionsfähig kann eine Internationale aber nur sein, wenn sie im wesentlichen aus gleichgesinnten und gleichgerichteten Elementen zusammengesetzt ist und wenn deren Willen durch eine straffe Leitung auch wirklich einheitlich zusammengefaßt wird.

Was nun die vielgenannte Säuberung und Reinigung der Partei anbetrifft, so gilt es hierbei zunächst eines klar festzustellen. Bei allen Beratungen mit dem Exekutivkomitee gelang es sich zu weiderholen, daß es diesen Genossen nicht auf einen formalen, juristischen Ausschluß bestimmter Genossen ankommt. Wenn sie einige Genossen, wie Kautsky und Hilferding namentlich nennen, so nur deshalb, um damit bestimmte Richtungen zu treffen, von denen sie allerdings wünschen, daß diese keine Aufnahme in die 3. Internationale finden. Es ist ja überhaupt ganz falsch, die Anschlußfrage, wie es von den Gegnern des Anschlusses jetzt geschieht, als eine Personenfrage hinzustellen. Im Gegenteil, es kann nicht laut genug gesagt werden und muß vor allen Dingen unsern Parteigenossen zugerufen werden, daß die Anschlußfrage eine sachliche Frage ist. Die russischen Genossen verlangen mit Recht, daß die deutsche Sektion der 3. Internationale, und das sind wir im Falle des Anschlusses, eine wahrhaft revolutionäre, vorwärtsdrängende Kampfpartei ist, die keinen Raum mehr hat für die Sozialisten, die als Reformisten überhaupt die Diktatur des Proletariats ablehnen, oder als Opportunisten das Wort von der Diktatur nur im Munde führen, in Wirklichkeit aber alles tun, um den revolutionären Vorwärtsdrang der deutschen Arbeiterklasse zu hemmen. Ich gebe ganz offen zu, in dieser Hinsicht, wie die meisten unserer Genossen, bisher viel zu wenig konsequent gewesen zu sein. Gewiß habe ich noch vor drei Monaten in einem Artikel, der durch viele Parteiblätter gegangen ist, geschrieben: „Unsere Partei zu reinigen von den wenigen pazifistischen und demokratischen" Elementen, die uns nicht mit Unrecht von rechts und links täglich um die Ohren geschlagen werden, ist unsere eigene Pflicht, denn wir sind schließlich nicht ein Diskutierklub aller möglichen schönen Ansichten, sondern eine revolutionäre Klassen- und Kampfpartei, deren erste Pflicht es ist, klare und eindeutige Parolen und Losungen in die kämpfenden Massen zu werfen." Aber wir haben zu wenig in dieser Hinsicht gehandelt. Dies soll und muß anders werden. Wollen wir wirklich die klare und reine, marxistisch revolutionäre, führende Massenpartei werden, die entschlossen ist, das Proletariat mit allen Mitteln zum Siege zu führen, und in den kommenden revolutionären Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse wirklich die entschlossen und energisch vorwärtsdrängende Führerin sein wird, so müssen wir allerdings aus unseren Reihen manche Elemente ausscheiden, die deshalb, um mit der moralischen Entrüstung des Genossen Crispien zu reden, nicht etwa „Judasse" zu sein brauchen, sondern sehr brave und tüchtige Sozialisten sein mögen, die aber in einer vorwärtsdrängenden revolutionären Partei eben wegen ihrer ganz anderen geistigen Einstellung nur hemmende Faktoren sein können.

Wenn der Genosse Crispien nun eine ganze Reihe von Namen nennt, die seiner Meinung nach aus der Partei entfernt werden müßten, so ist das auch eine Konstruktion, denn diese Namen wurden im Verlaufe der Verhandlungen des Kongresses irgendwie kritisch genannt. Und wenn der Genosse Crispien sogar meint, aus unserer Reichstagsfraktion müßten 60 Genossen „herausgeschmissen" werden, so muß ich wirklich fragen, wo er diese Zahl her hat. Wir haben sie in den ganzen Verhandlungen nicht gehört.

Genosse Crispien erwähnt meine Aeußerung in Moskau, für Hilferding seine Lanze einlegen zu müssen. Gewiß, es ist richtig, daß Genosse Däumig und ich gegen die Nennung des Namens Hilferding in den Aufnahmebedingungen waren und daß wir auch die Zweidrittel-Bestimmung für falsch hielten. Wir beide waren, wie übrigens auch einige kommunistische Genossen, überhaupt gegen die Aufführung von bestimmten Namen in den Aufnahmebedingungen. Wir hielten sachlich scharfe Bedingungen für richtiger. Als aber dann zunächst beschlossen wurde, den Namen Kautsky in den Aufnahmebedingungen zu nennen, erhoben wir keinen Widerspruch, da Kautsky als grundsätzlicher Gegner der 3. Internationale ohnehin auf irgendeine Weise aus der Partei ausgeschieden wäre. In dieser Kommissionssitzung wurde der Name Hilferding nur erwähnt, dann aber gleich zurückgezogen. Es ist richtig, daß ich bei dieser Gelegenheit privat gesagt habe: „Da hätten wir ja beinahe eine Lanze für Hilferding einlegen müssen," wobei übrigens Genosse Däumig mit mir einer Meinung war. Ich machte diese Aeußerung, weil ich allerdings der Meinung bin, daß man Hilferding trotz der geistigen Verwandtschaft mit Kautsky doch nicht ohne weiteres in eine Linie mit ihm stellen kann. Dies ändert nichts an meiner sonstigen Stellungnahme zu Hilferding. Um darüber keinen Irrtum aufkommen zu lassen, erkläre ich, daß ich nach wie vor, und jetzt mehr denn je, den Tag herbeisehne, an dem die Berliner Parteigenossenschaft die Kraft findet, ihr Parteiorgan, die Freiheit, in andere Hände zu legen. Ich bin der Letzte, der das Wissen von Hilferding nicht zu schätzen wüßte, aber das Wissen allein tut's in revolutionären Epochen wahrlich nicht. Auch Kautsky, Cunow und andere verfügen ohne Zweifel über ein großes Wissen. Und über ein unserer ganze Parteientwicklung überaus lähmenden Einfluß Hilferdings wird noch besonders zu reden sein. Hilferding ist in unserer Partei in allen Fragen nie ein vorwärtstreibender, sondern stets ein hemmender Faktor gewesen.

Doch zurück zum Kongreß. Wenn Genosse Crispien in diesem Zusammenhang sagt, wir hätten in Moskau unsere Meinung völlig gewechselt und dabei sogar die ganz unangebrachte und deplazierte Bemerkung macht, ihm sei es nicht gegeben, „je nach Bedarf" alle acht Tage eine andere Meinung über ein und dieselbe Frage zu haben, so erklären darauf Genosse Däumig und ich: Unsere Ansicht, daß unsere Partei vor dem Anschluß gereinigt und umgestellt werden müsse, verstärkte sich allerdings immer mehr, und wenn wir trotz des Beschlusses des Kongresses Hilferding zu nennen nach die Zweidrittelbestimmung festzulegen, beide einmütig erklärten, mit aller Kraft für den Anschluß unserer Partei einzutreten, so deshalb, weil wir den Zusammenschluß des deutschen revolutionären Proletariats mit der 3. Internationale von weit höheren Gesichtspunkten aus betrachten, weil wir aus welt- und innerpolitischen Gründen den Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale für so eminent wichtig und bedeutend halten, daß uns diese beiden Bestimmungen in unserem festen Willen, den Anschluß herbeizuführen, nicht hindern konnten.

Wenn sich nun Hilferding darüber entrüstet, daß verlangt wird, daß die Genossen und Delegierten des Parteitages, die sich grundsätzlich gegen die 3. Internationale aussprechen, ausgeschlossen werden sollen, so ist diese Entrüstung doch wahrhaftig nicht am Platze, denn wer grundsätzlich gegen die 3. Internationale ist, d. h. gegen die revolutionäre Diktatur, die Niederwerfung der Bourgeoisie mit allen Mitteln, hat allerdings nach unserer Ansicht keinen Raum mehr in unserer Partei. Es hat gar keinen Zweck, mit moralischen Salbadereien in dieser Frage zu lamentieren. Eine Partei, die sich zum Ziel gesetzt hat, im revolutionären Kampf die deutsche Bourgeoisie niederzuringen, muß auch den Mut und die Kraft haben, in ihren eigenen Reihen rücksichtslos vorzugehen. Gerade die deutsche Arbeiterklasse hat doch an der alten sozialdemokratischen Partei zur Genüge erfahren, wohin es führt, wenn man sich darauf beschränkt, jahrelang den aufkommenden Reformismus und Opportunismus nur mit Resolutionen zu bekämpfen. Wie oft wurde vor dem Kriege der Revisionismus und Opportunismus in der Sozialdemokratischen Partei totgesagt, bis dann im August 1914 der jammervolle katastrophale Zusammenbruch der bis dahin so stolzen deutschen Partei eintrat. Weshalb? Weil die alte Partei nie die Kraft gefunden hatte, rücksichtslos mit den immer stärker werdenden opportunistischen Elementen aufzuräumen. Aus diesen traurigen Erfahrungen sollten wir lernen, zumal in der revolutionären Situation, in der wir stehen. Das „Unannehmbar" und das Wort vom „Selbstmord der Partei" von Crispien ist übrigens erst auf deutschem Boden geboren worden. Bei den ganzen Verhandlungen und Beratungen, wie auch auf unserer ganzen Rückreise haben wir sowohl von Crispien wie von Dittmann nie dieses „Unannehmbar" gehört. Bei der letzten entscheidenden Sitzung mit dem Exekutivkomitee äußerten Dittmann und Crispien sich nur in dem Sinne, daß durch die verschärften Bedingungen der Anschluß erschwert worden sei. Es ist ganz falsch, wenn der Genosse Crispien behauptet: „Vergeblich bemühte sich Genosse Dittmann und ich, den kommunistischen Genossen klar zu machen, daß sie Unmögliches fordern." Dieses „Unmöglich" haben Däumig und ich zum ersten Male in der Freiheit in dem Artikel von Crispien gefunden. Die meines Erachtens nochmalige geistige Umstellung unserer Partei sei in einem Schlußwort behandelt.

Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft

In einer Zeit, deren Gepräge ein furchtbarer Mangel an allen Gegenständen des täglichen Gebrauchs ist, in der insbesondere die Versorgung mit Lebensmitteln in keiner Weise genügt, entschließt sich die Reichsregierung, unterstützt von den Interessenpolitikern der sie stützenden Parteien, zum schleunigsten Abbau der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten. Und das trotz allen Erfahrungen, die damit besonders in der Ernährungswirtschaft gemacht worden sind und jetzt noch täglich gemacht werden. In verschiedenen süddeutschen Staaten hat man sich bereits vor einiger Zeit über die reichsgesetzlichen Vorschriften zur Ernährungswirtschaft hinweggesetzt und insbesondere die Fleischversorgung dem freien Handel überlassen. Was dabei herausgekommen ist, läßt sich besonders gut in Baden studieren. Binnen kurzem stiegen die Viehpreise um mehr als 100 Prozent und entsprechend natürlich die Fleischpreise. Das heißt mit anderen Worten: für die minderbemittelten und nur über ungulängliche Einkommen verfügenden Bevölkerungsschichten wurde der Fleischgenuß zum unerschwinglichen Luxus. Aber noch mehr. Der tolle Preistaumel führte zum Massenanschlachten auch von Milchvieh, so daß die Milchversorgung vor dem Zusammenbruche steht. Und endlich setzte ein Schmuggel ein von Vieh und Fleisch, der gleichfalls den Viehstapel aufs schwerste bedroht.

Aehnliche Erfahrungen wurden auch in einem ostpreußischen Kreise gemacht, wo versuchsweise der Handel mit Vieh und Fleisch freigegeben worden war. Binnen acht Tagen schnellten die Preise um ein Mehrfaches über die unter der Zwangswirtschaft geltenden herauf, so daß schleunigst zur öffentlichen Bewirtschaftung wieder zurückgekehrt werden mußte.

In der Eröffnungssitzung der bayerischen Landesbauernkammer am 31. August wandte sich nunmehr deren Vorsitzender, Abgeordneter Dr. Heim, scharf gegen die freie Fleischbewirtschaftung ab 1. Oktober. Er wies darauf hin, daß bereits jetzt mit Hinblick auf den kommenden freien Handel mit der Viehabgabe zurückgehalten würde, weil die Interessenten auf höhere Preise nach dem 1. Oktober hofften. Eine gewaltige Abwanderung von Vieh nach den kaufkräftigsten Gebieten würde einsetzen, und im nächsten Frühjahr hätten wir entweder die Anarchie oder eine neue Zwangswirtschaft.

Man kann den Ausführungen Dr. Heims, der seine Pappenheimer ja kennt, nur zustimmen, ohne seinen Schlußforderungen, die in der Forderung nach erhöhten Preisen münden, zustimmen zu müssen. Der geradezu glänzende Stand aller landwirtschaftlichen Kassen und Organisationen beweist unwiderleglich, welch glänzendes Geschäft die Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft war. Um so unverantwortlicher ist es von der Regierung und vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages, daß sie dem steten Drängen großagrarischer Interessenten auf umfangreichste Ueberlassung von wichtigsten Lebensmitteln an den freien Handel zustimmten. Insbesondere auch wird die Freigabe der Kartoffeln die schwersten Folgen nach sich ziehen. Trotz glänzender Ernte in Frühkartoffeln haben diese vielfach einen Preis erreicht, der sie beinahe zum Genußmittel stempelt. Die Freigabe der Herbstkartoffeln wird kein anderes Ergebnis haben; schon jetzt läßt sich ein fast völliges Ausbleiben des Angebots feststellen, was auf das Bestreben der Produzenten und Großhändler zurückzuführen ist, die Preise in die Höhe zu treiben. Es war schon ein schwerer Fehler, daß die bisherigen behördlichen Preisnormierungen für Kartoffeln gar keine Rücksicht nahmen auf die wirklichen Produktionskosten und sich auf einer Höhe bewegten, die glatt wucherisch genannt werden mußte. Nicht nur im Reichstagsausschuß, sondern auch durch Berechnungen einsichtiger Produzenten ist festgestellt worden, daß bei der jetzigen Ernte ein Preis von 15 bis 18 Mark für den Zentner Kartoffeln durchaus angemessen erscheint. Tatsächlich aber haben sich die Preise im letzten Jahre oft um 100 und mehr Prozent über dieser Grenze bewegt und werden nach der völligen Wiederherstellung der Wucherfreiheit noch um ein Erkleckliches darüber hinausgehen.

Zu den hohen Preisen für Fleisch und Kartoffeln kommen nun jetzt noch die erhöhten Getreide- und damit auch Brotpreise. Schon jetzt wird die Getreideablieferung in der tollsten Weise sabotiert, weil die Produzenten mit den jetzigen riesigen Preisen von 1400 Mark für die Tonne Roggen und 1550 Mark für die Tonne Weizen – wozu noch die erheblichen Frühdruschprämien kommen – nicht zufrieden sind. Eine Reihe landwirtschaftlicher Organisationen bemüht sich ganz offen, die Landwirte zur Getreidehamsterung aufzufordern, um die Knappheit künstlich zu vergrößern und damit einen Druck auf weitere Preiserhöhung und vor allem Freigabe des Getreides auszuüben. Die Regierung läßt es gegenüber diesen Sabotageversuchen an jeder Initiative vermissen und vergrößert damit ihre Schuld am Zusammenbruch unserer gesamten Ernährungswirtschaft. Aktiv ist sie nur, wenn es gilt, den Forderungen der Agrarier entgegenzukommen, so daß es kein Wunder ist, wenn diese immer rücksichtsloser ihren Vorteil wahren.

Gehen die Dinge auf allen Gebieten des Ernährungswesens so weiter, wie bisher, so muß es im Laufe der nächsten Monate zur Katastrophe kommen. Die breiten Massen der Bevölkerung werden gedrückt durch die wachsende Arbeitslosigkeit, das Fortschreiten der Krise, die fast allgemein werdende Kürzung der Arbeitszeit in den wichtigsten Verfeinerungsindustrien und durch das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten, in kurzem nicht mehr in der Lage sein, ein auch nur einigermaßen ausreichendes Quantum von Lebensmitteln zu erstehen. Was dann kommt, läßt sich mit einiger Sicherheit voraussagen und entspricht vielleicht sogar den Absichten der für die jetzige Wirtschaftsverantwortlichen, die sich im Besitze ihrer verschiedenen offenen und geheimen militärischen Institutionen stark genug glauben, allen Eventualitäten begegnen zu können. Wir glauben aber, daß ihre Rechnung in vieler Hinsicht ein Loch haben wird.

Russische Noten zur Neutralität.

Die Truppenübertritte an der Grenze.

Der Vertreter der russischen Regierung, Viktor Kopp, hat dem Auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung folgende zwei Noten überreicht:

I.

Durch den Gang der militärischen Operationen am Nordflügel der russischen Armee war ein Teil der Streitkräfte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik gezwungen, die ostpreußische Grenze zu überschreiten. Die russischen Truppen begaben sich auf das Gebiet, das sowohl de facto wie de jure, der Oberhoheit des Deutschen Reiches untersteht. Auf Grund des bestehenden Friedenszustandes zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sowjet-Republik und im Hinblick auf die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung sollen die übertretenden russischen Truppen entwaffnet und in Deutschland interniert werden. Diese Entwaffnung und Internierung ist ausschließlich Sache der Behörden des Deutschen Reiches, das der Russischen Sowjet-Republik gegenüber die volle Verantwortung für die ordungsmäßige Durchführung der ganzen Aktion, sowie für die Aufnahme und Aufbewahrung des von den Truppen mitgebrachten Heeresgutes trägt.

Angesichts dieser völkerrechtlichen Sachlage stellt die durch zuverlässige Nachrichtenquellen beglaubigte Beteiligung der sogenannten Interalliierten Kommissionen bei der Entwaffnung und Internierung der russischen Truppen eine vollkommen unzulässige Einmischung dritter Mächte in eine Aktion vor, die sich ausschließlich zwischen Deutschland und Rußland abzuspielen hat. Diese Einmischung ist also unzulässiger, als sie von den Mächten ausgeht, die nachweisbar direkt oder indirekt sich an dem russisch-polnischen Kriegszuzunsten Polens beteiligen. Sie ist demnach nichts anderes, als ein durch dritte Mächte auf dem Boden des Deutschen Reiches zugunsten Polens begangener Bruch der Neutralität.

Indem der ergebenst Unterzeichnete die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Tatsache lenkt, bittet er die deutsche Regierung, an deren guten Willen die Neutralität aufs strengste zu wahren, er keinen Zweifel hegt, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Einmischung der Interalliierten Kommissionen in die Entwaffnungs- und Internierungsaktionen künftig unter allen Umständen unterbleibt. Die Russische Sowjet-Regierung ist bereit, die aus dem Uebertritt der russischen Truppen auf das deutsche Gebiet sich ergebenden völkerrechtlichen Konsequenzen auf sich zu nehmen und für den Unterhalt ihrer Truppen finanziell zu sorgen. Sie wird ihre Pflichten aber nur dann erfüllen können, wenn sie die Sicherheit besitzt, daß ihre Truppen und ihr Heeresgut sich in der Gewalt eines neutralen Staates befinden und nicht Gegenstand der Verfügungen dritter Mächte werden können, deren Parteinahme für das gegen die Russische Sowjet-Republik kämpfende Polen für alle Welt außer jedem Zweifel steht.

II.

Durch das Wolffsche Telegraphenbureau wird die Nachricht verbreitet, daß bei dem Uebertritt der russischen Truppen über die deutsche Grenze bei Klein-Leschienen die polnischen Truppen ihnen auf das deutsche Gebiet gefolgt sind und sie auf dem deutschen Gebiet entwaffneten, worauf die Polen sich wieder entfernt haben, ohne anscheinend durch die deutschen Behörden daran gehindert zu werden.

Unter der Voraussetzung, daß diese Meldung zutreffend ist, legt der erg. Unterzeichnete namens seiner Regierung gegen die auf dem Gebiete des Deutschen Reiches an den russischen Staatsangehörigen verübte Gewalttat entschieden Protest ein. Er bittet um baldigste Klarstellung des Falles nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Sind bei dem gemeldeten Vorfall die deutschen Behörden oder deutsche Staatsangehörige überhaupt beteiligt gewesen;

2. welche Maßnahmen hat die deutsche Regierung ergriffen, um von der polnischen Regierung Genugtuung für den durch polnische Truppen verübten Neutralitätsbruch zu erhalten;

3. wie gedenkt die deutsche Regierung in Zukunft derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen?

Was die deutsche Regierung antwortet.

Berlin, 2. September. Auf die beiden russischen Noten ist von der deutschen Regierung zunächst nur eine vorläufige Antwort erteilt worden, in der der Moskauer Regierung mitgeteilt wird, daß die von ihr zur Sprache gebrachten Angelegenheiten Gegenstand von Erwägungen der deutschen zuständigen Stellen sind. Das bezieht sich in erster Linie auf die von Tschitscherin beanstandete Einsetzung der interalliierten Kontrollkommission bei der Waffenabnahme. Es wird noch zu untersuchen sein, ob ihr ein Recht der Kontrolle über den Verbleib und Aufbewahrung der Waffen zusteht. Was den in der zweiten Note erwähnten Neutralitätsbruch durch polnische Truppen betrifft, so ist dagegen in Warschau schon vor Eintreffen der russischen Anfrage Protest erhoben worden.

Wer sind die „Orgesch"-Führer?

Ueber die Person des Leiters der pommerschen „Orgesch", der gegen ihr Verbot als versammlungsverletzend protestiert, wird jetzt bekannt, daß er identisch ist mit dem ehemaligen Leutnant Roßbach vom Freikorps gleichen Namens. Er hatte im Oktober 1919 gegen den Befehl der Regierung seine Truppe aus Ostpreußen nach Kurland geführt, wo sie sich baltikumerisch betätigte und zugleich eine Proklamation voll wüster Beschimpungen gegen die Regierung erließen. Nach dem Zusammenbruche des Baltikumabenteuers erzwangen die Roßbach-Horden bekanntlich ihrem eidbrüchigen Führer volle Amnestie, die dieser dazu benutzte, sein Korps nicht etwa befehlsgemäß aufzulösen, sondern als privaten „Klub" in einer Villa des Berliner Westens samt Waffen und Munition um sich versammelt zu halten. Am Tage des Kapp-Putsches stellte er sich samt seinen Leuten der Lüttwitz-Regierung natürlich sofort zur Verfügung.

Daß dieser Mensch jetzt als Vorsitzender einer bewaffneten reaktionären Organisation bei der Regierung gegen deren Verbot anmaßend protestieren kann, ist bezeichnend für die prachtvollen Zustände in der Republik. Für seine Auflehnung gegen das Gesetz wird ihm natürlich jetzt so wenig wie früher irgend etwas geschehen! Im übrigen weist die Tatsache, daß ein Mensch von seiner moralischen Beschaffenheit und seinen politischen Anschauungen Vorsitzender einer Provinzorganisation der Orgesch sein kann, ein bezeichnendes Licht auf den Charakter dieser Einrichtung zum Schutze der Verfassung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0002

Englische Arbeiter über Sowjet-Rußland.

Die Delegation, die im Frühjahr dieses Jahres von der englischen Arbeiterpartei und dem Gewerkschaftskongreß nach Rußland gesandt wurde, hat jetzt ihren Bericht veröffentlicht. Die Delegierten eröffnen ihren Bericht mit der Feststellung, daß sie vollkommene Bewegungsfreiheit in Rußland hatten und daß sie in der Lage waren, das normale russische Leben in allen seinen Teilen kennenzulernen. Sie erklären wörtlich:

„Wir betrachten es als notwendig, darauf hinzuweisen, daß die meisten Berichte über Sowjet-Rußland, die in der kapitalistischen Presse unseres Landes erschienen sind, den Tatsachen widersprechen. Wir haben keine chinesischen Soldaten gesehen. Wir bemerkten auch nicht den Schein eines außergewöhnlichen Luxuses von seiten der führenden Kommissare. Wir haben nicht gefunden, daß Frauen und Kinder nationalisiert wurden. Wir beobachteten wohl einen starken Zusammenbruch des Transportsystems mit bedauernswerten wirtschaftlichen Folgen, und wir sahen schreckliche Erscheinungen der Unterernährung und des Elends."

Was die allgemeinen Erfolge der russischen Revolution betrifft, sind die Delegation, daß, obwohl eine soziale Gleichheit noch nicht vollständig durchgeführt ist, da gewisse Kreise bevorzugt werden (Soldaten, ferner diejenigen, die schwere manuelle Arbeit verrichten und verantwortliche Arbeiter in den Abteilungen der Zentralregierung) und gewisse Personen noch immer in der Lage sind, Geld durch Spekulation zu machen, kann doch im allgemeinen gesagt werden, daß eine Gleichheit der Lebensbedingungen aufgerichtet wurde. Diese Gleichheit bezieht sich auf die Ernährung, Unterhaltung, wie auf Nahrung, Wohnungs- und Bekleidungswesen. Den Arbeitern wurden die Mittel der Verbesserungen und der Kultur in einer Weise zugänglich gemacht, die in früheren Tagen unbekannt war.

Der Bericht erwähnt ferner wiederholt die fortschrittliche Haltung der Sowjetregierung in bezug auf das Leben des Kindes.

Die Streikbewegung der italienischen Metallarbeiter.

Berlin, 3. September. Nach einer Mitteilung des Berliner Tageblattes haben die Metallarbeiter in Mailand, Turin und Rom, da sie in der Streikbewegung stehen, alle größeren Fabriken besetzt, um der Aussperrung zuvorzukommen. Irgendwelche Zwischenfälle haben sich bisher noch nicht ereignet.

Notizen.

Preußenwahlen im November? Nach einem Berliner Blatte sollen die Neuwahlen für Preußen voraussichtlich für den November ausgeschrieben werden. Auch die Wahl des Reichspräsidenten soll noch in diesem Jahr erfolgen. Wir verzeichnen die „Botschaft", ohne indes Vertrauen zu ihr zu haben.

Lebensmittel für Deutschland. Wie aus Mailand gemeldet wird, hat in Strebsa die Konferenz der italienischen, deutschen und französischen Delegierten über die Frage der an Deutschland zu gewährenden Lebensmittel begonnen.

Eine Frauenpartei in Amerika. Die Mehrzahl der amerikanischen Frauenorganisationen hat, wie United Tel. aus Neudork berichtet, beschlossen, eine eigene politische Wahlkampagne zu führen, und hat die Herabsetzung der Kosten des Lebensunterhaltes an die Spitze ihres Programms gestellt.

Afrika den Negern. Nach 30tägigen Sitzungen hat die Weltkonvention der Neger in Neuyork ihre Beratungen beendet. Es wurde beschlossen, daß ganz Afrika eine „schwarze Republik" werden soll, die nur von Schwarzen bevölkert und regiert werden dürfe. Marcus Garvay wurde zum voraussichtlichen „Regenten von Afrika" erwählt.

Aus der Provinz.

Ein Aktionsprogramm der Landarbeiter.

Die Bezirke Halle-Merseburg, Erfurt-Thüringen und Magdeburg-Anhalt der USPD. sind auf einer Konferenz, welche sie gemeinschaftlich abgehalten haben, unter Hinzuziehung der Vertreter der Landarbeiter zu der Ueberzeugung gekommen, es sei dringend, genaue Richtlinien für dieses Gewerbe auszuarbeiten. Man glaubt den Plan in folgender Weise ausführen zu können: Jeder Bezirk stellt eine Kommission, welche aus drei Vertretern der Landarbeiter und drei Vertretern der USP. besteht. Das in der Kommission gesichtete Material soll späterhin einer gemeinschaftlichen Kommission, zu welcher jeder Bezirk einen Vertreter der Partei und einen Vertreter der Landarbeiter stellt, nochmals gesichtet werden und dann endgültig als Richtlinien für die Agitation in den ländlichen Kreisen maßgebend sein.

Die Kommission des Bezirks Magdeburg-Anhalt hat nun das ihr Mal getagt und ist zu dem Entschluß gekommen, der Partei und den Landarbeitern zur Besprechung zu unterbreiten das nachfolgende

•

Aktionsprogramm für das Landproletariat.

Die letzte Reichstagswahl ist Beweis dafür, daß das Landproletariat den Idealen des Sozialismus zugänglich ist. In manchen Wahlbezirken wie in Mitteldeutschland war die Stimmenmehrheit der Landarbeiterschaft für den Ausfall der Reichstagswahl von ausschlaggebender Bedeutung. Wir konnten mit Erfolg darauf hinweisen, daß alle Parteien einschließlich der Rechtssozialisten sich wohl um die Stimmen der Landarbeiterschaft bemorben haben, daß aber keine dieser Parteien jemals den ernsten Willen gezeigt hat, der Landarbeiterschaft wirklich zu helfen.

Von der USPD. erwartet die Landarbeiterschaft etwas Besonderes; das in unsere Partei gesetzte Vertrauen darf nicht zu Schanden werden. Die Landarbeiterschaft erwartet, daß die Partei eintritt:

Für völlige Gleichberechtigung der Landarbeiter mit allen anderen Bevölkerungsschichten. Alle gegen die Landarbeiter nachstehenden Ausnahmebestimmungen haben zu fallen. Den Landarbeitern ist der gesetzliche Achtstundentag zu geben.

Ausbau des Rätesystems für die speziellen Bedürfnisse der Landwirtschaft. Zu diesem Zwecke wird gefordert:

Die landwirtschaftlichen Betriebsräte einer Gemeinde werden zu Gemeindebetriebsräten zusammengefaßt. Die Gemeindebetriebsräte prüfen die Produktionsergebnisse der Betriebe und machen Verbesserungsvorschläge. Führen die Bemühungen des Gemeindebetriebsrats zu keinem positiven Ergebnis, so ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen dem Kreiswirtschaftsrat Bericht zu erstatten, durch Berichtsformulare, aus denen Umfang, Eigenart des Betriebes, Fehler in der Betriebsführung usw. hervorgehen müssen.

Der Kreiswirtschaftsrat setzt sich aus gewählten Vertretern der Gemeindebetriebsräte zusammen. Er erledigt alle ihm zugehenden Aufträge auf Grund einer Geschäftsordnung. Er prüft alle eingehenden Beschwerden, insbesondere ist er berechtigt, schlecht geleiteten Betrieben Anweisung zu erteilen, und wenn nötig, diesen Betrieben eine geeignete Betriebsleitung zu geben auf Kosten des Betriebsinhabers. Gegen die Entscheidung des Kreiswirtschaftsrats steht dem Betriebsleiter innerhalb einer Frist von 8 Tagen Einspruchsrecht beim Bezirkswirtschaftsrat zu, dessen Entscheidung endgültig ist.

Die Beschlüsse des Kreiswirtschaftsrats werden von einem ständigen landwirtschaftlichen Fachmann erledigt. Die Kosten für den Kreiswirtschaftsrat werden durch Umlagebeiträge von den Betrieben prozentual nach ihrer Größe aufgebracht.

Durch die Mitwirkung der Räte ist die Sozialisierung der Landwirtschaft durchzuführen. An Stelle der planlosen Wirtschaft tritt die Einführung der Bedarfswirtschaft, der Anbau der Produktierung.

Der Uebergang von der intensiven zur extensiven Wirtschaft ist zu verhindern, eine planmäßige Steigerung der Produktion ist anzustreben. Nur der mit allen neuzeitlichen, technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften arbeitende Großbetrieb ist in der Lage, die Produktion zu steigern und die günstigsten Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Die Partei bekämpft deshalb alle von Bodenreformern und anderen kapitalistischen Interessenten betriebene „innere Kolonisation", die ihren hervorragenden Ausdruck im ländlichen Siedlungswesen findet. Das Siedlungswesen ist unsozialistisch und hat die Ausbeutung kleinbäuerlicher Ansiedler zum Ziel. Durch die Kleinsiedlung wird den Ansiedlern eine hohe Rentenlast aufgebürdet, seine kleine Kriegsrente oder seine Spargroschen muß er kapitalistisch geleiteten Siedlungsgesellschaften aushändigen, die dann oft verloren sind, der Kleinsiedler wird in wirtschaftliche Leibeigenschaft des Großgrundbesitzers getrieben.

•

Wir unterbreiten hiermit den Entwurf der Magdeburger Kommission dem Halle-Merseburger Bezirk zur Erörterung und Stellungnahme. Er bietet nicht nur den Landarbeitern, sondern auch den Parteivereinen der USP. willkommene Gelegenheit, das bedeutsame Problem Sozialismus und Landwirtschaft grundsätzlich in Mitgliederversammlungen zu erörtern.

Bitterfeld. Notgeldscheine. Auch der Kreis Bitterfeld hat, den Beispielen anderer Kreise und Städte folgend, Kleingeldscheine zu 50 und 25 Pf. herausgegeben. Die Scheine sind verhältnismäßig klein ausgeführt, um zu vermeiden, daß sie zusammengefaltet werden. Sie entbalten auf der Rückseite, wohl in Spekulationsabsichten, den Spruch: „Sehn wir uns nicht in dieser Welt, so sehn wir uns in Bitterfeld."

Delitzsch. Anständiges Benehmen gegen Kriegshinterbliebene sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Aber manche Leute, insbesondere manche Bureaukraten, scheinen anders zu denken. So gehen uns Klagen zu über den Polizeidirektor Hut in Delitzsch, der den Kriegerwitwen monatlich ihre Rente auszahlen muß. Die Redensarten, mit denen der Herr dabei die armen Frauen, die ihr Liebstes haben hingeben müssen, bedient, zeugen davon, daß in Kreisen, welche die Bildung gepachtet zu haben glauben, Gemütsroheit erschreckend oft zutage tritt. Wir würden Herrn Hut dringend empfehlen, Redensarten zu unterlassen, wie: „Na, das ist auch eine, die noch keinen wieder abgekriegt hat" usw. Die Kriegerwitwen sind nicht die Zielscheiben für den billigen Witz eines solchen Herrn und dürfen füglich verlangen, höflich behandelt zu werden.

Eilenburg. Unregelmäßigkeiten im Gerechtigkeitsbetrieb. Durch Verfügung des Justizministers ist den Angehörigen von Straf- und Untersuchungsgefangenen die Erlaubnis erteilt worden, Lebensmittel in beschränktem Umfange als Zuschuß zur Ausfallverpflegung einzuführen. Trotz dieser grundsätzlichen Erlaubnis werden von den Gefängnisverwaltungen hin und wieder Angehörigen von Gefangenen noch Schwierigkeiten bereitet. Darüber beschwert sich in einer Zuschrift an uns ein Eilenburger Einwohner, dessen Frau sich vorübergehend im hiesigen Gefängnis befand. Nachdem es dem Manne nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten zweimal gelungen war, Lebensmittel in die Hände seiner Frau zu bringen, wurde erklärt, zukünftig würden keine Lebensmittel mehr angenommen. Diesen Standpunkt nahm auch der Gefängnisvorsteher bei einer mündlichen Rücksprache ein; er ließ sich zu einer Aenderung bewegen selbst nicht durch den Hinweis auf die Tatsache, daß die inhaftierte Frau sich im siebenten Monat einer Schwangerschaft befindet und aus diesem Grunde nicht nur eine Respektierung der allgemeinen Verfügung, sondern sogar ein besonderes Entgegenkommen unbedingt am Platze wäre. Aber der Herr Gefängnisvorsteher war nicht zu rühren, er scheint nicht zu wissen, daß die Vorenthaltung von Lebensmitteln gegenüber einer werdenden Mutter und ihrem Kinde eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen ist. Wie zutreffend ist doch manchmal das Wort unserer Feinde von den deutschen Barbaren!

Falkenberg. Gemeindevertretersitzung. Zuerst beschäftigte man sich mit dem Wiederverkaufsrecht und der Wiederverpflichtung der Rentengutskäufer, sowie mit der grundsätzlichen Regelung der Landwirtschaftsfrage. Da kam der jetzige Bauwirtsrat zu reden und der Not an Baumaterialien dieser oder jener Käufer. Die vorgeschriebene dreijährige Frist zum Bauen nicht wird eingehalten können, soll versucht werden, eine Aenderung des Vertrages durch Rücksprache beim Landeskulturamt herbeizuführen. Die bisher abgeschlossenen Vorverträge bleiben bestehen unter Fortgültigkeit der neuen Bedingungen. Um der Wohnungsnot zu steuern, sollen auf dem Rittergut durch Umbauten Wohnungen geschaffen werden. Die notwendigen Geldmittel wurden bewilligt. Da die Bedingungen, unter denen vom Verein für Volkswohlfahrt aus Gemeindemitteln bewilligt worden waren, verschiedentlich ausgelegt werden, sollen mit diesem Verein Verhandlungen stattfinden. In die Rittergutskommission wurde Gemeindevertreter Lerch neugewählt. Um die ärztliche Schuluntersuchung auszubauen und die Schulzahnpflege neu einzuführen, wurden 3000 Mk. bewilligt. Auch die Untersuchung der Zähne soll jährlich zweimal stattfinden.

Uebigau. Der Rechtssozialist Mandke erschien am Sonntag in der öffentlichen Versammlung, die die USP. einberufen hatte und polemisierte gegen das Referat des Genossen Hempel aus Torgau über Wirtschaftsfragen und Steuerfragen. Die Ausführungen Mandkes unterschieden sich fast kaum von den bürgerlichen Redensarten und man wundert sich, woher er den Mut nimmt, sich noch „Sozialist" zu nennen. Immerhin: die Arbeiter merken aus solcher Offenbarzigkeit den Unterschied zwischen dem revolutionären Sozialismus, den die USP. vertritt, und der parlamentarischen Erfüllungspolitik der Rechtssozialisten, die nicht nur diese Partei, sondern die ganze Arbeiterbewegung und das Volk in den Sumpf führt.

Kreis Liebenwerda. Um den Kartoffelpreis. Am Mittwoch traten hier der Vorstand der Kreisbauernschaft als Vertreter der Erzeuger, die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten (Ortsgruppe Falkenberg), der deutsche Beamtenbund (Kreisverband Liebenwerda), die Arbeitnehmer-Gewerkschaften (Kartell Falkenberg) und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten (Kreisverband Liebenwerda) als Vertreter der Verbraucher zu einer Besprechung über die Kartoffelpreise zusammen. Es wurde nach längerer Aussprache nachstehender Beschluß gefaßt: Die derzeitig hohen Kartoffelpreise sind in erster Linie eine Folge der zum Abschluß gebrachten Lieferungsverträge. Aus der Erkenntnis heraus, daß der Preis der Kartoffeln nach Aufhebung der Lieferungsverträge wesentlich zurückgehen wird, beantragt die Versammlung eine sofortige Rechtsgültigkeitserklärung aller Kartoffellieferungsverträge herbeizuführen. Die Vertreter der Verbraucher halten für den Kreis Liebenwerda einen Verkaufspreis von 18 Mark für den Zentner nach Aufhebung der Lieferungsverträge und der Zwangswirtschaft für angemessen. Nach Aufhebung der Lieferungsverträge und der dadurch herbeigeführten Aenderung der Saatlage sowie der Ermöglichung der Uebersicht des Ernteausfalles werden genannte Organisationen zum Zwecke der Festsetzung der Preise zusammentreten. Der Kommunalverband hat durch seinen mitanwesenden Vertreter, Herrn kommissarischen Landrat Vogl, die Verfügung abgegeben, die Besorgung des Kreises mit Kartoffeln, sowie die Vorschriften besonders Lieferungsmaßnahmen gestatten, zu sichern.

Mühlberg. „Jedes Los gewinnt!" Großen Ausverkauf scheint der hiesige Kriegerverein bei seinem Sommerfest gemacht zu haben. Erst jetzt wird bekannt, was die „Gebefreudigkeit" seiner Mitglieder (das heißt, nicht etwa die armen Schlucker von Arbeitern und kleinbürgerlichen Krämern, die sich als hurrakreischende Masse gern gebrauchen läßt) alles hervorgezaubert hat, um den „Kriegervereen" wieder neues Leben einzuhauchen. Schweine, Ziegen, Geflügel, Lebens- und Genußmittel, Kohlen und Feuerholz usw. alles hat es gegeben. Keine Miete für die braven Krieger. Ein Rittergut und eine Domäne, die sonst nicht genug barmen können, haben sich in den Beutel gegriffen oder vielmehr in den Stall, und stellten Vieh zur Verfügung. Zum „Glück" hat, wie erzählt wird, ein Arbeiter den 1. Preis, ein Dreiviertelzentner-Schwein „erschossen". Man sieht, was es sich die Herren kosten lassen, wenn es gilt, Arbeiter für die reaktionären Kriegervereine einzufangen.

Sangerhausen. Turnverein Friesen feiert am Sonntag, dem 5. September, von nachmittags 3 Uhr ab im Schützenhaus sein 18. Stiftungsfest, bestehend in Schauturnen, Kinderaufführungen und sonstigen Belustigungen. Die Arbeiterschaft hat am Sonntag zu zeigen, daß sie mit den bürgerlichen Klimmzugvereinen nichts gemein hat. Der Arbeiterturnverein wird am kommenden Sonntag seinen Besuchern die Leistungsfähigkeit der Mitglieder vorführen, und somit den Beweis antreten, daß der Arbeiter und die Arbeiterin zu Hause und in ihren eigenen Organisationen herangebildet werden. Am Sonntag darf also die arbeitende Bevölkerung Sangerhausens beim Stiftungsfest des Turnvereins Friesen nicht fehlen.

Stolberg a. H. Das Paradies auf Erden scheinen die Arbeiter im Kraftwerk am hiesigen Orte zu haben. Wenn man die dort gezahlten Löhne mit der herrschenden Teuerung des Luftkurortes vergleicht, so besteht ein arges Mißverhältnis. Der Besitzer des Kraftwerkes, ein Herr Dr. Ing. Adam, leistet sich in der Bezahlung seiner bei ihm beschäftigten Leute gerade zu Unglaubliches. Die drei dort beschäftigten Leute erhalten den Grundlohn von sage und schreibe 300 bis 400 Mk. monatlich. Ja, er geht soweit, daß er behauptet, selbst soviel täglich zu verdienen, wie seine Arbeiter. Ob er die Absicht hat, demnächst einen Antrag auf Zubilligung der öffentlichen Armenunterstützung zu stellen — das war leider nicht in Erfahrung zu bringen. Den Arbeitern von Stolberg möchte ihre Lage eine Lehre sein, die heute die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen beweist und des revolutionären Kampfes für den Sozialismus.

• **Eckartsberga.** Eisenbahnunfall. Ein aus der Richtung Buttstädt in den hiesigen Bahnhof einfahrender Güterzug fuhr auf einen anderen Güterzug auf. Es wurden eine Anzahl Wagen zertrümmert. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Gewerkschaftliches.

Vor einem Hafenarbeiterstreik in Hamburg.

Die Lohnbewegung der Hafenarbeiter in Hamburg ist in ein „kritisches Stadium" getreten, da die Arbeitgeber bisher alle Forderungen auf Lohnerhöhung abgelehnt haben. Der Schlichtungsausschuß hat die Entscheidung dieser für das gesamte Wirtschaftsleben Hamburgs so sehr wichtigen Frage ausgesetzt, da er die Verantwortung nicht übernehmen kann, und neue Verhandlungen anberaumt. Die Arbeiter halten an ihren Forderungen fest; daher sollen die bisherigen Löhne bis zum 15. September in Geltung bleiben.

Auch die Arbeiter in der Schiffsindustrie drohen wegen Lohnforderungen mit einer Arbeitsniederlegung. Sie forderten in einer großen Versammlung mit großer Mehrheit den sofortigen Eintritt in den Streik. Die von den Arbeitgebern gemachten Vorschläge in der Lohnfrage wurden von der Versammlung als völlig ungenügend erachtet. Man einigte sich aber schließlich dahin, noch einmal zu versuchen, in sofort zu beginnenden neuen Verhandlungen von den Arbeitgebern zu verlangen, den Wünschen der Arbeiter weiter entgegenzukommen. Falls diese Verhandlungen scheitern, ist die sofortige Arbeitsniederlegung unvermeidlich.

Straßenbahnerstreik in Stettin. Die Angestellten und Arbeiter der Stettiner Straßenbahn haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Der Straßenbahnverkehr ruht seit gestern mittag.

Sport und Körperpflege.

Serienspiele des 6. Bezirks, Kreis 2, der Mitteldeutschen Spielervereinigung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Am 5. September spielen 88 Mannschaften in 44 Spielen, und zwar in der

1. Klasse.

Gruppe 1, 4 Uhr: Eintracht—Lettin, Teutonia—V. f. B.-Trotha, Leuna—Zahn-Merseburg, Schkeuditz—Union;

Gruppe 2, 4 Uhr: Minerva-Sportv. Kröllwitz, Viktoria—Radewell, Freya—Passendorf—Askania—Nietleben Propagandaspiel in Zscherben. 1/23 Uhr: Zörbig—Fichte.

2. Klasse, 1. Mannschaften.

3 Uhr: Hertha-Lettin—Zöschen, Bruckdorf—Groß-Kayna, Nietleben-Fr.—Wörmlitz, Zscherben—Diemitz, Braunsdorf—Wehlitz.

2. Klasse, 2. Mannschaften.

2 Uhr: Eintracht—Lettin, Teutonia—Trotha, Leuna—Zahn-Merseburg, Schkeuditz—Union, Minerva—Kröllwitz, Viktoria—Radewell, Passendorf—Dölau, Zörbig—Fichte.

3. Klasse, 2. Mannschaften.

1/22 Uhr: Hertha-Lettin—Zöschen, Wörmlitz—Groß-Kayna, Bruckdorf—Braunsdorf, Teutschenthal—Diemitz.

3. Klasse.

1. Gruppe, 3. Mannschaften. 2 Uhr: Eintracht—Lettin, Teutonia—Trotha, Schkeuditz—Leuna;

2. Gruppe, 3. Mannschaften. 1/21 Uhr: Minerva—Kröllwitz, Viktoria—Radewell, Passendorf—Dölau, Zörbig—Fichte.

4. Klasse.

1/211 Uhr: Minerva 4—Schkeuditz 4, Eintracht 4—Trotha 4, Wörmlitz 3—Lettin 4. 12 Uhr: Leuna 4—Passendorf 4.

Jugend. 10 Uhr: Viktoria—Diemitz, Trotha—Wörmlitz, Sportlust—Groß-Kayna, Fichte—Teutschenthal.

Schüler. 9 Uhr: Teutonia—Union, Minerva—Trotha, Kröllwitz—Zscherben, Groß-Kayna—Fichte.

Achtung! Spielerpäße nicht vergessen; ohne dieselben darf niemand spielen.

Fichte 1, 2, 3. Treffpunkt: 6 Uhr Bahnhof.

Sportlust 1 fährt am Sonntag nach Erfurt, um gegen den Sportverein Vorwärts anläßlich der Platzeinweihung ein Propagandaspiel auszutragen.

Ankündigungen.

Fußball. V. f. B., Trotha. Anschrift jetzt: Franz Kerk, Trotha, Mötzlicher Straße 6. — Fußball-Abteilung Wörmlitz. Sonnabend, 8 Uhr, bei Buthoff: Versammlung. — Fortuna, Dölau. Sonnabend, 8 Uhr, in den Drei Linden: Mitgliederversammlung. — V. f. B., Lettin. Sonnabend: Mitgliederversammlung. — Sportlust 07. Sonnabend, 8 Uhr, bei Thomas, Boelckestraße 1: Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Samariterkolonne, Halle. Die Uebungsstunde beginnt heute, pünktlich 1/8 Uhr, in der Goldenen Kette. Von dort aus geht es nach der Martinschule, Charlottenstraße.

Naturfreunde. Die Mitglieder der Ortsgruppe Halle treffen sich am Sonntagnachmittag 2 Uhr am Trotzaer Kaffeegarten zur Besichtigung des geplanten neuen Landheimes. Alle anderen Veranstaltungen fallen aus. — Die Ammendorfer unternehmen eine Wanderung nach Weißenfels-Kösen. Abfahrt 6^02 bis Weißenfels. — Die Eilenburger Genossen wandern nach dem Packer-Schloß. Abmarsch 1/26 Uhr von der Torgauer Brücke.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten, Wirtschaftliches, Gewerkschaftliches und Unterhaltungsblatt: Karl Toch, für Halle und Saalkreis: Werner Scholem; für Aus der Provinz und Verfassungsberichte: Otto Kilian; für Anzeigen: Fritz Krolz; Verlag: Volkswacht G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 28—34. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1473.

Vorstands-Sitzung

am Sonnabend, den 4. September 1920, abends 7 Uhr, im Volkspark.

Funktionär-Sitzung

am Sonntag, den 5. September 1920, vormittags 8 Uhr, im Volkspark.

Das Erscheinen aller Distriktsführer ist dringend geboten. Im Verhinderungsfalle ist der Stellvertreter zu entsenden.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen des 2. Kongresses der 3. Internationale.

8. Distrikt.

Sonntag, den 5. September 1920:

Ausflug nach Rattmannsdorf.

Abmarsch vorm. 11 Uhr vom Distriktslokal Neuer Bürgergarten, Liebenauer Straße 157.

Völberg.

Sonnabend, den 4. September 1920, abends 6½ Uhr:

Eltern-Versammlung

im Schulhaus zu Völbers.

3330 Der Vorstand.

Zentralverband der Zimmerer.

Sonnabend, den 4. September, abends 7 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:

Versammlung

1. Vortrag über das Rätesystem.
2. Abschluß der Tarifverhandlungen.
3. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 7. Septr., haben auf sämtlichen Plätzen Buchkontrollen stattzufinden.

3321 Der Vorstand.

Arbeitsmäntel aus Ballonstoff
wasserdicht — unverwüstlich
*1608 spottbillig vom Erzeuger
W. Heinemann, Bitterfeld, Feldstr. 34.

Fahrradmäntel von 22,50 Mk. an,
sowie Conti, Polak, Hutchinson usw.
kaufen Sie zu billigsten Preisen nur bei
Otto Seika, Martinstr. 5. Fernruf 1202.

Sangerhausen

Fleischverkauf.

Sonnabend, den 4. September, wird auf die Fleischkarte dieser Woche Fleisch bei den hiesigen Fleischermeistern verkauft.
*1712
Sangerhausen, 3. Septbr. 1920. Der Magistrat.

Auslandszuckermarken.

Die Auslandszuckermarken müssen bis zum 10. September bei dem Kleinhändler abgeliefert sein. Marken, welche bis dahin nicht abgeliefert sind, verlieren ihre Gültigkeit.
*1711

Butterverkauf.

Der Butterverkauf findet in dieser Woche, Freitag und Sonnabend statt. Abgegeben werden 30 Gramm auf Fettkarte vom 30. August bis 5. September.
Sangerhausen, 3. Sept. 1920. Der Magistrat.

Hausbrandversorgung.

Firma Kleuss verkauft Briketts auf Abschnitt 1 der neuen Karte am 2. September von Nr. 1268 bis 1498, am 3. September von Nr. 1434 bis 1563.
Sangerhausen, den 2. September 1920.
*1707 Der Magistrat (Ortskohlenstelle).

Auf Nummer 1 der neuen Kohlenkarte sollen bei Herrn Käse Kohlen am 3. September verkauft werden, auf die Nummern 3252—3402.
Sangerhausen, den 3. September 1920.
*1715 Der Magistrat (Ortskohlenstelle).

*1712 **Platzkonzert.**

Sonntag, den 5. September, vormittags von 11 bis 12 Uhr, findet ein Platzkonzert auf dem Ulrichsplatz statt.
Sangerhausen, 3. Septbr. 1920. Der Magistrat.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Viehbeständen des Landwirts Richard Meyerschmidt, Probstgasse 14, des Landwirts Karl Koch, Jakobstraße 5, des Privatmanns Wilhelm Nebelung, Mietelderstr. 38, des Landwirts Friedrich Kühnau, Bonifaciusgasse 16, des Landwirts Max Herbst, Mühlgasse 3, des Landwirts Hans Eyrke, Halemerstraße 3, ausgebrochen.
*1706
Sangerhausen, 1. Sept. 1920. Polizeiverwalt.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzblatt S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt: Ueber die verseuchten Gehöfte des Arbeiters Friedrich Heinbrecht in Sangerhausen, Rähmen 7, und des Fabrikarbeiters Paul Fleischer in Sangerhausen, Beckstswinkel 9, wird die Gehöftssperre verhängt. Die durch die viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 13. Juli 1920 (Sangerhäuser Zeitung Stück 178, Eisleben-Zeitung Stück 171, Hallisches Volksblatt Stück 178) erlassenen Anordnungen, insbesondere die der §§ 4, Absätze 4 und 5, sind genau zu beachten.

Sangerhausen, den 1. September 1920. *1709
Der komm. Landrat i. V.: Zeughammer.

Unser Haus

ist infolge seiner 8332

Riesen-Auswahl und Vielseitigkeit

nur erprobter **Qualitätswaren**
in unerreichbarer Preiswürdigkeit
die vorbildliche

Einkaufsstätte.

Hemdentuch	80 cm breit, Meter	14,00	Blusenstreifen in verschiedener Farbenzusammenstellung, Mtr. 24,00 — 18,00
Haustuch	82 cm, starkfädige Ware, Meter	21,00	Kleiderschotten herrliche Muster, Meter 32,00 — 27,00
Hemdenbarchent	starke, grellige Qualität, Meter	17,00	Kleiderstoffe kleine Karos, 110 cm breit, Meter — 29,00
Köperbarchent	weiß, 80 cm breit, Meter	18,75	Schotten blaugrün, für Blusen und Kinderkleider, Meter 22,50 — 19,50
Molton	weiß, gute Qualität, Meter	17,00	Blusenstoff gestreift, 80 cm breit, Meter — 19,50
Einfarb. Barchent	für Röcke und Beinkleider, Mtr.	9,75	Lodenstoff 135 cm breit, Meter — 45,00
Normal-Barchent	für Hemden und Beinkleider, Mtr.	16,00	Ripsleinen für Kleider, weiß, rote, hellblau, Meter — 27,00
Barchent	für Blusen u. Kinderkleider, Meter	18,00	Krepon gedruckt, Meter — 17,50
Bett-Inlett	Köperware, 80 cm, Meter	23,50	Voll-Volle bestickt, weiß, 115 cm breit, Meter — 35,00
Bett-Kattune	in großer Musterauswahl, Meter	18,00	Blusen-Zephir hell gestreift, Meter — 13,50
Kleider-Druck	in vielen Mustern, Meter 19,00	17,00	

Fertig genähte Bettbezüge mit 2 Kissen, weiß u. farbig 170,00 — **160,00**

Kaufgelegenheit! Anzugstoffe 140 cm br., gute haltb. Qualit., Mtr. — **65,00**

Ein großer Posten **Herbst-Kostüm-Röcke** in verschiedenen Stoffarten — **39,75**

Seidenstoffe

Messaline	85 cm breit, in vielen Farben . . . Meter	75,00
Blusen-Seide	karier., 50 u. 85 cm breit . Meter	65—35,00
Crêpe de chine	in allen Farben Meter	95—85,00

Ein großer Posten **Barchent** — grau — 100 cm br., Meter — **13,50**

Schürzen

Hausschürzen	extra weit, mit zwei Taschen	24,50
Schürzen	Wiener Form, gute Qualitäten	34,50
Blusen-Schürzen	prima Stoff und moderne Machart	37,50
Warp-Schürzen	aus haltbaren Qualitäten . . .	19,75

Wäsche

Damen-Hemden	aus starkfädigem Hemdentuch mit Languetten	39,00
Damen-Beinkleid	geschlossener Form mit reicher Stickerei	45,00
Damen-Nachthemden	Batist mit Val.-Einsatz	69,00
Unterröcke	Batist mit Val.-Einsatz	19,75

Damen-Korsetts aus hellem Stoff mit Languette — **29,75**

Ein Posten **Breite Selbstbinder** in moderner Ausmusterung — **12,75**

Sonder-Angebot!

Metall-Bettstellen	m. 1a Kettenez-Matratze in nur guten bekannt. Fabrik., weiß u. schwarz lack.	450,00	390,00	300,00	250,00
Auflege-Matratzen	3teilig, mit Kettkissen, Alpengrasfüllung und guter Verarbeitung	250,00	175,00	125,00	
Kinder-Bettstellen	mit abschlagbaren Seitenteilen und verstellbarem Kopfteil	275,00	250,00	185,00	
Bettfedern	füllkräftige Qualitäten, Pfund	35,00	28,00	22,00	

Matratzen-Drelle grau-weiß gestreift 120 u. 140 cm breit, Meter — **42,00 39,00**

Tisch-Auflegestoffe weiß-blau gemustert 100 u. 86 cm, Meter — **16,00 12,50**

Haushaltwaren

Schmortöpfe	24 cm 22,50	22 cm 19,50	Glashafen	5 Ltr. 8,95	4 Ltr. 3,95 — 3 Ltr. 3,35
Kasserollen	20 cm 9,00	18 cm 8,25	16 cm 6,50	Suppensiebe Emaille	2,75
Kartoffeldämpfer	24,00	18,00	Eimer, verzinkt, extraschwere Ware	30 cm 19,00	28 cm 18,50

Deutsche Kernseife Doppelstück — **6,50**

K. A. Seifenpulver markenfrei, 1-Pf.-Paket — **2,20**

Deutsche Feinseife Stück — **3,50**

Scheuersand 6 Pakete — **90 Pf.**

Schuhcreme 3 Dosen — **95 Pf.**

Waschpulver 3 Pakete — **95 Pf.**

Nussbaum

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an, ferner Kerzen, Reis, Brattfett und Trockenei

in der Talamtschule am Sonnabend, den 4. September 1920. Zugelassen zum Einkauf werden Inhaber der Lebensmittelscheine mit Nummern 75001—84500, vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1,10 Mk. jeder Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. 4 Eier, ferner an jede Person eines Haushalts ¼ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für halbe Pfund, ¼ Pfund Brattfett zum Preise von 4,00 Mk. für das halbe Pfund und 50 Gramm Trockenei (Erlös für 5 Eier) zum Preise von 4,00 Mk. abgegeben werden.

Freibankverkauf.

Zum Freibankverkauf am 4. September werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: 8 Uhr: 3101—3200.

Versorgung mit Kartoffeln.

In der Woche vom 6. bis 12. September können auf die Marke 57 der neuen Kartoffelkarte 10 Pfund Kartoffeln gekauft werden. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 36 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend, den 4. bis einschließlich Mittwoch, den 8. September. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 9. September, im Stadtverwaltungsamt, Zimmer 46, abzuliefern.

Milchkartenausgabe für Kinder.

Vom Montag, den 6., bis einschließlich Sonnabend, den 11. September, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken die neuen, vom 13. September an gültigen Milchkarten für Kinder bis zu 6 Jahren und stillende Mütter ausgegeben. Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen: 1. a) der Lebensmittelschein des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört, bzw. Stamm der alten Milchkarte. 2. Wenn der Versorgungsberechtigte ist: a) ein Kind bis zu 6 Jahren ein Altersnachweis (Geburtsschein, Stammbuch, Geburtsurkunde); die Vorlegung des Impfschein genügt nicht. b) eine stillende Mütter, eine polizeilich beglaubigte Bescheinigung der Hebamme, des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ein Kind stillt, oder ein Ausweis der Krankenkasse darüber, daß Stillprämien gezahlt werden. Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge dem betreffenden Kind zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend. Bekommt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die dann eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der erhöhten Menge. Die Milchkarten für hoffende Frauen werden nicht in den Markenausgabestellen, sondern im Erdgeschoß des Stadternährungsamtes (Urlauber-Abfertigungsstelle) ausgegeben.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die für ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Sacharin, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—F bis F am Sonnabend, den 4. September, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben G—K am Montag, den 6. September, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben L—O am Mittwoch, den 8. September, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben P—R am Donnerstag, den 9. September, und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Freitag, den 10. September, vormittags von 8—12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Merseburgerplatz 22, III. Obergeschoß, Zimmer 41, abzuholen. Am Dienstag, den 7. September, findet die Ausgabe der Zuckermarken und Bezugsscheine für Sacharin an Gastwirtschaften nicht statt. Ein Ausweis ist mitzubringen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zuckermarken die Vermerke „Betriebsmarke" und „Nicht überwachbar" tragen und auf der Rückseite mit dem Gemeindesiegel versehen sind.

Auf Grund einer Verfügung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen werden sämtliche bis einschließlich 31. August 1920 von der Polizeiverwaltung ausgestellten Waffenscheine hiermit für ungültig erklärt. Dieselben sind bis spätestens 30. September 1920 hierher zurückzugeben. Die Ausstellung neuer Waffenscheine, welche zum Besitz, wie auch zum Tragen von Waffen berechtigt, nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die Anträge müssen schriftlich bei dem für den Wohnung des Antragstellenden zuständigen Polizeirevier eingereicht werden und mit eingehender Begründung versehen sein. In der Begründung muß glaubhaft dargetan sein, daß der Antragsteller aus Grund besonderer persönlicher Verhältnisse zum Schutze seiner Person oder seiner Angehörigen einer Waffe bedarf. Als solche die Ausstellung eines Waffenscheines begründeten Verhältnisse sind insbesondere anzusehen Wohnungs- oder Hoflage außerhalb geschlossener Ortschaften, durch frühere Ereignisse oder durch die Art der beruflichen Tätigkeit begründete erhöhte Gefahr des Diebstahls, der Beraubung oder des tätlichen Angriffs auf die Person des Antragstellers oder seiner Hausstandsangehörigen. Dagegen dürfen Waffenscheine ohne besondere Gründe wegen bloßer Zuverlässigkeit des Antragstellers in Zukunft nicht mehr erteilt werden. 2. Waffenscheine werden nur für Jagdgewehre, Revolver und Pistolen, mit ausdrücklicher Ausnahme von unter das Entwaffnungsgesetz fallenden Armeerevolvern, ausgestellt. In Anträgen auf Erteilung von Waffenscheinen sind die Waffen, für die ein Waffenschein beantragt wird, genau zu bezeichnen. Die Polizeiverwaltung.

Bitterfeld

Fleischversorgung.

Aus einer besonderen Zuweisung von Mastvieh besserer Qualität, das aber zu entsprechend höheren Preisen eingekauft ist, kommen in dieser Woche auf den Fleischmarkenabschnitt Nr. 1 zur Ausgabe: a) bei die Fleischverkaufsstellen der Bezirksschlachthofes Bitterfeld, Köthen, Zörbig pro Person 150 Gramm Frischfleisch; b) in den übrigen Verkaufsstellen des Bezirks (Schlachtereien des Kreises pro Person 250 Gramm Frischfleisch. Der Kleinverkaufspreis beträgt für das Pfund Rindfleisch 11,— Mk.
Bitterfeld, den 2. September 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: gez. Stammer, Kreisdeputierter.

Dem Fleischermeister Richard Blume in Coßwig wird die Verteilung der Fleisch- und Wurstmarken für die Gemeinde Pötz, unter gleichzeitiger Genehmigung zur Wiederbenutzung seines seit Kriegsbeginn von ihm geschlossenen Schlachthauses, übertragen.
Bitterfeld, den 1. September 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Artern

Die Kleennutzung auf dem früheren Domänenland unterm Weinberge, sowie die Grasnutzung auf Frieden- und Luisenfeld soll am Sonnabend, den 4. d. M., abends 8 Uhr, im Ratskeller, unter den im Termin bekanntzugebenden Bedingungen öffentlich meistbietend verkauft werden.
Artern, den 2. September 1920.
*1706 Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0004

Reichskonferenz der USPD.

Die Berichterstattung von Moskau.

In der gestrigen Nummer des Volksblattes konnten wir nur einen Teil des Berichts von der Reichskonferenz bringen. Wir setzen ihn heute fort mit der gestern unterbrochenen Berichterstattung des Genossen

Crispien.

Am 23. Juli fand dann die zweite Vollsitzung des Kongresses statt, die über die Notwendigkeit politischer Parteien debattierte. Referent war Sinowjew, dessen Ausführungen sich völlig mit dem deckten, was ich selbst einmal über diese Frage ausführte. Die russischen Parteien seien die einzigen, die den revolutionären Kampf durchführen können. Das ganze war ein USP.-Referat, wie es jeder rechte Führer halten kann. Eine Rede Henkes wurde von Sinowjew als rechtssozialistisch bezeichnet, trotzdem sogar Klara Zetkin den Genossen Henke damals zu dieser Rede beglückwünscht hatte. In der Diskussion sprach Genosse Serrati, der ausführte, daß man auf dem Kongreß nicht nur Stellung nehme gegen den Opportunismus, den Reformismus, sondern auch gegen Syndikalismus, Individualismus und Anarchismus. Darauf sagte Trotzki, verschiedene lieber mit spanischen Syndikalisten, holländischen Anarchisten, als mit Scheidemann und Kautsky. In der Abstimmung wurden die Leitsätze über die politischen Parteien angenommen.

Der 24. Juli brachte die dritte Vollsitzung des Kongresses mit dem Bericht von Sinowjew über die Leitsätze der KPD. Man wolle Syndikalisten und Anarchisten in den Reihen haben, damit sie täglich mehr Kommunisten würden. Es wurden sieben Kommissionen über die Thesen eingesetzt. Es entstand die Frage: Was geschieht mit den USP.-Delegierten? Sollten sie in diese Kommission hinein? Es war ihnen beratende Stimme zugesagt worden. Nur Holland, Wijnkop, wandte sich wieder dagegen, daß die USP.-Delegation in den Kommissionen vertreten sein solle. Radek war dafür, Bordiga war dagegen. Die Situation war so, daß Dümig aufsprang, an das Rednerpult eilte und in den Saal donnerte, er verwahre sich dagegen, daß die USP. nicht als revolutionär gestellt solle. Wijnkop erhob nochmals Widerspruch. Sinowjew antwortete ihm aber, daß die USP. trotz ihres rechten Flügels eine große Massenpartei sei, daß aber Wijnkop in 15jähriger Arbeit nicht mehr als 1500 Menschen um sich geschart habe. Es wurde dann beschlossen, uns an der Kommissionsarbeit teilnehmen zu lassen.

Wir beschränkten uns auf die eine Kommission, in der die Anschlußbedingungen beraten wurden. Nochmals wurde dann das ganze Sündenregister der USP. aufgezogen. Dißmann beschrieb eine Gewerkschaftspolitik wie Legien, er sei kein Revolutionär. Auf unsere Einwendung, daß die KPD. in Deutschland in der revolutionären Periode auch keine andere Politik getrieben habe als die USP., erklärte Sinowjew, die KPD. habe alle Entschuldigung für sich, sie sei eine kleine Partei. Dißmann wurde unter keinen Umständen in die Internationale aufgenommen werden. . . .

Meyer, der deutsche Kommunist, wies darauf hin, daß die deutsche Delegation doch gespalten sei, da Dümig und Stoecker immer schwiegen und nur Crispien und Dittmann redeten. Dittmann wandte sich dagegen, daß in die Bedingungen aufgenommen werde, daß man den bewaffneten Aufstand vorbereite. So etwas tut man, lege es aber der breiten Oeffentlichkeit nicht vor. Wir wollen nicht die Partei dem Kapitalismus als Freiwild ausliefern. Denn in diesem Falle hätten die Massen der kapitalistischen Klassenjustiz ausgeliefert. Wir wollen nicht die Grundsätze über die illegalen Organisationen in die Bedingungen aufnehmen. Auch Dümig und Stoecker stimmten uns bei in der Sache. Unser Einwand machte Eindruck in der Kommission. Es wurde eine Unterkommission gebildet, in der Dittmann delegiert wurde, um eine Formulierung zu finden, die auch für Deutschland annehmbar wäre. Ich selbst habe dann die Aeußerung Ledebours auf dem Leipziger Parteitag richtiggestellt. Was man heute in Rußland propagieren kann, wo man ernsthafter Gegner mehr gegenübersteht, das ist in Deutschland unmöglich. Dümig spricht von den beiden Strömungen in der Partei und meint, daß der linke Flügel jetzt gestärkt sei. Er wandte sich aber entschieden gegen eine Namensliste, da sie den Anschluß unmöglich mache. Trotzki hielt eine heftige Rede gegen die USP., die Freiheit-Redaktion und die ganze Parteipresse. Die Spaltung der USP. müsse kommen.

Trotzki plädierte für das schärfste Programm, damit die Führer unschädlich gemacht werden. Wir bemühten uns in einer weiteren Sitzung, die Namensliste zu verhindern. Sinowjew brachte so leichthin einen Antrag Lenins zur Kenntnis, daß im Zentralvorstand der USP. zwei Drittel der Mitglieder nur aus solchen Personen bestehen dürfen, die schon vor dem zweiten Kongreß der 3. Internationale für den bedingungslosen Anschluß waren. Wir erklärten alle ihre Einstimmig, daß daran alles scheitere. Das machte Eindruck. Trotzdem wurde der Antrag in der Kommission angenommen. Wir nahmen an, daß der Kongreß selbst zu einer anderen Stellungnahme kommen werde, und verhandelten weiter.

Am 26. Juli tagte der Kongreß weiter. Vorher war die Delegation unter sich zusammengekommen, und hier kam Stoecker damit heraus, daß Sinowjew doch nicht ganz unrecht habe, daß Dittmann und ich unsere Partei doch zu vollkommen hingestellt haben, und daß er nicht mit uns einverstanden sei. Crispien wandte sich mit äußerster Schärfe gegen das Gebaren Stoeckers unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden. Er wies besonders auch auf die gemeinsamen Unterhandlungen Stoeckers und Wilhelm Herzogs hin, was von seiten Herzogs, der in der Konferenz anwesend war, erregte Zwischenrufe veranlaßte.

Eine scharfe Rede hielt Sinowjew gegen die politischen Arbeiterräte. Er bezeichnete sie in vielen Fällen als objektiv konterrevolutionär.

Nach diesen Sitzungen trat die Delegation der USP. noch einmal zusammen, um über eine gemeinsame Erklärung zu beraten. Ein von Dittmann vorgelegter Entwurf wurde von Dümig und Stoecker abgelehnt. Da eine Verständigung hierüber nicht zu erzielen war, so wurde von der Abgabe einer Erklärung ganz Rußland genommen. In diesem Moment brachte Dittmann die Mitteilung, daß von der Subkommission alle aus den Aufnahmebedingungen herausgenommenen Schärfen in weit stärkerem Maße wieder eingesetzt waren und in der veröffentlichten Form zur Annahme gelangten.

Im weiteren Verlauf des Berichts kommt Crispien auch auf den am 4. August in der Hamburger Volkszeitung erschienen Funkspruch Wilhelm Herzogs zu sprechen. Er brandmarkt solche Machenschaften als hinterhältig und verwirrend.

„Zusammenfassend muß ich sagen", so fuhr Crispien fort, „daß bei geschlossenem Auftreten der Delegation die Verhandlungen zu einem Ziele hätten führen müssen.

Wer die Bedingungen der 3. Internationale annehme, der müsse sich die Taktik der deutschen Kommunisten zu eigen machen. Wohin das führen könne, der möge das daran ermessen, daß in Deutschland von den Kommunisten jetzt Propagande für den Krieg gegen Frankreich entfaltet wird. Die USP. habe eine Weltmission. Sozialisten der ganzen Welt schauen auf die deutsche USP. Moskauer Internationale ist kein Internationale. Mit Ausnahme der scharf kritisierten italienischen Partei und der skandinavischen Parteien gehörten ihr nur kleine verschwindende Gruppen an. Lenin lebe in dem falschen Wahn, von Rußland aus die Weltrevolution betreiben zu können. Dieser falschen Auffassung müsse entgegengetreten werden. Unsere Aufgabe sei die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats. Nichts sei seinem Kampf um die Befreiung gefährlicher als der Zerfall in Sekten."

Genosse Crispien schloß seine zweieinhalbstündigen Ausführungen in der Zuversicht, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auch diese Krise nicht nur überstehen, sondern klarer, geschlossener und einiger denn je aus ihr hervorgehen werde. (Lebhafter Beifall.)

Däumigs Korreferat.

Als Korreferent spricht Däumig. Aus der ganzen politischen Konstellation der Welt und insbesondere Deutschlands habe sich für ihn die Notwendigkeit des Anschlusses an die 3. Internationale ergeben. Crispien habe mit aller Sorgfalt das zusammengetragen, was gegen den Anschluß sprechen könne. Genosse Crispien habe daher nachdrücklich auf die Uneinigkeit der Delegation hingewiesen. Gegenüber den von Crispien eingeflochtenen Bemerkungen gegen Stoecker erklärte er sich solidarisch mit Stoecker. Durch die Aufsätze Crispiens, insbesondere durch seinen Bericht, sei nun Klarheit geschaffen. Die Aufnahmebedingungen haben Geltung für alle Parteien und sind nicht nur für die USP. zusammengestellt worden. Däumig unterzieht die politische Lage einer näheren Betrachtung. Es sei Tatsache, daß augenblicklich Rußland in der 3. Internationale ein Uebergewicht besitze. Vom marxistischen Standpunkt aus sei gegen die Thesen der 3. Internationale kaum etwas einzuwenden. Die Position der Delegation wäre sicherlich besser gewesen, wenn sie mit einer einheitlichen Willenserklärung hingekommen wäre. Wir haben in Moskau gesehen, daß ein Auseinanderhalten von Sowjet-Rußland und den Problemen der 3. Internationale nicht in Frage kommen kann. Die große Masse in Rußland sei natürlich nicht bolschewistisch durchgebildet. Es sei falsch, den russischen Kommunisten wegen ihrer Agrarpolitik Opportunismus vorzuwerfen. Cachin und Frossard hätten erklärt, daß, wenn in Leipzig die USP. den Anschluß an die 3. Internationale beschlossen hätte, auch der französischen Partei die Entschließung erleichtert worden sei. Deutschland sei heute das Vorgelände im Kampfe des Ententekapitals gegen den Bolschewismus geworden. Aus dieser Tatsache könnten sich die schwersten Konflikte ergeben. Die Partei dürfe sich nicht länger zum Garanten des Versailler Friedens hergeben.

Cachin und Frossard bilden den Beweis, wie wenig die Russen sich an Vorurteile klammern. Cachin gehörte während des Krieges zu den entschiedensten Kriegspolitikern und reiste im Auftrage der französischen Regierung nach dem damals zaristischen Rußland. Cachin hat erklärt, daß er die Spaltung seiner Partei wünscht, wobei man berücksichtigen muß, daß in der französischen Partei noch die Scheidemänner vorherrschen. Dümig wendet sich gegen die Darstellung Crispiens, daß die bekannten Namen ausgeschlossen werden müßten. Die russischen Kommunisten hätten erklärt, daß sie das den Parteien überlassen. (Heftige Unruhe und Zwischenrufe: Das steht doch in den Bedingungen.) Dümig stellt die Behauptung auf, daß die Moskauer kein formal-juristisches Heilgericht über die Genossen beabsichtigen. (Erneute Zwischenrufe.) Es wird allerdings eine theoretische Klärung der Partei verlangt. Die weitere Entwicklung wird ja zeigen, ob meine oder Crispiens Auffassungen richtig sind. Aber wir können nicht unbeteiligt zusehen, wir müssen aktiv eingreifen. Das Verumpfen und Versanden der revolutionären Entwicklung in Deutschland ermöglicht es dem Weltkapitalismus, gegen Sowjetrußland vorzugehen. Es ist einfach undenkbar, daß in Zukunft nach einem vollzogenen Anschluß eine Kräfteverzeudung in Auseinandersetzungen mit der KPD. vor sich gehen kann. Ich will gerade unsere starke Partei in die 3. Internationale bringen, um mit ihrem Schwergewicht auch die Politik der deutschen Kommunisten zu beeinflussen. Allerdings in der 3. Internationale kann eine Meinungsfreiheit im alten demokratischen Sinne nicht herrschen. Ueber die Grundlagen darf es keine Meinungsverschiedenheiten geben, wobei selbstverständlich über organisatorische und taktische Dinge diskutiert werden kann.

Dümig erklärt, daß er nach wie vor dabei bleibt, daß die Forderungen auf straffe Zentralisation und Organisation berechtigt sind und alle anderen Fragen so aufgefaßt werden müssen, wie sie die Russen auffassen, nämlich als Entwicklungssache. Organisationsformen sind historisch bedingt. Unsere freiere Organisation gegenüber dem bureaukratisch-reaktionären Zentralismus der alten Partei hatte deshalb ihre Berechtigung. Die Frage der Organisation betrifft aber alle Parteien, und wir haben zu prüfen, ob die ausländischen Parteien uns nicht auch hierin wieder zuvorkommen. Alle Thesen sind in marxistischem Geiste getragen, bringen allen Parteien ernste Verpflichtungen. Dümig weist besonders auf die Thesen über die Kolonialpolitik hin, die die Parteien der Kolonialländer verpflichten, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Er weist auch weiter auf die Erschütterung der englischen Weltherrschaft in Asien hin, die es mit sich bringt, daß man in der 3. Internationale mit Parteien und Personen zu tun hat, die nicht als sozialistische anzusprechen sind. Die französischen und englischen Parteien haben nicht die geringsten Erfahrungen in der illegalen Organisation.

Dümig schildert dann die Umstände, wie in der letzten Sitzung plötzlich alle jene Schärfen wieder in die Bedingungen kamen, die vorher entfernt wurden. Radek habe zugegeben, das sei vorzugsweise wegen des Verhaltens der Genossen Crispien und Dittmann geschehen. Wir haben stets den Russen gegenüber die Verantwortung für unser Antwortschreiben übernommen. Aber nach der neuen Situation bin ich der Ansicht, daß die Partei klar und scharf ihren Standpunkt präzisiert. Es heißt jetzt Stellung nehmen: für oder gegen die 3. Internationale. Für mich kann es nur heißen: für die 3. Internationale. Voraussetzung für den Anschluß ist natürlich das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und deren Vorbereitung. Aber der Parteitag muß sich erklären, ob die Richtung Kautsky, Hilferding immer noch in der Partei eine Rolle spielt. Die Russen weisen darauf hin, daß die Auffassung Kautskys immer noch gilt als die Ansicht der Unabhängigen Partei Deutschlands, daß sie gelte zur Rechtfertigung Judenitsch, Denikins, Koltschaks u. a.

Dümig setzt sich auch mit Hilferding auseinander, der die internationale Verbindung skeptisch betrachtet. Hilferding hat die Partei nicht in konsequent-revolutionärem Sinne geführt. (Zuruf: Dümig ist doch Vorsitzender.) Ja, aber Hilferding nimmt an allen Sitzungen teil und beeinflußt sie entscheidend. Hilferding hat die Verankerung der Räte in der Verfassung propagiert, er hat auf dem Leipziger Parteitag Ausführungen über die Weltlage gemacht, die durchaus nicht der Situation entsprachen, er hat im März die Verhandlungen mit Legien geleitet und mit dazu beigetragen, daß der Generalstreik abgebrochen wurde. Nach der Klärung der theoretischen Grundlage der Partei wird die Brücke geschlagen sein, die uns mit der 3. Internationale verbindet. Ueber die Einzelfragen hinaus steht für mich fest, daß an der Tatsache des Anschlusses selbst nicht gerüttelt werden kann. Ich für meinen Teil bleibe unbekümmert um alles bei der festen Ueberzeugung, das Schicksal der deutschen Revolution, der Weltrevolution, der Unabhängigen Partei wird eng verbunden sein mit der 3. Internationale.

Dittmanns Referat.

Als dritter spricht Genosse Dittmann: Ueber den größten Teil der Ausführungen Däumigs besteht innerhalb der Partei keinerlei Zwiespalt. Wir sind vom ersten Beginn der Machtergreifung der Bolschewiki an für ihre Unterstützung eingetreten. Aber es gibt Genossen, die schon jede Kritik an deren Politik als Verrat betrachten. Es ist notwendig, daß man sich über die Grundlage der bolschewistischen Herrschaft klar werde und daß man prüft, ob diese selben Grundlagen auch in den anderen Ländern gegeben sind. In Rußland sind durch die Schuld des Zarismus 75 Prozent der Bevölkerung stumpf und dumpf, deren Interessen größtenteils durch Gewährung von Parteilen (Zuweisung von Land, Entlehnung von der Steuerpflicht usw.) befriedigt werden konnten. Die russischen Führer hätten selbst zugegeben, daß diese Massen keine Kommunisten sind, sondern noch von agrarischen, kleinbürgerlichen Anschauungen befangen sind. Ein klassenbewußtes Industrieproletariat habe es in Rußland nicht gegeben. Als dann nach der Machtergreifung durch die Bolschewiki Lenin die Parole zur Enteignung der Enteigner herausgab, folgten diese stumpfen Massen dieser Aufforderung natürlich sofort. Aber auf diesem Wege ließ sich kein Kommunismus aufbauen. Daher werde jetzt versucht, diesen von obenher zu betreiben. Das habe zu einem unglaublichen Anschwellen des Beamtenapparates geführt. In den russischen Bureaus, wie im Heere, seien die reaktionärsten Beamten und Offiziere tätig, die eine ständige Bedrohung der Sowjetmacht bilden. Die Kulturlosigkeit und die Passivität der breiten Massen bilde die Grundlage Sowjet-Rußlands.

Rußland brauche zu seinem Weiterbestand die Weltrevolution. Im besonderen erwarte Rußland von jeder Krise eine internationale Aufpeitschung. In der ersten Sitzung habe Lenin in den einleitenden Worten gesagt, daß die von ihm aufgestellten Thesen nur eine Vorbereitung des russischen Versuchs zur Aufrichtung des Kommunismus bedeuten. Aber die Voraussetzungen in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, seien vollständig verschieden von denen Rußlands. Vor allem seien die Arbeitermassen in Deutschland weiter durchpolitisiert und niemals mit den Massen Rußlands zu vergleichen. Das deutsche Proletariat würde darum die Diktatur einer kleinen Führerclique ablehnen und sich gegen die ihm zugemutete Selbstausschaltung auflehnen.

Wohin solche Diktatur der Internationale führen muß, das zeige ein Beispiel der österreichischen Kommunisten. Diese hätten beschlossen gehabt, sich an den nächsten Wahlen nicht zu beteiligen. Lenin und Trotzki hätten diesem Beschluß zugestimmt, aber das Exekutivkomitee habe anders entschieden und den österreichischen Kommunisten die Beteiligung angeordnet. Aus Gesprächen mit Lenin sei außerdem hervorgegangen, daß dieser über die Lage in Deutschland völlig falsch orientiert sei. So habe er der Delegation scharfe Vorwürfe wegen ihrer Haltung beim Kapp-Putsch gemacht und die Auffassung geäußert, es hätte diese Situation zur Machtergreifung durch das deutsche Proletariat ausgenutzt werden müssen. Mehrere Parteien, welche ihren Anschluß an die 3. Internationale beschlossen hatten, seien abgewiesen worden. Darunter die Bulgaren, die Amerikaner um Debbs, Hillquitt und Berger. Warum? Weil dort keine kleine kommunistische Gruppe bestehe, die wohl kaum jemals aus ihren Schattenseiten herausgelange.

Wenn Dümig gesagt habe, man könne durch die offenen Darlegungen über Rußland Material für die antibolschewistische Liga, so sei demgegenüber zu erklären, daß dann jedem Genossen der Mund verschlossen würde. Es ist notwendig, daß das deutsche Proletariat vor Enttäuschungen bewahrt bleibe und daß die Delegation offen und frei über ihre Erfahrungen und Feststellungen in Rußland berichte.

In seinem Referat erklärte Sinowjew, daß die 3. Internationale das Zusammenarbeiten mit dem „rechten" Flügel der USPD. ablehne. Daraus geht hervor, daß die Darlegungen Däumigs und Stoeckers, als sei an einen Ausschluß von Mitgliedern der USPD. nicht gedacht worden, irrig sind. Die Frage heißt nicht: für oder gegen die 3. Internationale, sondern die Frage sei: für oder gegen diese Aufnahmebedingungen.

Wir wünschen eine Formulierung der Thesen, die wir in Deutschland vertreten und die wir auch vertreten werden. Gerade im Hinblick auf die Weltrevolution dürfte den einzelnen Parteien die Autonomie nicht genommen werden. Die eigene Entschlußfähigkeit und Handlungsfreiheit dürfe ihnen unmöglich genommen werden. Aber in Moskau wolle man die Spaltung der USPD. Wenn Dümig und Stoecker sich dieser Auslöschung unterwerfen, ist das ihre Sache, aber ich muß eine solche Unterwerfung als Revolutionär und Proletarier ablehnen. Wir wollen aus unserer Partei keine Sekte machen. Wir wollen den Zeitpunkt unseres Handelns selbst bestimmen und uns diesen nicht von einer bestimmten Stelle vorschreiben lassen. Wir sind bereit, mit allen revolutionären Parteien zusammenzugehen, aber wir dürfen uns nicht irgendeiner Parteiinstanz unterwerfen. (Lebhafter Beifall.)

Stoeckers Rede.

Darauf ergreift der Genosse Stoecker das Wort. Er hält die Artikel und Ausführungen Dittmanns für unverständlich und vernünftig an ihnen die Größe der Auffassung für das, was die russischen Genossen geleistet haben. (Es erhebt sich große Unruhe über Stoeckers Wiedergabe.) Er hält es für eine platte Selbstverständlichkeit, daß die russischen Formen nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden können. Die Voraussetzungen für die proletarische Diktatur in Deutschland sind ganz andere als in Rußland. Es kommt darauf an, aus den Lehren der russischen Revolution die Schlüsse für die deutschen Verhältnisse zu ziehen. Die Russen haben gerade in der letzten Zeit ihre Propagande mit Erfolg auf das Land getragen, weil sie wissen, daß das zur Erhaltung der revolutionären Errungenschaften notwendig ist.

Es bestand von je ein Antagonismus zwischen der deutschen und russischen Betriebsführung, und daß ist durch den 6jährigen Krieg nicht besser geworden. Stoecker wendet sich scharf gegen Olberns „Briefe aus Sowjet-Rußland", die alles kleinliche und häßliche mit Fleiß zusammentragen. Wir, Dümig und ich, haben in Leipzig schon erklärt, daß uns nichts Gemeinschaftliches trennt von der 3. Internationale. Stoecker wendet sich gegen Crispien und stellt richtig, daß er und Dümig sich am ersten Tage an den Arbeiten des Kongresses beteiligt haben. Die Verständigung scheiterte nicht an der Verantwortung für das Antwortschreiben. Die Russen fragten uns, ob es denn richtig sei, daß unsere Partei völlig einig sei, oder ob keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Stoecker verliest das Antwortschreiben, das er und Dümig entworfen haben. In diesem Schreiben werden die Gedankungen der Partei, die sich um die Begriffe Demokratie — Diktatur — Rätesystem bildeten, skizziert. Es ist in diesem Schreiben auch die Erklärung über die Verantwortung für das Antwortschreiben an das Exekutivkomitee der 3. Internationale enthalten. Die Erklärung besagt, daß das Antwortschreiben mit der Zustimmung des ganzen Zentralkomitees zustande gekommen ist.

Stoecker nimmt die russischen Kommunisten gegen den Vorwurf des Opportunismus energisch in Schutz. Er hat den Eindruck, daß die Russen auf unsere Partei viel Wert legen, daß sie aber befürchten, daß die reformistischen und opportunistischen Elemente ihren Einfluß behalten. Sie wollen mit Recht verhindern, daß es so wird wie in der 2. Internationale. Von den Bedingungen ist in Deutschland ein Zerrbild dargestellt worden, das kaum zu glauben ist. Stoecker polemisiert eindeutend gegen Dittmann und dessen Auslegung der Aufnahmebedingungen. Er hält den Beschluß des Exekutivkomitees, daß die Oesterreicher sich gegen ihren Willen an den Parlamentswahlen zu beteiligen haben, für durchaus gerechtfertigt. Es handelt sich nicht um den demokratischen Grundcharakter unserer Organisation. Es handelt sich darum, daß die Russen in dreijährigem Kampfe dieser nur bestehen konnten durch die straffste Zentralisation in der Partei. In Rußland ist keine Bonzenwirtschaft. Es gibt keine Partei, die soviel Bezirks- und Kreiskonferenzen abhält, als die russischen Kommunisten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0005

Stoecker geht dann auch zur Frage der illegalen Organisation über. Wir stehen heute in einer Situation, wo das Bürgertum sich wenig daran stößt, ob wir illegale Organisationen haben oder nicht. Die Staatsanwälte pfeifen auf die Legalität oder die Illegalität, wenn es sich um Revolutionäre handelt. Die entscheidende Frage ist heute: Werden wir eine revolutionäre Partei, die sich nicht darauf beschränkt mitzugehen, sondern die Massen führt, denn gibt es kein Hindernis für den Anschluß. Das ist der sachliche Kern, um den es sich handelt. Stoecker übt heftige Kritik an der Schreibweise der Freiheit, der Leipziger Volkszeitung und einem Teil der Parteipresse. Er wird heftig unterbrochen, als er die Aufgaben der Redakteure darlegt die sie seiner Meinung nach haben müßten. Die Frage der proletarischen Diktatur ist ein Kampfobjekt, um das wir ringen. Darauf muß alles zugespitzt werden. Wir wollen Offenheit in der deutschen Arbeiterschaft. Die Frage des internationalen Bürgerkrieges steht sehr nahe vor uns, auch die politische Entscheidung in Deutschland. Wir wollen die Gewalt nicht vermeiden, nein, wir brauchen sie; wir fordern unsere Parteigenossen auf, mit Gewaltmitteln gegen die Bourgeoisie vorzugehen.

Es handelt sich auch darum, Stellung zu nehmen gegen alle pazifistischen Illusionen. Wir waren keine vorwärtsdrängende Partei. Auf Grund der ökonomischen Verhältnisse brauchen wir eine Partei, die klar und deutlich ihre Richtlinien ansgibt. Ich billige durchaus den Beschluß der Exekutive, daß die Elemente, die grundsätzlich auf einem anderen Standpunkte stehen, die Partei verlassen. Man muß klar und offen aussprechen, daß Kautsky nicht mehr in unsere Partei gehört trotzdem ich ihn persönlich achte und viel von ihm gelernt habe. Nach der Rede des Genossen Crispien steht die Sache nicht mehr auf Anschluß, sondern auf Kampf gegen die 3. Internationale. Wir sind der Ansicht, daß die 3. Internationale eine wahrhafte Internationale ist. Die Italiener, die Norweger, die Bulgaren, die Serben sind in ihren Ländern die entscheidenden sozialistischen Parteien. Nach den Erklärungen Cachins und Frossards habe ich mich der Genosse Däumig die feste Ueberzeugung, daß die französische Partei sich der 3. Internationale anschließen wird.

Wir stehen in Bälde vor den entscheidenden Kämpfen. Deshalb sage ich: So sehr wir im einzelnen gegen die Bedingungen sind, der Zusammenschluß mit der 3. Internationale ist uns hundertmal wichtiger als umgekehrt. Wir brauchen eine große, starke Sektion der 3. Internationale. Wir werden den Kampf mit aller Energie und aller Entschiedenheit führen. (Beifall.)

Genosse Dittmann stellt in einer persönlichen Bemerkung verschiedene Aeußerungen Crispiens und Stoeckers richtig.

Darauf wird die Konferenz auf Donnerstag vertagt.

Kriegslieferanten-Praktiken.

Bekanntlich war Anfang 1918 die Daimler-Motoren-Gesellschaft beschuldigt worden, vermittels betrügerischer Preiskalkulationen von der Heeresverwaltung Wucherpreise für ihre Erzeugnisse erpreßt zu haben. Es wurde daraufhin vom Preußischen Kriegsministerium eine Kommission zur Untersuchung der Anschuldigungen eingesetzt, die nunmehr Bericht über ihre Tätigkeit erstattet hat. Um es vorwegzunehmen: die Ergebnisse ihrer Untersuchung erweisen in vollem Umfange die damals gegen die DMG. gerichteten Angriffe. Ihr Schlußurteil lautet:

„Die Prüfungskommission zieht aus ihren gesamten Feststellungen den Schluß, daß in den besprochenen Mehrgewinnen jene Wirtschaftspolitik ihren Ausdruck findet, die im Zusammenhang mit den organischen Fehlern der auftretenden Stellen an ihrem wesentlichen Teile dazu beigetragen hat, die Teuerung auf allen Gebieten heraufzubeschwören, unter der das deutsche Volk seit Jahren ächzt."

Die Untersuchung war sehr erschwert deswegen, weil eine bei Unternehmen von der Größe der DMG. sonst übliche Fabrikbuchhaltung vollständig fehlte. Eine ordnungsmäßige Nachprüfung des Lohn- und Materialverbrauches war wegen der Unzulänglichkeit der dafür in Betracht kommenden Einrichtungen in wesentlichen Punkten unmöglich. Doch konnte festgestellt werden, daß die Behauptung der DMG., sie sei zu Preissteigerungen deshalb gezwungen gewesen, weil sie Materialien unter Umgehung der Höchstpreisvorschriften in großen Mengen beschaffen mußte, auf Unwahrheit beruht: Vielmehr machte die DMG. an den von ihr eingelagerten Holzvorräten noch gewaltige Konjunktur-Gewinne. Auch ihr Einwand, die hohen Löhne seien mit schuld an den hohen Preisen, hat sich als nicht stichhaltig erwiesen. Denn, wie die Kommission feststellte, ist nach den Lohnabrechnungskarten der Fabrik Untertürkheim in den Jahren 1915 bis 1917 bei um 100 Prozent gestiegenem Umsatz das Verhältnis des produktiven Lohnaufwandes zu ihm konstant geblieben. Er betrug 1915 rund 10 Prozent, 1916 rund 8 Prozent und 1917 wieder rund 10 Prozent des Umsatzes.

Die Gewinne der DMG. sind nach den Ermittelungen der Kommission weitaus höher, als sie ausgewiesen hat. Sie hat Riesensummen in den Büchern versteckt und verschwinden lassen, um als angeblich notleidender Betrieb immer höhere Preise von der Heeresverwaltung hinaufschrauben zu können. Bei einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark schüttete sie in den Jahren 1914/17 allein in Form von Dividenden einen Gewinn von 25 248 556.92 Mk. aus. 1917 erhöhte sie ihr Kapital auf 32 Millionen Mark dergestalt, daß sie ihren Aktionären die neuen Aktien über 24 Millionen Mark zum Geschenk machte: kein Pfennig ist darauf eingezahlt worden. Die Kommission hat ermittelt, daß die Gesellschaft in den Jahren 1914/17 einen nicht verteilten Uebergewinn in Höhe von 70 604 775.24 Mk. erzielte. Im Kontokorrent kommen dazu unter Umständen 7 500 000 Mk. Rückstellungen für Risiken aus Auslandslieferungen und 6 900 000 Mk., die zugunsten der Inspektion der Kraftfahrtruppen zurückgestellt waren. Insgesamt also hat die DMG. in den Jahren 1914/17 einen tatsächlichen Gewinn von 85 847 382.16 Mk. erzielt, wozu dann noch die Rückstellungen im Betrage von 14,4 Millionen Mark kommen. Wahrscheinlich aber sind die Gewinnziffern noch höher, denn es war, wie die Prüfungskommission immer wieder betont, infolge mangelnder ausreichender verwaltungstechnischer Einrichtungen nicht möglich, noch tiefer in die Materie einzudringen. Es sind, um nur noch ein Beispiel zu nennen, in den Berechnungen der Kommission die Werkzeugmaschinen der DMG. mit einem Betrage von 7,3 Millionen Mark eingesetzt, während sie von anderen Sachverständigen auf rund 14 Millionen Mark bewertet werden.

Die in den Jahren 1914/17 insgesamt bezahlten Arbeitslöhne erreichen den Betrag von 53 090 312.10 Mk., bleiben also weit, um beinahe 50 Prozent, hinter den von der DMG. erzielten Gewinnen zurück.

Die Kommission hält es scheinbar nicht für angebracht, gegen die schamlose Wucherei der DMG., die in der unerhörtesten Weise das Reich während des Krieges betrogen hat, vorzugehen. Ihre Begründung dieses Standpunktes ist einfach klassisch, so daß wir sie wörtlich folgen lassen; es heißt über die Wucherei der DMG.:

„Darin bildet die DMG. aber nicht eine einzelne Erscheinung, sondern nur ein typisches Beispiel für eine große Menge der für Rüstungszwecke herangezogenen Unternehmen, und es wäre nach Ansicht der Prüfungskommission ein Unrecht, wenn diese eine Gesellschaft anders behandelt und beurteilt werden würde, wie jene große Zahl der im Kriege besonders begünstigten Geschäftskreise und Einzelpersonen."

Der Standpunkt der Prüfungskommission ist also kurz der: alle Kriegslieferanten haben verbrecherisch im Ring der Preistreiber mitgewirkt und das Reich geplündert, deshalb darf in dem nachgewiesenen Fall nicht eingeschritten werden! Diese Logik stellt für die Zukunft jeder Gaunerei gegen die Allgemeinheit einen Freibrief aus. Der Schwindel muß bloß so organisiert werden, daß alle Interessenten von ihm profitieren können.

Im Gegensatz zu der Prüfungskommission, deren Untersuchungen ein geradezu erschreckendes Beispiel von der Skrupellosigkeit der kapitalistischen Geschäftsmacher im Kriege herausgestellt haben, aber ein ebenso großes Maß von Unsähigkeit und Leichtfertigkeit der bestehenden Behörden, verlangen wir die auf Grund der Wuchergesetzgebung im Kriege durchaus mögliche strengste Bestrafung der DMG.-Verwaltung, verbunden mit einer Eingliederung der Wuchergewinne. Vor allem aber zeigt der Fall der DMG., wie notwendig es ist, daß die Allgemeinheit von diesen kapitalistischen Schmarotzern schleunigst befreit werde. Und dazu gibt es nur den einen Weg der Beschlagnahme ihrer Unternehmen für die Allgemeinheit, die wahrlich genug von ihnen geschröpft worden ist.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. September 1920.

Warum müssen wir Frauen Sozialisten sein?

Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag abend im überfüllten großen Volksparkfaal die Genossin Reichheim aus Hamburg. Auf die Kunde, daß der aus der Haft entlassene Genosse Ferchland in der Versammlung sprechen würde, waren viele Hunderte herbeigekommen, so daß der Saal und die Galerie schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz besetzt war. As Genosse Ferchland im Saal erschien, wurde er durch stürmischen Jubel und durch Zurufe von der Menge begrüßt.

Gen. Hildebrandt begrüßte in warmen Worten zu Beginn der Versammlung den Gen. Ferchland: Die Tatsache, daß wir heute einen lieben Genossen, der 1½ Jahr im Gefängnis geschmachtet hat, begrüßen, bringt uns die Novemberrevolution 1918 in Erinnerung. In jenen Tagen glaubten wir, daß unser Sehnen nach Verwirklichung des Sozialismus in Erfüllung gehen würde. Entschieden und rücksichtslos habe der Gen. Ferchland an seinem Platz damals gestanden und sei unerschrocken gegen die Reaktion eingetreten. Eingehend schilderte Gen. Hildebrandt die Tätigkeit Ferchlands bis zu der Zeit, wo man ihn nach Berlin verschleppte. Damals war bei der Arbeiterschaft die Empörung bis zur Siedehitze gelangt. In fesselnder Weise verstand der Redner die Märzereignisse, den Einzug Märkers und die Folgezeit zu schildern. Scharf geißelte er das Prozeßverfahren gegen Ferchlandt, in dem der bei der Arbeiterschaft hinlänglich bekannte Kriegsgerichtsrat Wolff 22 Jahre und 7 Monate Gefängnis beantragt hatte. Man habe zwar Ferchlandt die ganze Macht der Reaktion fühlen lassen, aber ungebeugt kehre er in die Reihen des Proletariats zurück. So begrüßen wir ihn in dem Bewußtsein, er steht auf dem Standpunkt: Vorwärts, trotz alledem.

Gen. Ferchlandt dankte dem Gen. Hildebrandt für seine warmen Begrüßungsworte und allen denen, die seiner durch Briefe und Lebensmittel gedachten, als er im Kerker schmachtete. Oft habe ihn die Jugend durch Lieder die Stunden im Gefängnis erleichtert. Nicht gebrochen kehre er aus der langen Haft zurück, sondern mit aller Kraft und in dem Bewußtsein, daß es eine edle Aufgabe sei, als Kämpfer für die Befreiung der Menschheit in den Reihen des Proletariats zu stehen. Er habe der Arbeiterschaft Treue bewahrt und werde auch in Zukunft als Kämpfer für den Sozialismus seine Pflicht tun. (Lebhafter Beifall.)

Darauf behandelte Genossin Reichheim nach einem Rückblick über die sozialistische Frauenbewegung der letzten Jahre in eingehender Weise die Frage der bürgerlichen Ehe, die eine Sklaverei bedeute. In der sozialistischen Gesellschaft werde die Mutterschaft als eine produktive Leistung betrachtet. Dann trägt auch die Gesellschaft den Unterhalt für Mutter und Kind. Infolgedessen ist die Frau nicht mehr vom Mann wirtschaftlich abhängig. Dann würden sich auch die abgeschlossenen Ehen auf wirkliche gegenseitige Zuneigung gründen. In fesselnden Worten beleuchtete die Rednerin die Frage der Prostitution die die ungeheure Verbreitung der Geschlechtskrankheiten zur Folge habe. Die wirtschaftliche Belastung der unehelichen Mutter sei eine der übelsten Folgen der kapitalistischen Gesellschaft. Um diese Frage dürfe man sich nicht herumdrücken. Alle Maßschläge hätten nur dann Zweck, wenn die wirtschaftliche Lebensstellung von Mutter und Kind garantiert sei. Aber auch der jetzige Reichstag habe die Mittel für Wochenfürsorge nicht bewilligt. Wir wollen nicht Wohltätigkeit, sondern wir wollen das Recht für die Mutter, damit ihnen die Mutterschaft Lebensaufgabe werden der Menschheit.

Auch auf anderen Gebieten sei noch Aufklärung zu schaffen. So entbinde die sozialistische Gesellschaft die Frauen von den alltäglichen Kleinarbeiten, die viele Frauen unter den schwierigsten Verhältnissen Tag für Tag ausüben. Das könne freilich nur geschehen, wenn die Profitwirtschaft in eine Bedarfswirtschaft umgestellt wird. Aber diese Umstellung sei nur dann möglich, wenn wir im Besitz der Produktionsmittel sind. Eine weitere Forderung sei die sozialistische Gemeinschaftsschule, die von der Einheitsschule zu unterscheiden sei. Keine Begabtenauslese könne helfen, sondern restlos müssen allen Proletarierkindern die Bildungsmöglichkeiten erschlossen werden. Aber auch diese Forderung kann nur dann erfüllt werden, wenn der Privatbesitz verschwindet. Freiwillig werden die Besitzenden nicht ihren Besitz hergeben. Nur die Diktatur könne sie dazu zwingen. Diese Diktatur sei nicht etwas Neues; denn wir leben ja ständig unter der Diktatur der kapitalistischen Gesellschaft.

Man macht heute den einkaufenden Frauen vor, daß der freie Handel für sie günstiger sei. Denn die Frau könne dann kaufen, soviel sie wolle. Aber die Preise – z. B. bei den Eiern – beweisen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft kein Vorteil ist. Es müsse also auch diese Frage vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet werden. Die Mittelständler, Beamten, Lehrer und Angestellten, alle sind in die Scharen der Proletarier eingereiht und müssen auch daraus die nötige Folgerung ziehen. Das Problem der Befreiung der Frau lasse sich nicht anders lösen, als durch den Sozialismus. Deshalb gelte es auch für die Frauen, die Revolution weiterzutreiben. Ihre Parole müsse heißen: Für die Befreiung durch den Sozialismus.

Aber der Befreiungskampf könne nicht durch die Frauen allein geführt werden, sondern nur durch beide Geschlechter gemeinsam. Die Frauen, die ihre Befreiung wünschen, haben auch die Pflicht, daran mitzuarbeiten. Das können sie in der USP., die ja für diese Ziele konsequent eingetreten sei. Die Frauen müssen in Zukunft die Herstellung von Munition und Kriegsartikeln verweigern damit die Wiederholung eines Krieges ausgeschlossen wird. Wir haben alle Kraft einzusetzen, um den Sozialismus in Deutschland zur Durchführung zu bringen. An dem Widerstand, den die Gegner leisten, erkennen wir, mit welchen Mitteln der Kampf geführt werden muß. Man müsse das russische Proletariat mit allen Mitteln unterstützen. Wenn wir die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland erkämpfen, helfen wir den Russen am besten. Heute gelte es mehr denn je, daß sich jede Frau die Frage vorlege, ob sie noch länger den Reihen der Kämpfenden fernstehen will. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion bat Jugendgenosse Grade die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß ihre Kinder am kommenden Sonntag, dem internationalen Jugendtag, recht zahlreich an der Demonstration teilnehmen, damit dem Bürgertum gezeigt wird, daß die proletarische Jugendbewegung immer mehr erstarkt.

Genosse Hildebrandt unterstützte die Ausführungen des Jugendgenossen, indem er hervorhob, daß die Jugend bei allen Kämpfen mit flammender Begeisterung dabei war. Das habe er besonders in den Märztagen gesehen. Die Jugendlichen haben das, was wir ihnen mit auf den Weg gegeben haben, in die Tat umgesetzt. Die Jugend werde bei uns nicht nur offenes Ohr, sondern auch weitgehende Unterstützung finden, denn wir wissen sehr wohl, daß der Jugend die Zukunft gehört.

Genossin Birkner begrüßte im Auftrage der Genossinnen den Genossen Ferchlandt. Es sei zu bedauern, daß in der sozialistischen Frauenbewegung ein Abflauen zu verzeichnen sei. Deshalb müßten besonders die Männer auf ihre Frauen einwirken. Gerade die Frauen hätten doch die Leiden des Krieges am schwersten empfunden. Für jede Frau müsse es deshalb heißen: Hinein in die USP.

Herr Lehrer Rede betonte, daß man in Zukunft der Bildungsfrage mehr Aufmerksamkeit schenken müsse. Die Arbeiterschaft brauche für ihren Kampf zur Durchführung des Sozialismus geschulte Köpfe.

Genossin Krüger: Die Frauen dürfen sich nicht nur ihrer Familie widmen, sondern sie müssen auch für die Allgemeinheit wirken. Obwohl in Halle viele Tausende von Frauen im Erwerbsleben stehen, so sind doch nur 3000 in der USP. organisiert. Um auch diese Berufstätigen mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen, schlug Rednerin vor, in Betriebsversammlungen Vorträge zu halten. Aufgeklärte Frauen werden für die Männer auch Mitkämpferinnen sein. Wir werden den Kapitalismus überwinden können, wenn Männer und Frauen geschlossen zusammenstehen. (Lebh. Beifall.)

In ihrem Schlußwort hob die Genossin Reichheim hervor, daß man die Frauenfrage nicht gefühlsmäßig lösen könne, es die bürgerliche Frauenbewegung tue. Die sozialistische Gemeinschaftsschule werde schon deshalb nicht in der kapitalistischen Gesellschaft durchzuführen sein, weil man nicht die Mittel zur Verfügung stelle. Doch könne es eine dankbare Aufgabe für Elternbeiräte bilden, die nötigen Vorarbeiten zu leisten. Zur Durchführung des Sozialismus sei der Zusammenschluß des Kopf- und Handproletariats nötig. Rednerin erblickte in der Kirche den Haupthindernis dafür, daß noch so viele Frauen der sozialistischen Bewegung fernstehen. Es genügt nicht, daß die Frau einer revolutionären Partei angehört, sondern auf die Arbeit kommt es an. Wir müssen uns auf die Aktion der Masse stützen. Deshalb müssen alle Frauen, die das erkannt haben, tätige Mitglieder der Partei werden, um zur Verwirklichung des Sozialismus mitzubelfen. (Lebhafter Beifall.)

An Friedrich Ferchlandt.

Fünf Jahre will man Dich aus der Liste der Lebenden streichen,
Weil Du Dich mutig angeschlossen den Revolutionären.
Aber Du wirst Dich gewiß weiterhin als Kämpfer bewähren,
Fest und stark sein, und von Deiner Ueberzeugung nicht abweichen.

Du bist jung. Für Dich kann des Lebens Himmel immer noch blauen.
Du hast Freunde und Leidensgefährten mit größeren Sorgen.
Denke immer an diesen Rat, getreulich heute wie morgen:
Achte stets das Dir von den Proletariern geschenkte Vertrauen!

In guter Zeit ist's leicht, Ueberzeugungstreue zu beweisen.
Gefahrloser, zur Partei, zur Meinung der Verfolgten sich zu bekennen;
Doch überall wird dessen Namen man einstens in Ehren nennen,
Der Bekennermut zeigte auch hinter dem Gitter von Eisen.

In gärenden Zeiten, wo sich Neues, Großes will gestalten,
Müssen im Kampfe Opfer gebracht werden, wenn es vonnöten.
Aber im Aufrechten vermag selbst der Kerker den Geist nicht zu töten.

Darum, Freund: Kopf hoch, auf die Zähne gebissen und durchgehalten!

Im Kirchtorgefängnis, im Januar 1920. Otto Kilian.

Der Segen des freien Handels.

Ende Juni haben bekanntlich in ganz Deutschland Demonstrationen gegen den Lebensmittelwucher stattgefunden. Auch bei Hallische Proletariat nahm in zwei überfüllten Versammlungen am 2. Juli zu dieser Frage Stellung. Die in diesen Versammlungen angenommenen Entschließungen wurden vom Proletariat, Minister für Ernährung und Landwirtschaft zugestellt. Auf diese Eingabe ist jetzt folgende Antwort eingelaufen:

Es ist außer Zweifel, daß die Preise für Lebensmittel einen für viele Kreise der Bevölkerung kaum noch erträglichen Stand erreicht haben. Der durchaus notwendigen Preisreduktion stellt sich jedoch in erster Linie die starke Entwertung des einheimischen Geldes im Vergleich zu den Weltbandelspreisen entgegen. Eine Besserung kann nur durch möglichste Hebung der inländischen Produktion erreicht werden, die aber bei den ebenfalls stark gestiegenen Produktionskosten diesen entsprechende Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedingt. Es mußten daher die Vieh-, Kartoffel- und Getreidepreise erhöht werden, was jedoch erst nach eingehenden Verhandlungen mit allen beteiligten Kreisen, insbesondere auch den Vertretern der Verbraucher, geschehen ist und wobei über die einwandfrei belegten Produktionskosten nicht hinausgegangen ist. Wenn die Kleinhandelspreise, wie es bei den Fleischpreisen an manchen Orten offenbar der Fall ist, über die notwendigen Handelszuschläge hinaus erhöht sind, so entspricht dies nicht den Absichten des Reichsernährungsministeriums und ist durch Vorstellungen bei den mit der Durchführung betrauten zuständigen Stellen der einzelnen Länder Abhilfe zu suchen. Das gleiche trifft zu für Gemüse und Obst, für welche Waren auf Wunsch weitester Kreise der Bevölkerung die Zwangswirtschaft völlig aufgehoben und der freie Handel eingeschaltet ist. Jeder Einfluß des Reichsernährungsministeriums auf die Preisbildung ist bei diesen Waren fortgefallen und kann gegen Preistreibereien nur durch gemeinschaftliches Vorgehen der Ortsbehörden mit den Preisprüfungsstellen, den Verbraucervertretern und dem Handel hier Wandel geschaffen werden. Nötigenfalls muß auf Grund der Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberei (Wuchergerichte) vom 27. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1909) vorgegangen werden. Der Kartoffelpreis von 25 Mark nach der Verordnung vom 13. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 325) gilt nur für die auf Grund gesetzlicher Vorschriften abgelieferten Kartoffeln; der weitere Zuschlag von 5 Mk. auf Grund der Verordnung vom 21. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1056) wird nur für die Kartoffeln gewährt, welche sich die Städte mittels Lieferungsverträgen gesichert haben. Die sonstigen Kartoffelpreise werden auf Grund der freien Preisbildung bzw. einer späteren Preisfestsetzung davon abweichen können. Eine Entscheidung über die allgemeine Kartoffelversorgung oder eine Festsetzung der Preise für diese kann erst erfolgen, wenn die voraussichtlichen Ernteaussichten sich genauer übersehen lassen. Es darf aber allgemein gehofft werden, daß das größere Angebot von Waren infolge Hebung der einheimischen Erzeugung in Verbindung mit der von mir geförderten Einfuhr auch die Preise für Lebensmittel allmählich senken und so zu der nur bei einer solchen Senkung möglichen Gesundung des Wirtschaftslebens führen wird.

Wenn es in der Antwort heißt, daß auf Wunsch „weitester" Kreise der Bevölkerung die Zwangswirtschaft aufgehoben worden sei, so ist das nicht richtig. Es geschah doch in erster Linie auf Wunsch der Agrarier. Und die Folge war, daß das Ministerium, wie es jetzt selbst eingesteht, keinen Einfluß mehr auf die Preisbildung hat. Das nützt es, wenn das Ministerium mit den Wuchergerichten droht. Hat man doch den Agrariern und Großhändlern durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft freien Spielraum gelassen. Und die breite Volksmasse ist dem Wucher erbarmungslos ausgeliefert und hat Tag für Tag unter dem „Segen des freien Handels" zu leiden. Bei dieser Sachlage bleibt nur der eine Ausweg, daß der von den Stadtverordneten gewählte Verbraucheraussschuß den Produzenten und Händlern bei der Preisfestsetzung gehörig auf die Finger sieht. Beschwichtigungen, wie sie vom Ernährungsminister zugehen, können dem hungernden Volke nichts helfen.

---

* **Metallarbeiter.** Den Betriebsräten sowie den Vertrauensleuten zur Kenntnis, daß Nr. 10 der Betriebsräte-Zeitschrift eingetroffen ist. Um Störungen zu vermeiden, ist es ratsam, daß aus jedem Betrieb ein Kollege mit dem Abholen der Zeitschrift betraut wird.

* **Das neue Postscheckamt Erfurt.** Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nehmen die Arbeiten bei der Einrichtung des Postscheckamtes in Erfurt guten Fortgang. Die baulichen Aenderungen sind fast vollendet, die erforderlichen Möbel zum größten Teil schon vorhanden. Mit der Aufstellung der Maschinen, soweit sie bereits geliefert sind, ist man zurzeit beschäftigt. Wenn der Eingang der noch fehlenden Maschinen sich nicht etwa durch unvorhergesehene Ereignisse verzögern sollte, ist mit zu rechnen, daß der Betrieb beim neuen Scheckamt am 1. Oktober eröffnet wird. Wie schon früher mitgeteilt wurde, gehen die in den Ober-Postdirektionsbezirken Erfurt und Halle wohnenden Postscheckkunden nicht sämt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0006

sich am 1. Oktober auf das hiesige Scheckamt über, sondern es werden, um die Ueberleitungsarbeiten und den Aufbau des neuen Amts zu erleichtern, wöchentlich rund 500 Konten vom Scheckamt Leipzig abgezweigt und nach Erfurt überwiesen werden. Die in Betracht kommenden Postscheckkunden werden vom Postscheckamt Leipzig besondere Nachricht erhalten, aus der sie auch ersehen werden, ob sie ihre alte Nummer beibehalten oder eine neue Nummer erhalten werden.

* **Die Spar- und Baugenossenschaft Eigenheim** beruft ihre Generalversammlung auf Mittwoch, den 8. September, abends 8 Uhr, ins Gewerkschaftshaus. Die Genossenschaft hat den Zweck, das Wohnungselend der Arbeiter milbern zu helfen. Sie plant den Bau von Kleinwohnungen in der Umgegend von Halle auf genossenschaftlicher Grundlage. Das Mitglied hat dauerndes Mietrecht, solange es der Genossenschaft angehört. Durch Anlegen eines Reservefonds soll invaliden Mitgliedern oder beim Todesfall den Angehörigen der Mitglieder die Miete erlassen und aus dem Reservefonds gedeckt werden. Durch Anlegen eines Erneuerungsfonds soll die Miete allmählich abgebaut, statt erhöht werden. Das Mitglied ist nicht an den Ort gebunden, es kann jederzeit verziehen und erhält trotzdem sein Anrecht, solange es seinen Anteil nicht kündigt. Die Anteilsumme von 1500 Mk. kann durch wöchentliche oder monatliche Einzahlungen aufgebracht werden. Die Kosten sind niedrig bemessen, sie betragen an Einschreibegebühr 8 Mk., an Jahresbeitrag 10 Mk. Statuten können vom Vorstand Ernst Kuczera, Paradeplatz 1b, Herm. Köhler, Harz 34, Hof I, Ewald Krause, Steinweg 52 und Friedr. Henkel, Triftstraße 4 I, zum Preise von 1,50 Mk. bezogen werden.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Pächterversammlung Acker Lettin Sonntag, den 5. d., vormittags 10 Uhr im Restaurant Lindenhof. Betrifft Ackerpachterhöhung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

* **Warnung vor einem Schwindler.** In den letzten Tagen hat ein Schwindler versucht, den im Gesetz vom 8. Mai, betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren, festgesetzten einmaligen Beitrag für die Fernsprechanschlüsse (1000 Mk. für Hauptanschlüsse, 200 Mk. für Nebenanschlüsse) bei Teilnehmern in Berlin einzuziehen oder einen Beitrag von 2 Mk. zu den Kosten eines Protestunternehmens gegen die Erhebung des Fernsprechbeitrags zu sammeln. Der Mann trug eine Postmütze. Das Reichspostministerium weist deshalb darauf hin, daß die Fernsprechanstalten den Beitrag nicht durch Boten einziehen lassen werden, sondern daß an die Teilnehmer demnächst durch ein besonderes Schreiben das Ersuchen ergehen wird, den Betrag durch Ueberweisung oder durch Zahlkarte an das Postscheckkonto des zuständigen Vermittlungsamtes zu entrichten. In dem Schreiben wird auch Näheres darüber enthalten sein, wie die Teilnehmer zu verfahren haben, die den Beitrag durch Vermittlung der Teutsches Volksversicherung A.-G., in Berlin-Schöneberg, Hähnelstraße 15a, bezahlen wollen.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abend 7½ Uhr gelangt Lortzings komische Oper Der Waffenschmied zur Aufführung. Sonnabend: Als ich noch im Flügelkleide, ein fröhliches Spiel von Kehm und Freksen. Sonntag nachmittag wird als Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen von 1 bis 3 Mk. die Komödie Flachsmann als Erzieher gegeben. Sonntag abend 7 Uhr geht Richard Wagners Siegfried in Szene. Montag: Hoheit tanzt Walzer.

Oppin. Parteifest. Am kommenden Sonntag, den 5. d. M., findet in unseren Orten ein Partei- und Kinderfest statt. Nach einem Jahrzehnt ist es wieder das erste Mal, daß man auch an die „Kleinen" denkt. Früher hatte es sich zwar ein an unserem Orte bestehender „Wohltätigkeitsverein" zur Aufgabe gemacht, alljährlich ein Kinderfest zu veranstalten. Diesen beurkundungswerten Gedanken ließ man jedoch in Anbetracht der schlechten Finanzlage des Vereins bald fallen. In letzter Zeit hat sich nun dieser parteilose Verein nur noch Vergnügungen im engen Kreise gewidmet. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Klub der Harmlosen verschwinden würde, oder wenn wenigstens die Parteigenossen einsähen, was für eine traurige Rolle sie als Mitglieder dieses Klimbimvereins spielen.

Lochau. Felddiebstähle. Zu der Notiz in unserer Nummer vom 28. August, in der wir schilderten, wie ein Arbeiter Göttmann von Felddieben überfallen worden war, wird uns geschrieben: „Am Montagabend gingen zwei, nicht 25 Mann, in die Flur, aber nicht um Kartoffeln zu stehlen. Als sie hinter einem Hafen herliefen, sah dies Göttmann und hetzte seinen Hund hinter den beiden her. Der Hund erreichte sie aber erst an der Baracke, in welcher beide verschwanden. Daraufhin kam Göttmann und gab einem unbeteiligten jungen Manne eine Ohrfeige mit der Beschuldigung, er habe bei ihm Kartoffeln gestohlen. Wenn Göttmann nicht einen Schlagring bei sich gehabt und einen Unschuldigen geschlagen hätte, würde es den Leuten nicht eingefallen sein, gegen ihn Partei zu ergreifen. Im übrigen erhielt er nur eine wohlverdiente Tracht Prügel ohne Körperverletzung. Außerdem sind hier nur 15 Polen und keine 25. Diese gehen am Tage nicht aus der Baracke, viel weniger des Nachts. Diese Beschuldigung ist eine ganz gemeine, niederträchtige Lüge."

Leser des Volksblattes!

Wer den Bezugspreis ohne Aushändigung der vom Verlag ausgegebenen **Quittung zahlt,** tut es auf die Gefahr hin, daß der Verlag den Betrag nicht erhält und er diesen noch einmal zahlen muß.

Nur Qualitätsware

herauszustellen und zu bevorzugen, ist heute jedermanns dreifache Pflicht:
1. weil die Verdauungsorgane, zumal die durch Kriegskost geschwächten, keine grobe Nahrung auszunutzen vermögen, vielmehr das Meste daraus unverdaut wieder abstoßen;
2. weil weder Staat noch Konsument mit Nahrungsmitteln solche Verschwendung treiben können, daß das Wertvollste der genossenen Speisen unverdaut den Darm verläßt; *1699
3. weil in Qualitätsfabrikaten mehr persönlicher Arbeitsfleiß u. daher mehr Arbeitslohn steckt als im groben Maschinenfutter.

Wer seinem Körper und Geldbeutel dienen will, der genießt immer

nur Qualitätsware,

kaufe also stets Reichardts Edelfabrikate!

Erhältlich in der Reichardtsfiliale: Leipziger Straße 99, sowie in allen an Schildern und Plakaten kenntlichen Geschäften. Sonst direkter Versand ab Reichardtswerk Wandsbek.

Wo? kauft man Fahrradmäntel von **70** Mk. an, Schläuche, Ersatz- und Zubehörteile für Fahrräder billigst? Bei **P. Rode,** Eing. Thomasiusstraße. **Streiberstr. 14.** 8339

Nur kein Neid!
3261 Ich zahle für:
Kaninchenfelle . . Stück bis 5 Mk.
Ziegenfelle Stück bis 50 Mk.
Nehme auch zum Zurichten an Gerbe auch zu Fensterleder.
E. Günther, Grasweg 8.

Ansichtskarten
empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Billige Bücklinge
infolge großer Fänge der Dampfer.
Sonnabend früh ½8 Uhr eintreffend:
Allerfeinste, fette, zarte
Vollbücklinge 660 Pf.
das Beste, was es gibt, das Pfund nur
Kiste zirka 5 Pfd. Inhalt . 30 Mk.
" " 6 " " . 35 "
" " 14 " " nur 79 "
Nordsee, Gr. Ulrichstr. 50.
Teleph. 1274 u. 1275
Eigene moderne Räuchereien in Nordenham und Altona.
Einkaufsstellen in Cuxhaven, Gestemünde, Altona und Holland. 8341

Stadttheater.
Sonnabend, 4. September, Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Als ich noch im Flügelkleide.
Sonntag nachmittag: Flachsmann als Erzieher.
Sonntag abend: Siegfried.

Orpheum,
3824 Steinweg 12.
Ab heute:
Harry Hill
in dem spannenden Detektiv-Abenteuer
Maske Nr. 74.
5 gewaltige Akte.
Donna Lucia.
Ein tolles Lustspiel in 3 Akten
mit Grete Weixler.

Trikotagen.
Einsatzhemden, Normalhemden, Beitzeuge, Herrenflanelle.
Besonders günstiger Einkauf für
3327 Wiederverkäufer!
Oster & Tümmler
Baumwollwaren en gros,
Landsberger Straße 52.
Telephon 3927.

Lumpen, Wolle, Neutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchst. Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 1699 Ludwig. Schwetschkestr. 14.

Neueingänge!
Große Posten
Herrenstiefel
in guten Qualitäten
Meter
40 56 68 78 80 M.
feinste Tuche
in Riesenauswahl
Cheviots, Marengos
Kettons, Kammgarn
m 120 150 140 160 M.
" 160 170 180 190 "
Kostümstoffe
in großer Auswahl.
Hemdenschuhe
Hochbeamt. 3338
billig
allerfeinste Qualität,
20 cm breit
m 14.50 15.50 17.50 19.50
" 16.50 15.50 13.50 12
Le Futterstoffe
Ruhland,
Tuchhandlung,
Leipziger Str. 33
2 Treppen, 33
Kein Laden

Zwei tüchtige *1717
Monteure
und einige
Schlosser
zum Abbauen von Eisenkonstruktionen sofort gesucht. Zu melden 8—4 Uhr.
Flugplatz bei Lindner.

Kostproben stehen Ihnen gern zur Verfügung, damit Sie
noch vor Ihrem Einkauf meine alte Friedens-Qualität, welche jetzt wieder täglich frisch in meinen sämtlichen Filialen zu haben ist, prüfen können. Der verwöhnteste Feinschmecker wird mit meinem erstklassigen Tafel-Butter-Ersatz (Margarine) in jeder Beziehung bestens zufriedengestellt und verzichtet dieserhalb gern auf die teure Molkerei-Butter. 3340
Albert Knäusel, Lager und Kontor Kl. Ulrichstr. 24 b.
Fernruf 1484.

Billiger Verkauf einer Konkursmasse.
Rauchtabak in **Friedensqualität**
100 g 4.80 Mk.
Zigarren: 60 Pf. | Zigaretten: Sport 30 Pf., ohne Mundstück 20 Pf. 8344
H. Jasper's Zig.-Zentrale, Leipziger Str. 96

Frauen-Rettung
Verzagt nicht bei Ausbleiben der **Regel.** Meine Original-Mittel beseitigen dieses sofort. Werfen Sie nicht Ihr Geld für die fast täglich angebotenen, meistens wertlosen Mittel weg. Ein Versuch wird auch Sie überraschen und wieder glücklich machen. Wirkung auch in verzweifeltsten und ernsthaft. Fällen in einig. Tagen. Vollkommen unschädlich. Versand diskret mit schriftl. Garantie, sonst Geld zurück.
A. Wellcke, Hamburg 4, Pinnasberg 10. *910

Kosenschläger 8901
durchweg Gummi
Paar 11.00 Mark
Leipziger Bazar
Leipziger Straße 17.

Kautschukstempel, Türschilder, liefert am Tage der Bestellung. 1922 Alfred König, Stempel- u. Schilderfabrik, Halle a. S. Fleischerstraße 24.

Sauberwasserstoffanlagen
Halle a. S.
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Bischofsplatz entfernt
Fernsprecher 5692 8056

Kleiner Handwagen
(5 Ztr. Tragkraft), zu verkaufen. Berger, Schmiedestr. 26, II.

Einen neuen, nach Maß gearbeitet, Sport-Anzug b. zu verk. Meierstr. 1, II r. n. d. Handwerkerich. 8334

Arbeitsmarkt

Schwachstrom-Monteure
für Reihenschaltung und Glühlampenzentrale.
Hal- und Blechschmiede
werden gesucht *1716
Städt. Arbeitsamt, Fachabteilung für das Metallgewerbe, Tel. 5390.

Chem. Laboratorium! 1792
Ausmittel. v. Verfälsch.
Wilh. Isensee, Dölau.

3318 Rügener
3 Kronen-Kreide
beste Qualität.
Ladung eingetroffen.
Preise billiger.
Garantiert rein
Leinöl-Firniß
garant. Friedensware.
Alle Lacke usw.
Preise ermässigt.
Farben-Kramer,
Halle (Saale),
Mittelwache 9—10.

3319 **Achtung!**
Schuhe werden billig besohlt! Hochstr. 7

Fordere
die Person auf, die gestern abend aus dem Hausflur Robert-Franzstraße 1c **gestohlene Puppe** (Baby mit w. Kleid, blauseid. Mützchen) bis Sonntag der Hin zurückbringt. Ich hoffe, daß die Angehörigen der Person vernünftig sind, andernfalls beste Strafanzeige, da ich Namen u. Wohnung betreffender Person nach gestern Abend erfahren habe. 8338
Frau Anne Kühling.

Max Schultze,
Halle (Saale), Moritzzwinger Nr. 3
empfiehlt seiner lieben Kundschaft, sich mit folgenden Artikeln einzudecken, da
3338 Preise riesig anziehen:
Bohnen, weiße, gutkochend . . Pfund 1,50
Grüne Erbsen, Ernte 1920 . . " 2,00
Gelbe Viktoria-Erbsen . . " 2,40
Haferflocken . . . . . " 2,20
Reis, sehr sauber . . . . Pfund 5,00 4,50
Süße Speise-Margarine mit Geschenken . . . . . Pfund 11,00
Englische Fettheringe, Stück 1.25 1,00

Vorteilhaftes Angebot!
1 Paar Damen-Straßenstiefel Mk. 115.– 126.– 148.–
bis zu den feinsten Qualitäten
1 " Schnür-u. Spangenschuhe Mk. 98.– 105.– 115.–
1 " braune Schnürschuhe Mk. 128.– 152.–
1 " Rindbox-Herrenstiefel . . . Mk. 149.–
1 " Roß-Chev.-Herrenstiefel . . . " 145.–
1 " Boxkalf-Herrenstiefel . . . . " 136.–
1 " braune Fahlleder-Herrenstiefel " 152.–
Bitte beachten Sie meine Schaufenster
Max Naundorfs Schuhhaus,
Geiststraße 35. 3337

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Familien-Nachrichten

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben, guten Mannes, unseres treusorgenden Vaters
Paul Schröder
sagen wir allen lieben Freunden, Verwandten und Bekannten für den reichen Blumenschmuck, sowie das letzte Geleit zur Ruhe, hiermit unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Dr. Seiferheld, Chef der Abteilung Betriebskontrolle B. A. S. F. Ammoniak-Werk Merseburg, seinen lieben Arbeitskollegen Ben 10—106 für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte, sowie Herrn Pastor v. Stein für seine trostreichen Worte am Grabe, und allen denen, die mir und meinen Kindern hilfreich zur Seite standen.
Ammendorf, den 3. September 1920.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Ruhe sanft, mein lieber Paul!
Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten, was man hat,
muß scheiden. *1714

Statt Karten!
Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer 1701
Vermählung
danken wir herzlichst.
Passendorf, den 31. August 1920.
Karl Berger u. Frau, Klara, geb. Ziege.

Sozialdem. Verein für Kaffen. Saalkreis USP.
Am 1. September cr. verschied plötzlich unser Parteigenosse, der Arbeiter
August Rahm
im Alter von 45 Jahren.
Die Beerdigung ist am Sonnabend, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof. 3332
Der Vorstand.

Laden von Kinderwagen
werd. sachgemäß repariert sowie neu überzogen. 8333
H. Bratfisch, Rosenstr. 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0007

„Kuckuck?“

Volkspark Heute, Freitag u. morgen, Sonnabend: **Gr. BALL.**

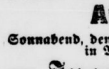
3 Könige
Kl. Klausstr. 7, Nähe des Marktes.
Stürmische Heiterkeit erzielt jed. Abend einer der **Bruno Hitschfeld,** best. Komiker.
Ferner die anderen vorzüglichen Künstler.
Täglich „Am schönen Strand der Saale“.
2 Possen: „Los vom Mann“.
In der Hauptrolle Bruno Hitschfeld. 3836

Südpalast
Freitag:
Der Ball des Südens.
— Täglich Freikonzert. — 3826
Vereinszimmer. Kegelbahn.

Freie sozialistische Jugend Ammendorf.
Sonnabend, den 4. September, abends 7½ Uhr, in Radewell bei Greve:
Jugendtagfeier.
Alle Freunde und Gönner der proletarischen Jugend sind hierzu eingeladen. *1718

Gesellschaftshaus Diemitz.
Sonnabend, den 4. September 1920
Gr. BALL!
— Görlach-Orchester. — *1705
Es ladet freundlichst ein **Der Wirt.**

Fußballklub „Titania“, Zscherben,
Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.
Sonntag, den 5. September 1920:
1. Sportfest.
1—2 Uhr: Empfang der Vereine. 2 Uhr: Festumzug.
Nachdem: Blumenverlosung, Preisschießen und andere Belustigungen.
Von 3 Uhr an: Gartenkonzert und Ball.
Von 11—6 Uhr: Fußballwettkämpfe.
Um regen Besuch bitten *1713
Der Vergnügungsausschuß. Der Vorstand.



Arbeiter-Radfahrer-Verein Frisch auf
Ortsgruppe Zscheplin.
Sonntag, den 5. September, nachmittags 3 Uhr, in Zscheplin: *1703
10. Stiftungsfest.
Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Für Kinderfeste:
Kindertragstäbe, Laternen, Fackeln, Abschiessvögel, sowie viele Verlosungs- und Geschenkartikel für Kinder. 3170
Billige Bezugsquelle!
Paul Lange,
Merseburger Str. 123, Nähe Riebeckplatz, neb. Apollotheater.
Telephon 3477.

Holzpantoffeln
starkes Lederblatt
(Friedensware)
liefert billigst 1923
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Weg mit der Plage!!!
In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse (Brut, Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier, „Kekolds“, p. gesch. Wpt. Mund. unschädl. Verk. Schwrig. Steinweg 10. Reiset. 87 Ammendorf: Halleschest. 34
Wanzen vertilgt radikal Kekolds R.

1 billiger Sonnabend!

Schwarze Boxkalf-Damenstiefel
mit Einsatz
Hohe Leiner-Spangenschuhe — **98 Mark** — Graue Leiner-Stiefel
26⁵⁰ 31/35 28⁵⁰

Kinderstiefel	Zirka 1000 Paar Braune Damen-Stiefel	Schwarze Damenstiefel
26/30 75 Mk. 31/35 85 Mk.	mit Covercoat-Einsatz teils Hahnenware 108 Mk.	gute Qualitäten 128 150 164 Mk.

1000 Paar Herrenstiefel 128 144 168 Mk.

Ein Posten Arbeitsstiefel	½ Pfund Friedolin-Schuhcreme	Braune Damen-Halbschuhe
108 Mk.	3⁹⁵ Mk.	125 Mk.

Lila Damen-Halbschuhe Größe 36/40 Mk. **96**
Lack-Halbschuhe mit grau und schwarz. Hinterteil, Mk. **138**

Wiebachs Schuhwarenhaus
Kleine Ulrichstraße 11-12. 3831

Mitteldeutsche Zigaretten- u. Tabakfabrik
Kleinverkauf: Geiststr. 26
Unsere bekannten Qualitäts-Zigarren stehen in zu Ausnahmepreisen zum Verkauf
8 Tagen Sonder-Zigarillos ..... 35 Pf.
Zigarren!

La Gloria	60 Pf.	Primeros Vorstenlanden	90 Pf.
La Clerideat	65 Pf.	Mignon, Sumatra	100 Pf.
Landskrone	70 Pf.	Eveline Sumatra-Sandbl.	120 Pf.
Aha!	75 Pf.	El Maestro	120 Pf.
La Czeba	80 Pf.		

3845
Beachten Sie unser Schaufenster!

F. H. KRAUSE
IN ALLEN FILIALEN
3846
Vollfette
Auslandskäse
¼ Pfund 5,– Mk.
Hervorragend feine fettriefende
Bücklinge.

Zigarren, Zigaretten,
Rauch- und Kau-Tabake
empfiehlt **Ed. Bogacki,**
Mansfelder Strasse 2, Ecke Schwemme.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Die glückliche Geburt eines gesunden munteren Mädchens zeigen hocherfreut an
Eisleben, 31. August 1920.
Hallesche Straße 33. *1706
Joseph Schneider und Frau.

Mittelmieterstelle,
St. Ulrichstraße 15, kauft Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, auch neu.
Telephon 4414. 1906

In Schneiderarbeit bekommen Sie für **wenig Geld** nur bei O. Reichardt & Sohn, Ring 19. Spez. gutsitzende Anzüge u. Paletots. *1608

Für Frauen
wenn Blutstockungen, Melasma, Bleichsucht, alle Frauenleiden, gern kostenfreie Auskunft, nur Rückmarke erwünscht. Zu beziehen durch Heiligenstadt (Eichsfeld)

Wassersucht
geschwollene Beine, Anschwellungen gehen zurück, Herz wird ruhig und Magendruck verliert sich, durch einfaches Mittel. Auskunft kostenfrei, nur gegen Rückmarke. Landwirt Heinr. Teicke, Wackersleben *1619 bei Oschersleben-Bode.

Möbel-Ausstellung 3112
Verkauf gegen Barzahlung.
— Auf Wunsch — bequeme Zahlungsweise
Möbel f. 860 Mk., Anz. 75
Möbel f. 1 90 Mk., Anz. 100
Möbel f. 1280 Mk., Anz. 220
Möbel f. 1260 Mk., Anz. 280
Möbel f. 1625 Mk., Anz. 325
Möbel f. 1850 Mk., Anz. 400
Möbel f. 2350 Mk., Anz. 500
Möbel f. 2600 Mk., Anz. 500
Möbel f. 3100 Mk., Anz. 700
u. s. w.
Wohn-, Schlaf- und Herrenzimmer. Aparte Küchen sowie einzelne Möbelstücke als Sofas, Chaiselongues, Bettteil. und Matratzen, Sekretäre, Vertikos, Kommoden, Spiegel, Küchenschränke, Tische, Stühle etc.
Kredit u. noch gewährt.
Möbelhaus **N. Fuchs**
Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 50 i. H. Mi. Am Preise der Konkurrenz.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

„Kuckuck?“

Freier Sängerchor, Halle
Bürgerlicher Chor. M. d. D. Arb.-S.-B.
Sonntag, 5. Sept., abends 7 Uhr, in Brunnerts Restgen, Lindenstraße:
Gr. Herbstkonzert,
unter Leitung seines Dirigenten Herrn G. Lissel und freundlicher Mitwirkung der Mitglieder des Stadttheaters, Frau B. Böhmer und Herrn Fr. Schneider. Musik von Görlach.
Um recht regen Besuch wird gebeten.
Pr. ermäßigt an der Kasse 3 Mk., im Vorverk. 2,50 Mk., beim Vorsitzenden Otto Zachäpe, Leuchstädter Str. 27, Kassierer Kurt Witters, Sebastianstr. 4, Schriftf. Otto Kliebe, Pfännerhöhe 30, Buchhandl. Volksstimme, Gr. Ulrichstraße 27, Musikalienhandl. von Hothan, Gr. Ulrichstr. 34, R. Koch, Alte Promenade 1a u. bei allen Sängern zu haben. 3329

Von der Reise zurück.
Prof. Dr. Kauffmann,
Nervenarzt,
Markt, Löwenapotheke.
Hypnose, Psychoanalyse.

Versicherungs-Anzeiger

Arbeiter-Sänger-Chor
Heute, Freitag, abends 8 Uhr, im Volkspark:
Gesamt-Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.
Jeb. Dienstag ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glaucharer Schule, Taubenstraße.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“
Sonntag, den 5. Sept.: Sämtliche Wanderungen fallen aus.
Nachm., pünktl. 1½ Uhr. Treffen a. Trotzscher Kaffeegarten zur Besichtigung des neuen Landheims.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“
Sonntag, den 5. Septbr., mittags ½12 Uhr, p. Horn: Ausfahrt nach Langenbogen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts.“
Vereinslokal: Horn, Hackebornstraße 4.
Versammlung: Dienstag nach dem 1. im Monat.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität – Ortsgr. Halle.
Sonntag, den 5. Septbr.: Ausfahrt nach Ammendorf zum Bezirksfest. Abfahrt: Mittags 12 Uhr vom Apollo-Theater.
Es bittet um recht zahlreiche Beteiligung
Der Vorstand.
Freitag, den 24. September, abends 7½ Uhr, im Volkspark:
Mitglieder-Versammlung

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Jeden Donnerstag im Stadtbad Uebungsstunde: Für Damen von 7 bis 7½ Uhr, für Männer von 7½—9 Uhr.

I. Athletenklub von 1896 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein f. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsabd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Burks Restaurant, Kurze Gasse 1.

I. Gitarre-Zither-Verein, H.-G.
Vereinsl.: Lüderitz Berg, Reilstraße 47. Jeb. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeb. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette“, Alter Markt.

Freie Sozial. Jugend, Ortsgruppe Halle.
Heim: Mathaustr. 16, geöffnet v. 7-10 Uhr abds.
Heute, Freitag, ½8 Uhr, im Heim: Generalprobe. — Alle anderen im Heim.
Sonnabend: „Opferlag“ (Ablieferung des Holztages-Verdienstes). Mandolinenspieler treffen sich spätestens um 7 Uhr auf dem Riebeckplatz.
Sonntag: „Jugendtag“. Näheres im lokalen Teile am Sonnabend.
Montag bleibt das Heim geschlossen.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt., -Teilnehmer und -Hinterbliebenen.
Ortsgruppe: Halle (S.)
Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Restaur. Kaufsch, Merseburgerstr., Mitglieder-Versammlung. Montag und Donnerstag jede Woche, abends 6—7 Uhr: Rechtsauskunft.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. Halle.
Mittwoch, den 8. Septbr., ab. 7 Uhr, im Volkspark: Mitglieder-Versammlung.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung:
Jeb. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung:
Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Mandolinen u. Wanderabteilung. Mittwochs: Uebungsstunde.
Bibliothek:
Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf

Turn- und Sport-Verein Fichte, Ammendorf.
Abteilung Ammendorf, Schützenhaus. Turnh.: Dienstags und Freitags von 8—10 Uhr.
Abteilung Osendorf, Dreierhaus. Turnstunde: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr.
Schüler-Abteilung für Ammendorf: Mittwoch von 5—7 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Für Männerchor jeden Dienstag, abends 8 Uhr, für Frauenchor jeb. Donnerstag, abends ½9 Uhr, in Trischmanns Hotel:
— Singestunden. —

„Kuckuck?“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0008

Die Zukunft der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Von Werner Scholem.

Das Wesen unserer Partei erklärt sich aus ihrer Entstehung. Sie wurde geboren einesteils durch das Bestreben der traditionell radikalen innerhalb der alten Sozialdemokratie, diejenige Taktik auch während des Krieges fortzusetzen, die bis zum Tode Bebels in der Partei maßgebend gewesen war. Anderenteils aber war die Begründung der USP. in Deutschland die erste sichtbar in Erscheinung getretene Einwirkung des alles revolutionierenden Weltenbrandes auf das deutsche Parteileben. Halb die Fortsetzung einer alten, halb der Beginn einer neuen Aera in der deutschen Arbeiterbewegung, ist die USP. die Partei derer, die das Wiederaufleben der alten radikalen Oppositionspartei wollen, aber auch derer, die aus ihr die revolutionäre Partei der Gegenwart und eine Führerin in das Land der Zukunft machen wollen. Tradition und revolutionärer Jugenddrang streiten in ihr, und dieser Streit wird und muß ausgetragen werden.

So nutzt denn alles Gewimmer nichts, mit dem man den heftigen Streit beklagt, der heute unseren Parteikörper durchwogt und, anstatt beigelegt zu werden, immer heftiger zur Entscheidung drängt. Möge man doch endlich die Heulmeierei über die Debatten lassen, die unbedingt notwendig sind, ebenso notwendig, wie die Klärung, die über kurz oder lang das Geschick der USP. entscheiden wird! Die Frage der Internationale und die Rätefrage werden die Geister trennen, und der Wegweiser, den unser kommender Parteitag den revolutionären Massen Deutschlands setzen wird, er wird auch über die Zukunft unserer Partei Aufschluß geben. Er wird den unhaltbaren Zustand beenden, der den ganzen revolutionären Kampf in Deutschland hemmt, den Zustand, daß unsere Partei zwei Parteien in sich schließt, das Unikum, daß der linke Flügel der USP. tatsächlich der Kommunistischen Partei näherkommt, als den eigenen Parteigenossen vom rechten Flügel der USP. Was hilft's, das zu verschweigen, was hilft's darüber zu jammern. Entscheidet euch! Wir begrüßen es deshalb, daß die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale diese Entscheidung erzwingen.

Viele gibt es in unserer Partei, die deswegen vor einer Klärung zurückschrecken, weil sie eine erneute Spaltung fürchten, eine Spaltung, die den vier jetzt bestehenden Tochterparteien der alten Sozialdemokratie noch eine fünfte hinzugesellen würde. Diese Furcht ist es, die einer gewissen Richtung in unserer Partei einen Einfluß gibt, der viel größer ist, als ihre zahlenmäßige Stärke. Die versteckte Drohung mit der Spaltung, das Gespenst der neuen Pfeifer-Politiker, war es, das auf dem Leipziger Parteitag die Kompromiß-Resolution über den Anschluß an die 3. Internationale zustande brachte. Nun gilt's, einmal frei heraus zu sagen, daß die Drohung mit der Spaltung, mit der man noch nicht entschiedene radikale Mitglieder der Partei gewöhnlich nach rechts zwingt, ein Popanz ist, vor dem die revolutionären Massen innerhalb der USP. sich wahrlich nicht zu fürchten brauchen.

Allerdings, wenn die USP. in zwei Parteien auseinanderfiele, der allgemeine Kuddelmuddel also noch vergrößert würde, so müßte man sehr bedenklich in die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung schauen. Aber gerade das ist fast unmöglich, wenn man die Kräfte kennt, die in unserer Partei miteinander ringen. Das, was man der Einfachheit halber den rechten Flügel nennt, also die retardierenden Elemente der USP., die Lenin grausam, aber gerecht auf dem Moskauer Kongreß gekennzeichnet hat, die Halben und die Lauen, die versteckten Pazifisten, deren Schwanken die Politik der USP. mehr als einmal zum Gespött gemacht hat — ist dieses Sammelsurium denn wirklich parteibildend? Die Frage stellen, heißt sie mit Nein beantworten! Gewiß, innerhalb unseres jetzigen Parteikörpers haben diese Genossen noch starken Einfluß. Ein Teil von ihnen gehört zu den alten Führern, zu den traditionell Radikalen, von denen eingangs die Rede war. Sie haben die Partei aus der Taufe gehoben, sie halten einflußreiche Stellen besetzt, sie haben, wie die jetzige Debatte über die Internationale beweist, einen großen Teil der Parteipresse zur Verfügung. Ein anderer Teil ist im Laufe der letzten 1½ Jahre in führende Gewerkschaftsstellen gekommen und beweist durch seine Haltung in der Rätefrage, daß die Gewerkschaften auch heute noch das Capua der Radikalen darstellen. Und doch: Eine Trennung vom linken Flügel bedeutete für sie alle der politische Tod, weil er ihre Trennung von den Massen der USP. bedeutete, dem lebendigen Springquell unserer Bewegung. Sobald die Mitglieder unserer Partei die Trennung zwischen einem Flügel, der das Programm der 3. Internationale in der Tat vertritt, und einem Flügel, von dem eigentlich kein Mensch weiß, was er wirklich vertritt, beobachten, so werden sie mit einer Geschwindigkeit die rechten Führer verlassen, die da zeigen wird, daß die Mitglieder der USP. eine klare und radikale Taktik wollen. Das wird auch in den Orten der Fall sein, wo bisher noch die Mitglieder die rechten Führer ertragen, weil der Gegensatz, der tatsächlich vorhanden ist, doch nicht genügend in den Mitgliedschaften zum Ausdruck gekommen ist.

Die Trennung wird nach unserer Ueberzeugung also bedeuten, daß die rechten Führer der USP. Offiziere ohne Armee sein werden; sie werden, wie einer von ihnen es ganz richtig ausdrückte, „politisch heimatlos" werden. Und da das für die Entwicklung der Partei und die Einigung des revolutionären Proletariats unter dem Banner der 3. Internationale von größtem Werte sein würde, weil schwankende Elemente in revolutionären Zeiten eine furchtbare Gefahr für die Träger der Revolution darstellen, deswegen dürfen uns auch durchaus keine sentimentalen Gefühle anwandeln. Das revolutionäre Proletariat darf keine Tränendrüsen haben, wenn also der linke Flügel der USP. sich auch davon befreien! Die rechten Führer werden keine Parteiorganisation festhalten oder gar aufbauen können, sie werden zwischen den offenen Reformsozialisten und den offenen Sozialrevolutionären umherwanken, etwa wie Naumann, Barth und Ko. seinergeit zwischen dem liberalen Bürgertum und dem Proletariat irrlichterierten, ohne daß politisch gesprochen, ein Hahn nach ihnen krähte. Ein Teil von ihnen wird sich zu den Rechtssozialisten zurückfinden, die ihre Arme weit den Zurückkehrenden öffnen werden, über den Rest aber wird das Rad der revolutionären Entwicklung hinwegrollen. Sollen wir, weil alte Mitkämpfer unter ihnen sind, prächtige Menschen und, wie Sinowjew von Turati sagte, gute Familienväter, sollen wir deshalb das Mitleid mit ihnen haben, daß die Entwicklung ihnen versagt. Wenn wir's hätten, so würden wir die USP. zu einem Leichnam machen und der Revolution ein neues Hindernis auf den Weg legen.

Der linke Flügel der USP. wird keine neue Partei sein, hoffentlich nicht einmal eine neue Parteiorganisation. Er wird aber dem deutschen Proletariat etwas bringen, was ihm bitter nottut: Die geschlossene revolutionäre Partei, die praktisch die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung beendet. Es wird keine radikale USP. und keinen Spartakusbund mehr geben, sondern eine Partei des linksradikalen Proletariats, die wir erleben und die wir brauchen. Neben dieser Partei wird der syndikalistische Unfug der KAP. wie Spreu im Winde verfliegen. Die Klärung in der USP. wird also nicht fünf Arbeiterparteien schaffen, wie die Angstmeier fürchten, sondern sie wird die Zahl, wenn man die Sozialpatrioten wirklich noch rechnen will, auf zwei herabdrücken, wird also die Einigung, von der die Kleisterer und die Kompromißler am meisten reden, in der Tat viel besser fördern, als alle nutzlosen Versuche, Gegensätze zu überbrücken, die sich einfach nicht überbrücken lassen.

Mögen bei den Debatten, die dem kommenden Parteitage vorausgehen, die radikalen Elemente der Partei, von hoffnungsfrohem Optimismus getragen, die Klärung der Gegensätze in rücksichtsloser Schärfe verfechten. Ihnen wird dann die Entwicklung recht geben, die Entstehung jener Partei der Zukunft, welche die Zukunft unserer Partei sein wird!

Bericht über die 3. Internationale

Die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die 3. Internationale.

(Schluß.)

II.

1. Der Wirtschaftskampf des Proletariats für die Erhöhung des Arbeitslohns und die allgemeine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeitermasse gerät täglich tiefer in eine Sackgasse. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die in immer ausgedehnterem Maße ein Land nach dem anderen ergreift, zeigt sogar den zurückgebliebenen Arbeitern, daß es nicht genügt, für die Erhöhung des Arbeitslohns und für die Verkürzung des Arbeitstages zu kämpfen, daß die Klasse der Kapitalisten mit jedem Tage weniger imstande ist, die Volkswirtschaft wiederherzustellen und den Arbeitern auch nur die Lebensbedingungen zu sichern, die sie ihnen vor dem Kriege gab. Aus dieser wachsenden Erkenntnis der Arbeitermassen entspringt ihr Bestreben, Organisationen zu schaffen, die den Kampf zur Rettung der Wirtschaft durch eine **Arbeiterkontrolle der Betriebsräte über die Produktion** aufnehmen können. Das Streben nach der Schaffung von Betriebsräten, das die Arbeiter verschiedener Länder mit jedem Tage mehr erfaßt, nimmt seinen Ausgangspunkt von den mannigfaltigsten Ursachen (Kampf gegen die konterrevolutionäre Bürokratie, Entmutigung nach gewerkschaftlichen Niederlagen, Bestrebung zur Schaffung einer alle Arbeiter umfassenden Organisation), aber es mündet schließlich in den Kampf um die **Kontrolle der Industrie**, die besondere historische Aufgabe der Betriebsräte. Es ist daher ein Fehler, Betriebsräte nur aus solchen Arbeitern organisieren zu wollen, die schon auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Im Gegenteil, Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, auf Grund der wirtschaftlichen Zerrüttung **alle Arbeiter** zu organisieren und sie zum Kampf für die Diktatur des Proletariats zu bringen, vermittels Erweiterung und Vertiefung des ihnen allen verständlichen Kampfes für die Arbeiterkontrolle über die Produktion.

2. Diese Aufgabe wird die kommunistische Partei lösen können, wenn sie im Kampf der Betriebskomitees in den Massen die Erkenntnis vertieft, daß die planmäßige Wiederherstellung der Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, die eine neue Unterjochung durch den Staat zugunsten der kapitalistischen Klasse bedeuten würde, jetzt unmöglich ist. Eine den Interessen der Arbeitermassen entsprechende Organisierung der Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn der Staat sich in den Händen der Arbeiterklasse befinden wird, wenn die feste Hand der Arbeiterdiktatur an die Beseitigung des Kapitalismus und an den neuen sozialistischen Aufbau gehen wird.

3. Der Kampf des Betriebskomitees gegen den Kapitalismus hat als nächstes allgemeines Ziel die Arbeiterkontrolle über die Produktion. Die Arbeiter eines jeden Unternehmers, eines jeden Industriezweiges leiden unabhängig von ihrem Beruf unter der Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, die es häufig für vorteilhafter erachten, auf die Fortsetzung der Produktion zu verzichten, um die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, auf die drückendsten Arbeitsbedingungen einzugehen, oder um nicht neue Kapitaleinlagen in die Produktion zurzeit der allgemeinen Teuerung zu machen. Der Schutz gegen diese Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten verknüpfte die Arbeiter unabhängig von ihren politischen Ueberzeugungen, und daher sind die von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens gewählten Betriebsräte die allerbreitesten Massenorganisationen des Proletariats. Aber die Desorganisierung der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Ergebnis nicht nur des bewußten Willens der Kapitalisten, sondern in weit höherem Grade ein Ergebnis des unaufhaltsamen Zerfalls des Kapitalismus. Daher werden die Betriebsräte in ihrem Kampf gegen die Folgen dieses Zerfalls über die Grenzen der Kontrolle auf den einzelnen Betrieb hinausgehen müssen, die Betriebsräte der einzelnen Betriebe werden aber vor der Frage einer **Arbeiterkontrolle über ganze Industriezweige** und über deren Gesamtheit stehen. Da aber auf den Versuch der Arbeiter, die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Finanzoperationen der Fabrikunternehmer zu kontrollieren, die Bourgeoisie und die kapitalistischen Regierungen mit den energischsten Maßregeln gegen die Arbeiterklasse antworten werden, so führt der Kampf für die Arbeiterkontrolle über die Produktion zum Kampf für die Besitzergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse.

4. Die **Agitation für die Betriebsräte** muß so geführt werden, daß im Bewußtsein der breitesten Volksmassen, auch wenn sie nicht direkt zum Fabrikproletariat gehören, die Ueberzeugung Wurzel faßt, daß die Schuld an der Zerrüttung bei der Bourgeoisie liegt, während das Proletariat, indem es die Parole der Arbeiterkontrolle über die Industrie ausgibt, für die Organisierung der Produktion, für die Beseitigung der Spekulation, der Desorganisierung und der Teuerung kämpft. Aufgabe der kommunistischen Parteien ist der Kampf für die Kontrolle über die Produktion auf Grund der brennendsten Tagesfragen, auf Grund des Heizstoffmangels, auf Grund des Verfalls des Transportwesens, durch Verknüpfung der vereinzelten Teile des Proletariats untereinander und durch Hinübergreifen breiter Kreise der Kleinbourgeoisie auf ihre Seite, der Kleinbourgeoisie, die mit jedem Tage mehr proletarisiert wird und tatsächlich unerhört unter dem wirtschaftlichen Zerfall leidet.

5. Die **Betriebsräte können die Gewerkschaften nicht ersetzen.** Nur im Prozeß des Kampfes können sie sich über die Rahmen einzelner Betriebe und Werkstätten nach Produktionszweigen vereinigen, einen allgemeinen Apparat zur Leitung des ganzen Kampfes schaffen. Die **Gewerkschaften sind schon jetzt zentralisierte Kampforgane**, obgleich sie nicht so große Arbeitermassen umfassen wie die Betriebskomitees dies tun können, die eine allen Arbeitern des Unternehmens zugängliche lose Organisation sind. Die **Verteilung der Aufgaben unter die Betriebskomitees und die Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialen Revolution.** Die Gewerkschaften organisieren die Arbeitermassen für den Kampf auf Grund der Forderungen von Lohnerhöhung und Verkürzung des Arbeitstages in gesamtstaatlichem Maßstab. Die Betriebskomitees organisieren sich für die Arbeiterkontrolle über die Produktion, für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, umfassen alle Arbeiter der Unternehmen, aber ihr Kampf kann nur allmählich einen gesamtstaatlichen Charakter annehmen. **Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die konterrevolutionären Tendenzen ihrer Bureaukratie überwinden**, wie sie bewußt zu Organen der Revolution werden, haben die Kommunisten das Bestreben, **die Betriebsräte zu Betriebsgruppen der Gewerkschaften zu machen, zu unterstützen.**

6. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterstellen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse durch Diktatur des Proletariats zum Kommunismus.

7. Indem die Kommunisten aus den Gewerkschaften und den Betriebsräten mächtige Waffen der Revolution bilden, bereiten sie diese Massenorganisationen zu der großen Aufgabe, die ihnen nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur zufallen wird, zu der Aufgabe des Hauptelementes der Neuorganisation des Wirtschaftslebens auf sozialistischer Basis vor. Die Gewerkschaften als Industrieverbände ausgebaut, auf die Betriebsräte als ihre Fabrikorganisationen gestützt, werden dann die Arbeitermassen mit ihren Produktionsaufgaben bekannt machen, die erfahrensten Arbeiter zu Leitern der Betriebe ausbilden, sie werden die technischen Spezialisten unter Kontrolle nehmen und zusammen mit den Vertretern des Arbeiterstaates die Pläne der sozialistischen Wirtschaftspolitik entwerfen und durchführen.

III.

Die Gewerkschaften strebten schon zur Friedenszeit nach **internationaler Vereinigung**, denn die Kapitalisten griffen bei Streiks zur Hereinziehung von Arbeitern aus anderen Ländern als Streikbrecher. Aber die Internationale der Gewerkschaften war vor dem Kriege nur von untergeordneter Bedeutung. Sie strebte die finanzielle Unterstützung einer Gewerkschaft durch die andere, die Organisierung einer sozialen Statistik an, nicht aber die Organisierung des gemeinsamen Kampfes, denn die von Opportunisten geleiteten Gewerkschaften suchten jedes revolutionäre Gefecht von internationalem Umfang zu vermeiden. Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften, die während des Krieges, jeder in seinem Lande, Lakaien der Bourgeoisie waren, streben nun die **Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale** an und versuchen aus ihr eine Waffe für den Kapitalismus gegen das Proletariat zu machen.

Unter der Führung von Legien, Jouhaux, Gompers schaffen sie am Völkerbund ein Arbeitsbureau, dieser Organisation des internationalen kapitalistischen Räuberverbandes. Sie suchen in allen Ländern die Streikbewegung durch Gesetze zu erdrosseln, die die Arbeiter verpflichten, sich den Schiedsgerichten der Vertreter des kapitalistischen Staates zu unterwerfen. Sie suchen überall durch Abkommen mit den Kapitalisten Konzessionen für die qualifizierten Arbeiter durchzusetzen, um auf diese Weise die wachsende Einheit der Arbeiterklasse zu zertrümmern.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist somit ein Stellvertreter der bankrotten Brüsseler zweiten Internationale. Die kommunistischen Arbeiter, die den Gewerkschaften aller Länder angehören, müssen im Gegenteil danach streben, eine internationale Kampffront der Gewerkschaften zu schaffen. Es handelt sich jetzt nicht um finanzielle Unterstützung im Streikfall, sondern darum, daß im Augenblick einer Gefahr, die die Arbeiterklasse eines Landes bedroht, die Gewerkschaften der anderen Länder als Organisationen der breitesten Massen zu ihrem Schutz streben, es unmöglich machen, daß die Bourgeoisie ihres Landes der Bourgeoisie eines anderen Landes Hilfe leistet, die sich im Kampf mit der Arbeiterklasse befindet. Der Wirtschaftskampf des Proletariats in allen Ländern wird mit jedem Tage immer mehr zum Revolutionskampf. Daher müssen die Gewerkschaften bewußt alle Kraft zur Unterstützung eines jeden Revolutionskampfes aufwenden, sowohl im eigenen Lande, als auch in anderen Ländern. Zu diesem Zweck müssen sie nicht nur in jedem anderen Lande die größtmögliche Zentralisierung ihres Kampfes anstreben, sondern sie müssen das im internationalen Maßstabe tun, indem sie in die kommunistische Internationale eintreten, sich mit ihr zu einer Armee vereinigen, deren verschiedene Teile bei gegenseitiger Unterstützung gemeinsam den Kampf führen.

Gewerkschaftliches.

Ein Kampftruppe der graphischen Unternehmer.

Kürzlich tagte in Leipzig eine außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins und in Dresden eine solche des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Nun erfährt man durch einen günstigen Zufall, daß beide Prinzipalsversammlungen einen ganz besonderen Zweck verfolgten und auch erreicht haben. Es ist nämlich dort eine einheitliche Kampforganisation der Unternehmer geschaffen worden, welche die Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe sehr bald die Faust spüren lassen wird, wenn diese ihr nicht die eigene geschlossene Faust und den entschlossenen Willen zum Kampf entgegengesetzen hat.

In einer „dringenden Eilsache" werden nämlich jetzt sämtliche Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Deutschlands benachrichtigt, daß die Schutzgemeinschaft der Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Deutschlands (Geschäftsführung Leipzig, Langestr. 22) ins Leben gerufen worden ist. Durch sie sind die angeblich nur zur Abwehr außertariflicher Forderungen der Arbeiterschaft bestehenden, bisher getrennten Schutzorganisationen beider Verbände verschmolzen worden. Dadurch hat die Macht der Unternehmerschaft ohne Zweifel eine bedeutende Verstärkung erfahren. Gerade die größten Betriebe der graphischen Produktion, deren Arbeiterschaft insgesamt viele Hunderttausende zählt, sind in diesem neuen Kampftruppt zusammengeschlossen.

Die Schutzgemeinschaft versendet ein Werbeschreiben und nennt als die Leiter ihres Zentralausschusses, d. h. als die oberste Heeresleitung ihrer Antistreikorganisation folgende bekannte Großunternehmer: Dr. Klinkhardt vom Deutschen Buchdruckerverein. Dr. Faber als Vorsitzenden des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Dr. K. Simon, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe, und Dr. Dreihaupt, der Vorsitzende des Vereins großstädtischer Zeitungsverleger. In dem Werbeschreiben heißt es u. a.: daß durch die Gründung die beiden eng verbundenen Gewerbe ihr Solidaritätsgefühl bekundet und einen durch die Sachlage mehr als je geforderten (!) Zusammenschluß herbeigeführt hätten. Es sei Pflicht, die neue Schutzgemeinschaft auszubauen und zu vertiefen. Eine Verweigerung der Unterschrift, die übrigens nur bei den Nichtmitgliedern jener großen Verbände in Frage kommt, da die Mitgliedschaft für die Verbandsmitglieder obligatorisch ist, würde dem einzelnen und der Gesamtheit unberechenbaren Schaden zufügen.

Als Zweck des Verbandes wird die Abwehr aller Versuche der Arbeitnehmerschaft bezeichnet, die darauf hinausläufen, die vom Tarifausschuß geschlossenen Vereinbarungen zu vereiteln, oder Forderungen durchzudrücken, die von den Arbeitgeberverbänden nicht gebilligt werden. Mit den Satzungen werden Richtlinien verschickt, die angeben, wie die Antistreikorganisation der Unternehmer, die brutalen Aussperrungen bei passiver Resistenz, die Umgehung und die Vorbeugung aller Gefahren bei Lohnbewegungen ausgebaut werden sollen. Großes Gewicht legt man darauf, die bürgerliche Presse unter allen Umständen herauskommen zu lassen, damit die sozialistische ihr bei den Arbeiterbewegungen nicht das trübe Wasser abgraben kann. Nach Generalstabsmanier sind die Pläne für die Streikkomitees festgelegt. Bis auf die Stunde genau wird angegeben, wie sie sich zu treffen haben, welche Maßnahmen von ihnen eingeleitet werden müssen, welche Entlassungen vorgenommen werden sollen. Weigert sich z. B. das Personal eines Betriebes, dem Arbeiten aus einem bestreikten Betriebe zur Erledigung überwiesen sind, zur Ausführung dieser streikbrecherischen Arbeit, soll es kurzerhand auf die Straße gesetzt werden. Zur rechtzeitigen Herstellung von Druckarbeiten, welche für das Staats- oder das öffentliche Wohl notwendig seien, z. B. Brot- und Verpflegungsmarken, Notgeldnotiz., soll die Hilfe der Behörden in Anspruch genommen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0009

Leben • Wissen • Kunst

September.

Im Nebel ruhet noch die Welt,
Noch träumen Wald und Wiesen;
Bald siehst du, wenn der Schleier fällt,
Den blauen Himmel unverstellt,
Herbstkräftig die gedämpfte Welt
Im warmen Golde fließen. Eduard Mörike.

Die Weisheit der Freude.

Von Professor Dr. Karl Ludwig Schleich, dem bekannten Arzt und Schriftsteller, der letzthin über „Gedankenmacht und Hysterie" und über das „Problem des Todes" schrieb, ist dieser Tage im Verlag Ernst Rowohlt (Berlin) ein aphoristisches Büchlein „Weisheit der Freude" erschienen, dem nachstehende Sätze entnommen sind:

Die Sonne ist der Quell der Freude. Das ganze Nervensystem ist ein Geflecht der Sonne. Sie spannt sich selbst die Harfensaiten, auf denen wir ihr Lied singen. Die Farbe der Sonne ist Licht. Das Dunkel ist ein Heimweh nach Licht. Ein Strahl der Sonne kann mehr erwecken, als tausend Nächte zu ersticken vermögen.

•

An nichts mehr gern denken, heißt den Tod rufen.

•

Das Gefühl der Freude entsteht aus einer plötzlichen Besahung des Lebens. Indem wir lachen, jauchzen wir dem Weltall tausend „Ja!" entgegen. Unsere Freuden sind unsere erhaltungsgemäßesten Ereignisse. Unser Lebensbild konsoniert zum Weltakkord, jede Dissonanz zu ihm ist Unlust.

•

Ein Mensch ist so stark, wie er lustig sein kann. Man ist in dem Maße jung, als man empfänglich bleibt für die Freuden der Jugend. Ein vergnügter Greis ist eben nur ein alter Knabe.

•

Die Kraft eines Volkes sollte man nach dem Maß seines Frohsinnes messen. Wo Ernst ist, ist auch Sklaverei. Vertraue den Heiteren mehr als den Bedächtigen, sie sind lebensfähiger.

•

Ein nicht fröhliches Kind ist unter allen Umständen ein krankes Kind.

•

Es gehört Mut zu dem Bekenntnis, glücklich zu sein; die meisten sind nur aus Furcht bescheiden. Der alte Aberglaube an den Neid der Götter macht viele zu Heuchlern und Verleugnern ihres Frohsinns.

Der Sinn des Lebens wäre ein Unsinn, wenn er nicht auf Freude gestellt wäre. Alle Unlust, alle Traurigkeit ist ein schmerzliches Verlangen nach Lust. Diese ist der produktive Gedanke der Schöpfung, jene nur seine Negation. Der Pessimist ist ein anmaßender Kritiker des höchsten Kunstwerkes, des Lebens.

•

Der Traum ist ein Zauberer der Verjüngung. Unter seinem Zeltdach sehen wir uns alle jung. Er läßt alles wieder sein, wie einst. Da leben, die wir liebten und die uns genommen und sitzen unter der alten Heimatseiche.

•

Im Schatten des Schlafes reifen die Pläne, spinnt das Gedächtnis seine Netze, heilen die Leiden, wachsen die Gedanken. Gärtner, Schmied und Arzt ist der Schlaf. Er zieht die Sehnsuchtsblume, er schmiedet den Panzer gegen Gefahr, er braut die Säfte, die uns heilen.

•

Der Frau eine geistige Minderwertigkeit gegenüber dem Manne zuzusprechen, bedeutet eine Ueberschätzung des Intellektuellen. Instinktive Fähigkeiten können wertvoller sein, als Urteile. Ahnung ist oft mehr als Beweis. Der Mann analysiert den Menschen, die Frau wittert ihn.

•

Das Genie kann nicht anders, als fleißig sein, es muß sich betätigen, wie das Feuer brennen, das Wasser fließen muß.

•

Gesundheit heißt: seinen eigenen Rhythmus dem des Weltganzen eingefügt zu empfinden.

Wer krank wird, ist in der Sinfonie des Lebens aus dem Takt gekommen.

•

Das Schönste am Menschen ist sein Auge. Es empfängt den Quell des Lebens, und gibt es wieder zurück als Strahl der Dankbarkeit. Die Sonne schuf das Menschenauge, um sich selbst und ihre Schönheit darin zu bewundern. Das Weltall glüht in unseren Augen und es verglimmt in unseren Tränen.

24) (Nachdruck verboten.)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Die Sache erreichte gar bald ihren Höhenpunkt, die Bombe explodierte, doch geschah dies auf eine andere Art, als Jimmie erwartet hatte. Als er an einem Februarabend im Geschäft die Läden herabließ, öffnete sich die Tür und vier Männer traten ein. Mit seltsam geschäftiger Miene schritten zwei von ihnen auf Jimmie, zwei auf Kummie zu. Der eine schlug seinen Mantel zurück, wies auf einen großen, goldenen Stern und erklärte: „Ich bin Detektiv und erkläre Sie für verhaftet." Zu gleicher Zeit packte der zweite Jimmies Gelenke und schob ihm Fesseln darüber. Inzwischen hatten die andern sich Kummes bemächtigt. Jimmie sah an der Tür noch zwei weitere Polizisten, doch blieb diesen nichts zu tun übrig; die beiden Gefangenen waren viel zu verblüfft, um an Flucht zu denken.

Sie wurden zu einem Automobil geführt, hineingestoßen und fort ging's. Da sie auf ihre Frage keine Antwort erhielten, verstummten sie allmählich und überdachten alle Sünden ihres Lebens, und welche von diesen wohl der Polizei zu Ohren gekommen waren.

III

Jimmie glaubte natürlich, er komme ins Gefängnis, statt dessen brachte man ihn in ein im oberen Stock gelegenes Zimmer des Polizeigebäudes. Kummie wurde in einen anderen Raum geführt, und Jimmie sah ihn nicht wieder; er konnte also seine ganze Aufmerksamkeit einem strenggesichtigen jungen Mann zuwenden, der vor einem Schreibtisch sitzend, ihn auf die Folter zu strecken begann. „Ich bin verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Aussagen gegen Sie verwendet werden können" — sagte der junge Mann, und noch ehe Jimmie den Sinn dieser Worte erfassen konnte, begann er ihn mit Fragen zu überschütten. Während der ganzen Zeit standen zwei Detektive neben Jimmie, und eine Stenographistin schrieb seine Worte nieder. Jimmie wußte, daß es Stenographistinnen gebe, hatte er sich doch erst kürzlich fast in eine verliebt.

„Sie heißen?" — fragte der strenggesichtige junge Mann. „Wo wohnen Sie? Sagen Sie alles, was Sie über diese Bombenverschwörung wissen."

„Ich weiß doch gar nichts!" — rief Jimmie.

„Sie sind in der Gewalt der Regierung" — entgegnete der junge Mann. „Ein aufrichtiges Bekenntnis ist Ihre einzige Rettung. Wenn Sie uns helfen, werden Sie vielleicht frei ausgehen."

„Ich weiß doch gar nichts!" rief Jimmie abermals.

„Sie haben davon gehört, daß die Empire-Fabrik in die Luft gesprengt werden soll?"

„Ja—a."

„Von wem?"

„Ein Mann —" begann Jimmie, dann fiel ihm sein Versprechen ein. — „Ich, ich kann es nicht sagen."

„Weshalb nicht?"

„Es wäre unrecht."

„Sind Sie der Für, daß man Gebäude in die Luft sprenge?"

„Nein" — sagte Jimmie mit ehrlicher Ueberzeugung. Und nun begann der andere auf ihn einzusprechen. Abscheuliche Verbrechen seien im ganzen Lande begangen worden, die Regierung müsse diesem Treiben ein Ende machen und jeder ehrbare Staatsbürger sei verpflichtet, ihr dabei zu helfen. Jimmie lauschte diesen Worten, bis ihm der Schweiß aus allen Poren drang, dennoch brachte er es nicht übers Herz, einen Arbeiter-Kameraden zu verraten; nein, selbst dann nicht, wenn er auf zehn oder zwanzig Jahre ins Gefängnis käme, womit der strenggesichtige junge Mann ihm drohte.

„Sie haben also Reilly gesagt, daß sie mit Bomben nichts zu tun haben wollen?"

„Freilich" — erwiderte Jimmie eifrig, und sein armer Kopf war derart verwirrt, daß er gar nicht bemerkte, wie er soeben alles gesagt hatte, was er verschweigen wollte.

Der Fragesteller schien über alles unterrichtet zu sein; es fiel ihm leicht, aus Jimmie herauszuziehen, wie er den alten Kummie über die Empire-Fabrik, das Land und den Präsidenten fluchen gehört, wie Kummie mit Reilly und fremden Deutschen zusammen geflüstert und wie Heinrich, Kummes Neffe, Stahlröhren zerschnitten habe. Dann fragte der junge Mann nach Jerry Coleman. Wieviel Geld habe Jimmie genommen und was habe er damit getan? Jimmie weigerte sich, Namen anzugeben, als jedoch der junge Mann andeutete, Jimmie habe vielleicht das Geld für sich behalten, brauste der kleine Maschinist auf: „Weder ich, noch mein Freund Meißner habe einen Dollar behalten, obwohl es uns schwer fiel, unsere Miete zu zahlen; Jerry Coleman besitzt alle Bestätigungen. Sie können sich beim Genossen Gerritz, der Genossin Mary Allen und anderen Mitgliedern der Ortsgruppe erkundigen."

Allmählich lenkte der junge Mann das Gespräch auf die deutschen Genossen; zum Beispiel der Brauarbeiter Schneider, der gehörte doch auch zu jenen, die die Alliierten verfluchen und hatte sich an der Bombenverschwörung beteiligt. Jimmie war empört, es gibt keinen besseren Sozialisten als den Genossen Schneider, und Sozialisten haben nichts mit Bomben zu schaffen. Ja, aber der junge Emil Forster, stellte der nicht in seinen Mußestunden Sprengstoffe her? Jimmies Empörung steigerte sich; er kenne Emil gut, der Junge sei ein Musterzeichner, ein begeisterter Musiker; wenn jemand derlei Gerüchte über ihn verbreite, seien sie glatt erlogen. Das Verhör währte etwa eine Stunde; der junge Mann peinigte Jimmie bis aufs Blut. Schließlich wurde er milder, sagte, er hätte bloß erfahren wollen, was Jimmie über die Leute wisse, deren prodeutsche Ansichten verdächtig waren. Nein, die Regierung besitze keine Beweise gegen Schneider oder Forster, noch gegen andere bonafide Sozialisten, die bloß Tölpel waren, welche sich von deutschen Verschwörern als Werkzeug benutzen ließen. Und diese Verschwörer hatten Geld genug, um alle Munitionsfabriken des Landes zum Stillstand zu bringen.

IV

Der junge Mann, der sich selbst als „Geheimpolizist" bezeichnete, hielt Jimmie eine Predigt. „Ein ehrlicher Mann, wie Sie, sollte sich schämen, sich von deutschen Verschwörern narren zu lassen, die es darauf abgesehen haben, die amerikanische Industrie lahmzulegen, und das amerikanische Proletariat an der Nase herumzuführen."

„Sie wollen aber doch der Munitionsverfertigung ein Ende bereiten," — meinte Jimmie.

„Damit Deutschland mehr Munition herstellen kann!"

„Ich bin auch gegen die Munitionsfabriken in Deutschland."

„Was können Sie dagegen tun?"

„Ich bin ein internationaler Sozialist; wenn ich in meinem Lande den Krieg bekämpfe, helfe ich den Sozialisten der anderen Länder, ihn zu bekämpfen. Und ich werde ihn bekämpfen bis zum letzten Atemzug!" Und nun donnerte Genosse Higgins eine pazifistische Predigt auf den „Geheimpolizisten" der Regierung los, der Jimmies Schicksal in der Hand hielt. Kein Sterblicher, der vor Jimmie Higgins den Krieg verteidigte, durfte ohne Antwort bleiben — und wenn es Jimmie lebenslängliches Zuchthaus einbrachte.

Der junge Mann lachte, gutmütiger, als Jimmie dies je erwartet hätte. „Higgins," — sagte er — „Sie sind ein guter Narr. Sie können Gott danken, daß zufällig einer der Männer, denen Sie Ihr Vertrauen geschenkt haben, ein Staatsdetektiv ist. Wenn wir nicht über Sie die Wahrheit wüßten, wäre es Ihnen schwer gefallen, sich reinzuwaschen."

Jimmies Mund stand weit offen. „Ein Staatsdetektiv! Wer ist ein Staatsdektiv?"

„Reilly" — entgegnete der junge Mann.

„Reilly?! Aber er war es doch, der mich verführen wollte!"

„Seien Sie froh, daß Sie der Verführung widerstanden haben."

„Vielleicht hat auch er Heinrich verführt!"

„Nein, Heinrich brauchte gar nicht erst verführt zu werden. Wir haben um Heinrichs willen unsere Nachforschungen angestellt; er hat Sprengstoffe hergestellt; und im ganzen Land verteilt. Uebrigens heißt er weder Heinrich, noch ist er Kummes Neffe. Er heißt von Holz, ist ein preußischer Offizier, ein persönlicher Freund des Kaisers."

Jimmie war sprachlos. „Großer Gott! Da hatte er im Geschäft mit einem persönlichen Freund des Kaisers zusammengesessen, hatte seine Pfeife aus dessen Tabaksbeutel gefüllt, hatte diesen persönlichen Freund des Kaisers einen Trottel, einen Esel genannt, ihm erklärt, ein richtiger Mechaniker könne in der Zeit ein Kugellager zusammensetzen, die er brauche, um in seine Hände zu spucken.

Herr Harrod, der „Geheimpolizist", belehrte Jimmie, er müsse alles aussagen, was er wisse, und Jimmie war derart über seinen Irrtum empört, daß er hierzu völlig bereit war. „Sie werden vor Gericht erscheinen müssen" — sagte der junge Mann. „Haben Sie jemand, der für Sie gutstehen kann?" Jimmie zerbrach sich den müden Kopf. Genosse Dr. Service würde es vielleicht tun, wenn er überzeugt wäre, daß Jimmie nicht den Deutschen habe helfen wollen. Herr Harrod versprach, ihn davon zu überzeugen, telephonierte Dr. Service, den er zu kennen schien, an und berichtete ihm das Vorgefallene. Dr. Service entgegnete schließlich, er wolle eine Kaution von zweitausend Dollars erlegen und für Jimmies Erscheinen vor der Jury bürgen. Herr Harrod fügte hinzu, daß Jimmie heute abend freigelassen werden könne, falls Dr. Service versprechen, am nächsten Morgen persönlich zu erscheinen, um die Sache zu regeln. Der Doktor gab diese Versicherung ab, und Jimmie war bis um zehn Uhr des folgenden Morgens frei. Er verließ eilends das Postgebäude, wie eine Lerche dem Käfig entfliegt. (Fortsetzung folgt.)

Werbt für die Volksbühne!

Die große Masse des Volkes hat in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zum Tempel der Kunst nur in bescheidenem Maße Zutritt. Sie muß sich den Weg zu ihm erst erkämpfen. Dieser Kampf ist zugleich auch ein Kampf um die Befreiung der Kunst aus wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit. Die Theater von heute sind in erster Linie kapitalistisch betriebene Geschäftsunternehmungen. Sie sind in der Hauptsache nur den bemittelten und zahlungsfähigen Kreisen zugänglich. Infolge der ungemein verteuerten Theater-Eintrittspreise ist das heute mehr denn je der Fall. Dieser Zustand erheischt gebieterisch Abhilfe. Sie ist heute schon bis zu einem gewissen Grade möglich durch die organisierte Selbsthilfe des Volkes, durch Gründung von Volksbühnen. Schon vor 80 Jahren hat die Berliner Arbeiterschaft die Notwendigkeit dazu erkannt und die Freie Volksbühne ins Leben gerufen. In getreuer Befolgung des Grundsatzes: Die Kunst dem Volke! hat diese Volks-Theatergemeinschaft in den drei Jahrzehnten ihres Bestehens Bedeutsames geleistet für die Erziehung des Volkes zur Kunst. Heute zählt sie weit über 100 000 Mitglieder. Andere Städte, so Wien, Leipzig, Chemnitz, sind dem Berliner Beispiele gefolgt.

Nun hat endlich auch in Halle der Gedanke zur Gründung einer Volksbühne so feste Wurzel gefaßt, daß seine praktische Verwirklichung bevorsteht. Alle praktischen und technischen Vorbedingungen zur Durchführung des Planes sind heute in Halle gegeben. Jetzt gilt es nur noch, alle die zu sammeln und zu vereinen, die mithelfen wollen an der schönen Aufgabe, die Kunst ins Volk zu tragen.

Ist doch die Kunst eines der wichtigsten Erziehungsmittel. Denn jedes wahre, echte und große Kunstwerk ist höchste und tiefste Offenbarung allumfassendsten, reinsten menschlichen Denkens und Fühlens. Es erhebt uns so über die menschlichen Niederungen, läutert die Seelen und macht sie empfänglich für alles Wahre, Gute, Edle und Schöne. In dieser Wirkung liegt aber auch ihr hervorragender Wert zur Bildung des Charakters des Menschen — dem Gipfel aller menschlichen Erziehung!

Die geplante Volksbühne stellt sich höchste Bildungs- und Erziehungsaufgaben, und für ihre künstlerischen Darbietungen soll demgemäß der Grundsatz gelten: Vom Guten das Beste!

Sie will nur der Kunst und durch die Kunst dem Volke dienen. Darum: Wer die Kunst liebt, sich durch sie erheben, bilden, veredeln, innerlich bereichern und vertiefen will, der werde zum Werber und zum — Mitgliede der Volksbühne!

Und nun: Auf zur Gründungsversammlung!

Kleines Feuilleton.

Vom Sauerkohleinmachen.

Will man einen gut schmeckenden Sauerkohl erhalten, so muß man vor allen Dingen darauf achten, daß er gut säuert. Man nimmt zum Einschneiden nur feste, gut ausgereifte Weißkohlköpfe, zerkleinert sie auf dem Krautkobel aber, wenn man ganz langfädig umgehen und ein langfaseriges Kraut haben will, muß man die Köpfe mit einem langen Brotmesser in lange, dünne Fäden zerschneiden. Das zerschnittene Kraut wird mit Salz gemengt (auf zwei Pfund Kohl rechnet man eine knappe Hand voll Salz) und dann fest mit einer Keule in einen Steintopf eingestampft. Um den Geschmack des Krautes zu heben, legt man Dill, Kümmel, Wachholderbeeren (nur sehr wenige) und Apfelschnitte oder Weinbeeren dazwischen. Man deckt hierauf das Kraut mit einem Leinentuch, einem Teller ab und beschwert das ganze mit einem Stein, hat aber stets darauf zu achten, daß die sich beim Einschichten bildende Flüssigkeit über dem Kraut steht. Um nun für die Entwicklung der Säuerung zu sorgen, die die Haltbarkeit und den guten Geschmack begünstigt, gießt man auf jeden Topf eingestampften Kohls einen Eßlöffel saure Milch, muß dann aber den Kohl 14 Tage lang an einen nicht zu kühlen Ort stellen, damit die Säuerung ihren Verlauf nehmen kann. Erst dann stellt man das Kraut in einen kühlen, trockenen Keller. Später beim Herausnehmen von Kraut ist stets darauf zu achten, daß Lake über dem Kraut steht. Zeigt sich auf der das Kraut bedeckenden Flüssigkeit eine graue Haut, so muß diese abgenommen und Tuch, Teller und Stein in kochend heißem Wasser gereinigt werden.

Um Rotkohl bis zum Frühjahr zu erhalten, macht man ihn auf folgende Weise ein: man schneidet den Rotkohl wie zum Sauerkohl, übergießt ihn dann mit kochendem Wasser und läßt ihn eine gute Stunde stehen. Dann drückt man ihn gut aus und durchmengt ihn mit Salz, aber nicht so viel wie zum Sauerkohl. Am nächsten Tage drückt man ihn aus der Salzlonge und preßt ihn in einen Steintopf. Man kocht halb Weinessig, halb Wasser und einige Löffel Zucker und gießt dies kochend über den Kohl. Nach dem Erkalten beschwert man den Kohl mit Teller und Stein, bindet ihn zu und stellt ihn in den Keller. Zum Gebrauch braucht man den Kohl nur auszudrücken, im Frühjahr etwas zu wässern, und ohne Gewürzhinzufügung, da er ja meist süßsauer gekocht wird, zu kochen.

Heiteres.

Die Kündigung. „Meyer," sagte der Chef, „im Hauptkontor wird demnächst eine gute Stelle frei. Die soll vom Ihrem Zwillingsbruder besetzt werden, den ich neulich auf der Rennbahn traf, als Sie zum Begräbnis Ihrer Tante waren. Laufen Sie und holen Sie mir den jungen Mann, und kommen Sie nicht eher wieder, als bis Sie ihn gefunden haben!"

Bücher und Schriften.

Die Freie Welt.

Heft 33 ist in der eigenen Druckerei der Berliner Arbeiterschaft hergestellt und aus diesem Anlaß auch redaktionell besonders reich ausgestattet. Im aktuellen Bilderteil finden wir bezeichnende Bilder vom russisch-polnischen Krieg und der Riesendemonstration der Arbeitslosen Berlins. Neben interessanten nicht aktuellen Bildern sehen wir einen treffenden Karikaturen-Zyklus Aus dem Leben unseres Reichskanzlers Fehrenbach von Karl Holz. Besondere Erwähnung verdient die Sportseite der neuen Nummer, die mit Bildern und Artikeln jeden Arbeitersportfreund begeistern wird. Die Schachfreunde werden erfreut sein, zu hören, daß von Heft 34 an die Freie Welt eine ständige Schachrubrik führen wird. Ein Artikel von Walter Oehme: Sozialisierung des Bodens interessiert besonders Mieter und Mieterräte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200903-11/fragment/page=0010